
autonomes
Blättchen
#14
Sicherheitsbereich

Vorweg...

einen herzlichen Dank für das Lob, die Spenden, die zugesandten Texte und – wir wollen es nicht verschweigen – die Aufmunterungen, unbeirrt weiter zu machen. Das tut gut.
Schlechte Nachrichten gibt es natürlich auch: Zu wenig Spenden, eingereichte Texte und Lob. Aber nach nun 14 Ausgaben lässt sich das autonome Blättchen nicht so schnell unter kriegen.
Wir haben auch dieses mal an einer lesenswerten Ausgabe gearbeitet. Was drin ist, seht ihr ja.
Was nicht drin ist, wurde schon woanders ausgiebig veröffentlicht.

In unserer Nähe fanden Anfang August eine Blockade gegen die Nazi-Demo in Bad Nenndorf und der Protest gegen das Sommerfest der 1. Panzerdivision in Hannover statt. Zu beidem erreichte uns kein Bericht. Schade. Die offiziellen Presseerklärungen des Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch sind leider nicht für linke Publikationen geeignet. Pressemitteilungen die uns erklären, dass der olle Bundestagsvizepräsident mit blockiert und dass das toll sei, halten wir nicht gerade für gelungene Vermittlung linker Inhalte. Wenn ihr wollt, dass wir eure Texte abdrucken, schickt uns Berichte, Auswertungen oder Analysen aus linksradikaler Perspektive und nicht dieses Gewäsch, das um Gehör in den bürgerlichen Medien fleht.

Obwohl wir eine Ausgabe mit einigen inter- oder transnationalen Bezügen zusammengestellt haben, fehlen uns schmerzlich Texte zu den aufständischen Situationen in der Türkei, Brasilien, Schweden, Bulgarien... und dem Aufstand/Bürgerkrieg in Syrien. Am liebsten hätten wir nämlich Texte, die darüber hinaus gehen, die Ereignisse zu schildern. Aus Brasilien, genauer Rio, gibt es wenigstens einen frisch übersetzten Text von 2011. Der ersetzt zwar keine Einschätzung der aktuellen Ereignisse, erlaubt aber zumindest einen Einblick in die schon lange gärenden sozialen Konflikte in Rios Favelas. Zu Syrien haben wir zwar viel gefunden und diskutiert, doch die Berichte oder Einschätzungen schienen uns stark propagandistisch geprägt. Wir selbst können aber nicht immer einschätzen, wer die Person/Gruppe ist, die interviewt wurde oder blogt und haben wenig Lust Propaganda der einen oder anderen Seite eines militarisierten Konfliktes abzudrucken. Wenn ihr also zum nächsten Einsendeschluss gute aktuelle Texte beisteuern könnt oder Kontakte habt, denen wir selbst Fragen stellen können, her damit!

Wir haben Texte aus anderen Zeitschriften geschickt bekommen und auch selber welche geklaut, von denen wir glauben, dass sie noch nicht genügend Verbreitung erfahren haben. Wundert euch also nicht, wenn ihr den einen oder anderen Text schon mal gesehen habt.
Schreibt halt selber Texte, wenn‘s euch stört – egal ob lang, kurz, analytisch oder beschreibend, mit Rechtschreibfehlern oder ohne, sehr schlau oder nur ein bisschen politisch.
Fast wäre noch ein Text über die allgemeine und besondere Hoffnungslosigkeit der Lage im Allgemeinen und Besonderen in die Nummer vierzehn gerutscht – aber so lange es noch Besseres zu berichten gibt, schaffen wir es vielleicht auf diesen zu verzichten.
Unterstützt das autonome Blättchen und die anderen linksradikalen Zeitschriften, seid widerständig und genießt den heranrauschenden Herbst,

das Redaktionskollektiv

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 14
August/September 2013

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarimus.blogsport.de

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für 15. Ausgabe:
01.11.2013

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Spenden:
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Inhalt

04:	Doku: Glasbruch und Farbe am Innenministerium
04:	Doku: Antimilitaristischer Farbanschlag auf DGB
05:	Einwohnermeldeamt besetzt
06:	Echt heißes Camp!
11:	Doku: Attacke auf Bürogebäude von ThyssenKrupp
13:	„Spiel mir das Lied vom Tod“ - Musikschau der Nationen stören!
14:	Wir schmeißen mit Grundsteinen...
16:	Razzien und §129 Verfahren wegen RAZ und Radikal
17:	Razzien in Berlin wegen Jobcenter Aktionen und Angriff auf Bullen
17:	E-Book? Weg mit dem Dreck!
18:	kleine moleküle, großer effekt?
23:	»Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen« - Zum NSU-Komplex
28:	Keine Moslembrüder, kein Militär - Die Revolution geht weiter
31:	Warum die ägyptische Revolution noch lange nicht tot ist
34:	Freiwillig in den Kreis, auf den Platz treten (Kairo)...
37:	Genozid und Inszenierung - Über die in Rio de Janeiro gemachten Erfahrungen
43:	Hungerstreik der Gefangenen in kalifornischen Knästen
44:	Berufungsprozess zur Castorblockade in Caen im November 2010
46:	Was passiert in Russland?
49:	Aufrechte Litauer_innen gegen den verrotteten Westen - Baltic Pride in Vilnius
52:	Thesen zu Homosexualität und Homophobie

SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT REVOLUTIONÄRER SUBVERSION!

Du fragst mich: "Was sollen wir tun, wie können wir all der Fremdbestimmung, der Kontrolle, der Repression, dieser Gewalt, die Normalität genannt wird, entgegentreten? Was haben wir den Behörden, den Uniformen und Waffen, den Monstern der Technologie, ihren Gesetzen und ihrer Moral aus Zwängen, Schuld und Angst entgegenzusetzen ?"

Ich antworte dir: "Ich kenne nicht die Lösung, den richtigen Weg oder die perfekte Strategie und ich glaube nicht, dass es sie gibt. Aber ich weiß, dass es gegenseitige Hilfe, Respekt, Liebe und Solidarität sind, die aus unseren Beziehungen gefährliche, rebellische werden lassen.

Ich weiß, dass das Einzige was stärker ist als unser Drang nach Freiheit, der Hass auf die ist, die sie uns nehmen.

Ich weiß, dass es keine Rechtfertigung für den Aufstand braucht, dass es keine Minute abzuwarten gibt!

Ich weiß, dass es damals wie heute tausend Gründe für die Revolte gibt!"

Solidarität mit Sonja und Christian, **die aufgrund ihrer konsequenten Haltung gegenüber Staat und Justiz verfolgt und eingesperrt werden und beschuldigt sind, Teil der Revolutionären Zellen (RZ) und ihren Kämpfen in den 70iger Jahren gewesen zu sein.**

Solidarität mit Sibylle, **gegen die im selben Verfahren aufgrund ihrer Verweigerung der Kooperation mit den Repressionsbehörden Beugehaft verhängt wurde.**

Eine Umarmung für die, die für ihre Ideen und Kämpfe angeklagt und eingesperrt werden. Eine Umarmung für all die, die ihre Ideen von einem Leben in Freiheit nie verraten oder vergessen haben!

FÜR EIN LEBEN OHNE HERRSCHAFT IN FREIHEIT !



Dokumentation:

Glasbruch und Farbe am Innenministerium

Wir haben in der Nacht vom 9.auf den 10. Juli 2013 beim Ministerium für Inneres und Sport die Scheiben eingeworfen und es mit Farbe verunstaltet.

Wir sind wütend.
Während aktuell die Abhörmethoden der US-amerikani schen Behördenim öffentlichen Fokus stehen, wissen wir schon lange, dass ähnliche Maßnahmen unter dem Stichwort „Gefahrenabwehr" in Deutschland Alltag sind. Vielmehr noch: sie sind logische Konsequenz eines Systems, das eine Situation permanenter Ungleichheiten produziert.

Es erscheint als selbstverständlich, dass manche Menschen überall dorthin reisen können, wohin sie möchten, während andere der Residenzpflicht unterliegen und ihren Landkreis nicht verlassen dürfen. Es scheint normal, dass einige mit Immobilien Geld verdienen, während andere aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt werden. Es wird von Chancengleichheit geredet, dabei aber übergangen, dass unsere Gesellschaft unterschiedliche Voraussetzungen schafft. Es scheint normal, dass einige in Frieden einkaufen können, während andere damit konfrontiert sind in einem, durch vermeintlich humanitäre Interventionen geschaffenen, Kriegsalltag zurechtkommen zu müssen. Es wird uns als unvermeidbarer Beitrag zu unserer Sicherheit vermittelt, wenn eben jene Menschen die vor diesen Kriegsrealitäten flüchten an den europäischen Außengrenzen ermordet werden.

Das politische Feld der „Inneren Sicherheit" ist es, den Spannungen, die durch diese Ungleichheiten erzeugt werden mit repressiver Härte zu begegnen. Hier nimmt die Innenministerkonferenz eine wichtige Rolle ein. Sie ist zuständig für Maßnahmen, wie den Ausbau der Überwachung im öffentlichen Raum, inklusive des Internets und weitet das Handlungsfeld der Bundeswehr auf Einsätze im Inneren aus. Die durch die IMK forcierte Debatte um Gewalt gegen Polizisten, lenkt davon ab, dass über konkrete konkrete Übergriffe durch die Polizei hinaus, deren bloße Existenz Gewalt bedeutet.

Das Ministerium für Inneres und Sport ist somit eines von vielen möglichen Zielen um die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu
bekämpfen.

Es erschien uns als ziemlich passend:
Niedersachsen hat in diesem Jahr den IMK- Vorsitz inne. Während die erste Konferenz in Hannover ende Mai war, findet die Hauptkonferenz in Osnabrück im kommenden Herbst statt.

No border, no nation!
Für ein ein selbstbestimmtes Leben für alle!

Dokumentation:

Antimilitaristischer Farbanschlag auf DGB

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7. August das DGB-Haus in Hannover farbig markiert und Flyer vor Ort hinterlassen. Mit dieser Aktion setzen wir ein Zeichen gegen den Schulterschluss von DGB und Bundeswehr, wie er vom Verteidigungsminister und vom DGB-Chef Sommer unlängst verkündet wurde.

Wir möchten festhalten, dass dies kein Angriff gegen die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes zu betrachten sein soll, sondern gegen die aktuelle und falsche Agenda der Gewerkschaftsspitze. Die Aufgabe der Gewerkschaft ist die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung. Krieg richtet sich immer gegen diese arbeitenden Menschen.

Der Text des Flyers ist im folgenden dokumentiert:

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
„Die Gewerkschaft versteht sich als Teil der Arbeiter- und Friedensbewegung [...] und die Bundeswehr versteht sich auch als Teil der Friedensbewegung"
- Verteidigungsminister de Maziere.

X X X KRIEG BEGINNT HIER! X X X

Rot ist das Blut an euren Händen
Rot ist die Farbe zu euren Füßen
Rot sind eure Fahnen, Logos und euer Gequatsche
Rot ist die Wut in unseren Augen, wenn wir sehen, was ihr tatsächlich für reaktionäre Kriegstreiberei betreibt!

Gegen den nationalen Krieg! Gegen Arbeitsplätze in Rüstung und Militär! Gegen den nationalen Burgfrieden!

NO WAR BUT CLASSWAR!
FÜR DEN SOZIALEN UNFRIEDEN!
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Jede Arbeit, die mit dem Schulterschluss gut und billig erscheint, wird auf lange Sicht teuer bezahlt.

Netzbeschmutzung e.V.

Einwohnermeldeamt besetzt

Heute haben ca. 10 Antimilitarist_innen der Kampagne Wir. Dienen. Deutschland. Nicht. das Dach des Einwohnermeldeamtes in Hannover-Mitte besetzt. Die Aktivist_innen protestierten mit dieser Aktion gegen die Datenweitergabe der Behörde an die Bundeswehr.

Derzeit ist es so, dass die Ämter dazu verpflichtet sind alle Daten von 17-Jährigen an die Bundeswehr weiterzugeben, damit diese gezielt Heranwachsende mit Werbung bombardieren kann. Gegen diese Praxis gibt es zwar ein formales Widerspruchsrecht, dieses ist jedoch aus Sicht der Besetzer_innen eine Farce. So ist die zentrale Forderung, dass dieser Schulterschluss zwischen Ämtern und Militär beendet wird. Bis zu einer politischen Entscheidung, die eine solche Praxis unterbinden könnte, müssen Jugendliche selbst entscheiden können, ob ihre Daten weitergegeben werden oder nicht. Ziel der Kampagne insgesamt ist es die Bundeswehr bei ihrem aktuellen Werbefeldzug zu behindern. Diese hat ihren Propagandaetat bereits verdreifacht, um den durch den Wegfall der Wehrpflicht benötigten Bedarf an Kanonenfutter für's Vaterland zu decken.

Um 12 Uhr betraten die Aktivist_innen das Amt in der Leinstraße und verschafften sich über ein Fenster Zutritt auf das Dach und entrollten zwei Transparente an der Fassade. Vor der Einganstür versammelten sich außerdem mehrere Unterstützer_innen um ihre Solidarität mit der Besetzung zu zeigen und die Besucher_innen und Passant_innen über die Aktion zu informieren. Kurz danach gingen sowohl in der Behörde, als auch bei verschiedenen politischen Entscheidungsträger_innen E-Mails und Faxe ein, in denen die Besetzer_innen ihre Forderungen mitteilten und hierzu ein Gespräch mit politischen Entscheidungsträger_innen vor Ort verlangten. Es wurde außerdem mitgeteilt, dass es hierfür keine Polizei bedarf. Die ersten Reaktionen der leicht irritierten Angestellten und Passant_innen waren durchaus positiv. Einige unterstützen die Aktivist_innen sogar mit Getränken. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass kurze Zeit später mehrere Polizeiautos samt Mitarbeiter des Staatsschutzes vor Ort eintrafen. Auf ein Gespräch ließ sich letztendlich die Fachbereichsleiterin für Recht und Ordnung ein, diese machte der verhandelnden Person jedoch recht schnell klar, dass sie zwar Gespräche führen kann und auch in Zukunft bereit ist mit uns zu reden, jedoch kein politisches Statement abgeben wird, da sie hierzu nicht befugt ist und ihr Vorgesetzter sich derzeit auf Mallorca befindet. Nach dem Gespräch wurde den Aktivist_innen ein Ultimatum von 10 min. gesetzt um die Aktion zu beenden. Die Besetzer_innen entschieden sich dann in letzter Sekunde die Aktion für diesen Tag zu beenden, da die Verhandlungen so nicht fortgeführt werden können und ein Maximum an Öffentlichkeit erreicht wurde. Obwohl also das eigentliche Ziel des Tages nicht erreicht wurde, kann die Aktion als Erfolg bewertet werden. Des weiteren rufen die Besetzer_innen dazu auf gegen das Sommerbiwak, das jährlich stattfindende Sommerfest der 1. Panzerdivision und der Stadt Hannover nächste Woche zu protestieren. „Wir wenden uns gegen die Normalisierung des Krieges. Militär raus aus der Stadtgesellschaft, raus aus den Schulen, raus aus den Universitäten!"

Wir. Dienen. Deutschland. Nicht.



Echt heißes Camp!

Vom 21. bis 28. Juli fand in Parleib, in der Nähe des Gefechtsübungszentrums Altmark (GÜZ), das zweite antimilitaristische Sommercamp statt.
Um einen Überblick zu verschaffen, was dort diskutiert wurde und was am Aktionstag stattfand, gibt es hier einen kurzen Bericht, sowie ein paar Erklärungen zu Aktionen, die im Rahmen des Aktionstages stattgefunden haben. Das ganze als Kuddelmuddel, weil es dann besser passt; also eine Mischung aus subjektivem Bericht und Texten aus dem Internet.

Die Stimmung...

... auf dem Camp war auch dieses Jahr ziemlich gut. Vielleicht kochte mancher Dissens wegen der Hitze nicht allzu hoch. Denn eine Woche bei 30 Grad auf einer Wiese oder in aufgeheizten Zelten ist einem ordentlichen Streit nicht sonderlich zuträglich. Die Vokü war gut und die Infrastruktur-AG auch. Ohne die erfrischende Dusche wäre mancher Tag zur Qual geworden. Überhaupt war scheinbar organisatorisch alles sehr gut vorbereitet. Nicht nur das permanent vorhandene leckere Essen und die Duschen sind wichtig für den Alltag gewesen. Auch das Sani-Zelt, die Dixie-Klos, die Info-Struktur, die Shuttle-Busse, die Nachtwache, Awarness-Team, Anwälte und EA, die Programm-Organisation und das Internet-Zelt. Außerdem: angenehme Atmosphäre und wenig Rumgemacker.



Im Vergleich zum letzten Jahr wirkte vieles nicht mehr improvisiert. Als Besucherin musste man sich über die Beschwernisse des Camp-Alltags nicht wirklich viele Gedanken machen (wenn man von den wirklich lästigen Stech-Insekten absieht).

Die Camp-Orga-Gruppe hat gute Arbeit geleistet. Die kuschelige Stimmung der ersten 4 Tage, die trotz inhaltlicher Streitigkeiten erhalten blieb, wich erst am Freitag einem geschäftigen Treiben und einer vermehrten Anreise von etwas zu coolen Antifa-Männern. Aber gut, dass diese sich mittlerweile für Antimilitarismus interessieren - das war ja lange nicht der Fall. Das Spektrum der Linken, die vor Ort waren, war etwas eingeschränkter als letztes Jahr. Viele die aus der Friedensbewegung kommen haben ebenso auf die Teilnahme verzichtet, wie manch organisierte Gruppe aus der autonomen Linken. Eine personelle Verbreiterung hat also nicht stattgefunden - abgesehen von den engagierten Neo-Kommunist_innen, die sich deutlich zu Wort gemeldet haben.
Alles in allem ein sehr angenehmes Camp. Etwas mehr Eigenverantwortung hätte von den Teilnehmer_innen übernommen werden können. Wenn es um eine halbwegs pünktliche Teilnahme an den zahlreichen Workshops und Vorträgen ging, musste stets die mehrmalige Aufforderung per Megaphon bemüht werden. Aber wer andere Diskussions-Camps kennt, wird darüber nicht verwundert sein. Es ist halt kein Kongress. Und das ist auch wirklich gut so.

Die gute Arbeit der Anwält_innen hat dafür gesorgt, dass dieses Jahr keine Kontrollstellen am Camp aufgebaut worden sind. Das heißt, die Bullen haben zwar fleißig Nummernschilder mitgeschrieben, aber kaum Fahrzeuge durchsucht. Das hat die Stimmung eindeutig positiv verbessert. Dass es dann noch auf juristischem Wege gelang, die Allgemeinverfügung vor dem Oberverwaltungsgericht zu kippen, hat den direkten Repressionsdruck genommen, weil es nun plötzlich keine 400 km² große Versammlungsverbotszone mehr gab.

Die Diskussionen

Zunächst eine einfache, unvollständige Auflistung der Fragen und Themen, über die offiziell diskutiert wurde, als Überblick. Vielleicht beißt sich im Nachhinein ja doch die eine oder der andere in den Arsch, weil er_sie nicht da war.

Wann wird die Sozialrevolte zum Bürgerkrieg? - Wie gehen die Zapatist_innen mit der gegen sie gerichteten Aufstandsbekämpfung um? - Berichte und Einschätzungen zur Situation in Mali und in Afghanistan - Film und Gedenkkundgebung zum „Massaker von Gardelegen“ 1945 – Drohnenkrieg - Menschenrechte als Kriegslegitimation - Subjekte an der Heimatfront - Diskussion über „Was ist Krieg?“ - Militär und Sozialwissenschaften - Der neue Heimatschutz der Bundeswehr - Vorstellung der BI „Offene Heide“ und der „war starts here – Kampagne“ - Aufstandsbekämpfung und Militarisierung - Krieg und Kapitalismus - Schnöggersburg als Fata Morgana der Sicherheitsarchitektur - Legal Worksop - Erste Hilfe Workshop – Anti-Rekrutierung - Widerstandstrategien gesucht – Krieg, Militarisierung und Frauen – Prism, Tempora etc. - Infos zum Sommerbiwak Hannover, zum Widerstand im Hambacher Forst, zu Aktionen in Belgien - Kunstblutkochshow, etc, etc
Das ist nur ein Ausschnitt aus dem offiziellen Programm. Tatsächlich haben noch einige andere Diskussionen und Workshops stattgefunden.

Die vielen Diskussionen in kleineren Runden waren ein eindeutiger Vorteil zum letzten antimilitaristischen Camp. Dieses mal konnte Jede_r zu Wort kommen,

wenn er_sie es wollte.
Es ist schwer, eine inhaltliche Rote Linie in den Diskussionen zu erkennen. Zum einen war man bemüht, sich Wissen anzueignen und Einschätzungen zu erörtern. Auf der anderen Seite endeten viele Diskussionen in sehr grundsätzlichen Erwägungen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwerfen wären. So blieb es nicht bei Fachsimpelei, sondern ging schnell ans Eingemachte. Letztes Jahr gab es schon die Tendenz dazu - wenn auch aus einer anderen politischen Richtung vorangetrieben. Nun scheint sich das diskursiv verfestigt zu haben.

War Antimilitarismus vor wenigen Jahren noch ein inhaltlicher Punkt der oft als Teilbereichskampf angesehen wurde, so scheint sich ein Erkenntnis herauszubilden: Erfolgreicher Antimilitarismus kommt nicht ohne eine grundsätzliche Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Das heißt, ohne revolutionäre Perspektive wird kein antimilitaristischer Kampf erfolgreich sein können. Wenn das vorher lediglich mitschwang, scheint diese Ansicht nun zum grundlegenden Tenor zu werden. Man kann auch sagen, es hat eine Radikalisierung der kleinen antimilitaristischen Bewegung stattgefunden.

Allerdings fallen die Schlüsse daraus irritierend schwammig aus. Die einen wollen in alter Manier den Klassenkampf intensivieren, die anderen setzen auf kollektive nachbarschaftliche Prozesse, andere wiederum auf aufständische Szenarien. Entweder sind das die letzten Zuckungen linksradikaler Aktivitäten oder aber das notwendige Rumgeeier auf der Suche nach Wegen, emanzipatorische gesellschaftliche Prozesse zu forcieren. Auf jeden Fall scheint vieles in Vergessenheit geraten zu sein, über das schon in den letzten 20 Jahren geredet wurde.

Und die praktischen Vorstellungen? Jedes mal mal wenn praktische Konsequenzen aus dem jeweils Diskutierten gefunden werden sollten, kam das große Schweigen. Das hat keinesfalls nur mit Sicherheitsaspekten zu tun (natürlich kann man davon ausgehen, dass die Bullen zahlreiche Infos aus den Diskussionen bekommen werden). Immer wieder wurde über so etwas wie revolutionäre Gewalt und bewaffneten Kampf geredet. Seltsam. Aber vielleicht ist das aus der Thematisierung des Verhältnisses von Militarisierung und Revolte auf der einen Seite und dem Wunsch revolutionäre Perspektiven zu erarbeiten, geboren. Mich hat es etwas ratlos zurück gelassen. Der Radikalisierung des Diskurses scheint noch eine große Ratlosigkeit in der Praxis gegenüberzustehen - wenn man die doch etwas sehr allgemeinen Appelle zum Klassenkampf mal außen vor lässt. In meiner Wahrnehmung wurde ernsthaft versucht von unterschiedlichen politischen Sichtweisen aus zu diskutieren. Das ist sehr gut. Perspektivisch müsste drauf geachtet werden, dass sich keine ideologischen Scheindiskussionen entwickeln, sondern die Suche nach produktivem Streit, Konsensen und gemeinsamer Perspektive im Vordergrund steht.

Für ein mögliches nächstes Camp müssen vielleicht vermehrt Diskussionen über konkrete Praxen geführt werden.



Wenig Beiträge gab es aus feministische Perspektive; weder in den vorbereiten Workshops noch von den Diskussionsteilnehmer_innen. Das ist eine auffällige Veränderung zum letzten Jahr. Aber da ich nicht an allem teilnehmen konnte, ist mir ja vielleicht was entgangen.

Die Aktionen

Zunächst ein Auszug aus der Zeitung ***„Volksstimme“*** vom 29.7.13:

„Angriffe im Gefechtsübungszentrum mit Farbbeuteln, Spraydosen und Krähenfüßen - 250 Demonstranten halten tausend Bewacher in Schach
(…) Problematischer sollen vereinzelte und versprengte Gruppen der Antimilitaristen gewesen sein, die offenbar die fast tausend Bewacher auf dem Truppenübungsplatz in Schach hielten. Polizeisprecher Andreas von Koß: „Trotz unseres Aufgebotes gelang es den Störern, auf das Gelände des Gefechtsübungszentrums vorzudringen.“
Dort wurden Farbanschläge verübt, Straßen blockiert, Verkehrsschilder und Begrenzungseinrichtungen beschädigt. Bis zum Sonntagnachmittag leiteten die Beamten 58 Strafverfahren ein. Zusätzlich in 40 Fällen seien Gegenstände wie Spraydosen, Farbbeutel und Krähenfüße sichergestellt worden. 40 Platzverweise wurden ausgesprochen. Immer wieder haben einzelne Gruppen das Militärgelände gestürmt.“

Ich denke, dass vermittelt einen Eindruck davon, was auf dem GÜZ selber möglich war.
Wenn ca. 400 Leute am Aktionstag unterwegs waren, was die Schätzung ist, davon 100 auf den 3 Kundgebungen, dann gab es ca. 250 Leute, die sich auf dem Militärgelände rumtreiben konnten, ohne von Bullen oder Feldjägern erwischt zu werden. Das ist eindeutig ein praktischer Erfolg und eine Weiterentwicklung zum letzten Jahr. Es haben sich mehr Aktivist_innen getraut, auf das Gelände zu gehen und zu handeln. Damit hat sich eine ausbaufähige Option für die Zukunft aufgetan.

Bevor ich Aktionen aufzähle und Berichte aus dem Netz reinkopiere, muss noch was zu der auffälligsten Aktion des Tages gesagt werden.
Unbekannte haben am Aktionstag in Havelberg in Sachsen-Anhalt 16 Bundeswehrfahrzeuge in einer Kaserne abgefackelt und über 10 Millionen Euro Sachschaden angerichtet. Alle Infos dazu sind aus den Medien. Bis jetzt habe ich nirgends eine Erklärung gefunden. Aber vielleicht braucht es die auch nicht. Denn durch den Kontext "Aktionstag" hat eine politische Positionierung bereits stattgefunden. Und auch wenn es Mancher aus Repressionsgründen anders lieber wäre: Politisch ist die Aktion in Havelberg eindeutig als Teil des Aktionstages zu betrachten. Damit umgingen die Akteur_innen den überwachten Rahmen GÜZ und verweisen auf weitere Angriffspunkte.
Die Aktion ist, wie ich finde, eine gelungene Ergänzung der sonstigen Aktivitäten und rundet das Bild eines zufriedenstellenden Aktionstages ab.
Natürlich musste sich die Pressegruppe des Camps dazu verhalten, weil in den Statements der Polizei sofort ein Zusammenhang zum Camp hergestellt wurde. Ich fand gut, dass die Aktion als Abrüstungsschritt begrüßt wurde und keine Distanzierung aus Angst vor Repression stattgefunden hat.

Am Samstagnachmittag kamen dann ca. 150 Bullen mit einem Beschlagnahmebefehl für ein Auto, dass angeblich für den Anschlag in Havelberg benutzt worden sein soll. Die Kräfteverhältnisse waren schnell klar, weil Viele noch unterwegs waren. Der Halter hat schließlich dem Druck nachgegeben und das Auto wurde vom Camp-Gelände geschleppt. Später machte er öffentlich, was er mit dem Auto in der Nacht gemacht hatte, weil es dafür viele Zeugen gibt und die Feldjäger ihn mit Anderen in der Nacht ohnehin auf dem GÜZ festgesetzt hätten (das könnt ihr auf www.warstartsherecamp.org unter den presseerklärungen nachlesen).



Nach den auf dem Plenum verlesenen Nachrichten, gab es auf dem GÜZ sehr viel Aktionen, die Gebäude, Schilder und technisches Gerät mit Farbe markiert haben. Es wurden auch viele Parolen gesprüht, Schilder entwurzelt, kleine Barrikaden gebaut,... ach, und drei Kundgebungen über viele Stunden aufrecht erhalten.

Im Vorfeld und am Aktionstag war außerdem die Barkasse „Olga" als antimilitaristische feministische Plattform unterwegs und hat für einige Öffentlichkeit gesorgt. Eine schöne Aktion, finde ich.

Hier Ausschnitte zu praktischen Aktivitäten rund um den Aktionstag:

Bis Donnerstag: Eingangskontrollpunkt angegriffen - Krähenfüsse auf Zufahrtsstraße - GÜZ-Bahnschiene geschottert (Bericht in Lokalpresse) - Farbbeutel gegen Kriegsdenkmal am GÜZ - pinke Pfeile auf Straßenschildern, die zum Camp weisen...
Und dann immer mehr:

Dokumentation: Di. 23. Juli „technische polizei auf den güz markiert und blockiert.

(GÜZ) technische polizei auf dem güz markiert und blockiert. kommt zum aktionstag am samstag, nutzt die kühlen nächte.
wir haben uns am dienstag abend vor dem aktionstag auf den weg gemacht, um eine von vielen infrastrukturen zu markieren und zu blockieren. ursprünglich wollten wir auf dem gelände der bullen pinke farbe hinterlassen. dort steht eine bombe als stature, was ein schönes symbolisches bild geworden wäre. da nachts jedoch auf dem gelände gearbeitet wurde haben wir uns dazu entschlossen, die schilder des güz sowie die zufahrtsstraße mit pinkerfarbe zu markieren. vorher haben wir noch krähenfüße auf der straße verteilt und haben sie noch mit einem gut sichtbaren pinken x ergänzt.
mit dieser aktion wollen wir darauf aufmerksam machen, dass auch die bullen ihren platz auf dem güz haben.die zusammen arbeit zwischen bullen und dem militär wird immer enger. wir finden diese entwicklung sehr geföherlich.
hier ist die technische polizei beispielsweise mit der munitionsvernichtungs anlage angesiedelt.
militär und bullen angreifen
krieg beginnt hier

aktionsgruppe „krähenfüße im morgengrauen"“

Dokumentation: Mi. 24. Juli „War Starts Here - GÜZ schottern!

Ein Anfang ist gemacht.
Im Laufe des gestrigen Tages haben Antimilitarist_innen das Bahngleis auf dem GÜZ-Gelände vorläufig außer Gefecht gesetzt. Auf diesem wird ausschliesslich Kriegsgerät transportiert, Personenverkehr findet hier nicht statt. Bei Bahnkilometer 6 wurden mehrere Schwellen unterhöhlt. Das GÜZ (Gefechtsübungszentrum) in der Altmark zählt zu Europas modernsten Truppenübungsplätzen. Der Weg zu allen Auslandseinsätzen führt für die Soldat_innen des deutschen Heeres über das GÜZ. Auch andere Nato-Staaten nutzen das Gelände um ihren Kampfeinheiten den letzten Schliff zu verpassen.
Der antimilitaristische Widerstand schläft nicht. Zur

Zeit treffen sich mehrere hundert Kriegsgegner_innen in der Nähe des GÜZ. Am nächsten Samstag wird das Gelände geentert werden.
War Starts Here - Let's Stop It Here!
Kriegstreiberei auf allen Ebenen Markieren - Blockieren - Sabotieren!

Dokumentation: Do. 25. Juli „GÜZ: Faschistischer Eingangskontrollpunkt angegriffen!

Diesen Donnerstag wurde ein Eingangskontrollpunkt im Süden des Geländes des „Gefechtsübungszentrums" (GÜZ) in der Altmark angegriffen, es wurden Scheiben eingeschlagen und großflächig rote Farbe verteilt. Außerdem wurde auf die Frontseite, die von einer gut befahrenen Straße zu sehen ist, der Schriftzug „Faschistische Kontinuitäten angreifen" sowie ein „Hammer und Sichel" gesprüht.
Der Kontrollposten liegt gegenüber einer nicht mehr genutzten Übungskaserne. Der Aufenthaltsraum der Wachposten wird eindeutig von faschistischen Soldaten genutzt. So konnte man dort nicht nur ein selbst gemaltes Hakenkreuz an einer Wand finden, sondern auch allerlei Zeitungsausschnitte über das GÜZ und islamophobe Materialien.
Besonders erschreckend ist die Tatsache, dass sich nicht einmal 500 Meter entfernt – ebenfalls auf dem Gelände des GÜZ – ein jüdischer Friedhof befindet auf dem ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen begraben sind, die direkt nach Kriegsende nach der Befreiung des KZ's in Hillersleben verstorben sind.
Die faschistische Kontinuität zeigt sich nicht nur in der Entstehung der Bundeswehr, die u.a. von Nazis aufgebaut wurde, sondern auch heutzutage an einem offenen Auftreten von Faschisten innerhalb der Truppen.
Faschisten bekämpfen – Militarismus angreifen – Kapitalismus zerschlagen!
Für eine Welt ohne Faschismus und Krieg!"

Dokumentation: Do. 25. Juli „Panzerstrecke auf dem GÜZ markiert!

Gestern am Donnerstag, den 25.07.13 sind wir im nördlichen Bereich des Gefechtsübungszentrum (GÜZ), in der Altmark, eingedrungen und haben eine alte Ruine, einen Panzercarport, sowie die Panzerstrecke mit Graffiti und Parolen (u.a. „Krieg dem Krieg", „War starts here", „Stop War", „Für den Kommunismus", sowie Hammer und Sichel) markiert.
Außerdem wurde ein BEobachtungsposten der Panzerstrecke stark beschädigt und mit Farbe markiert.
Mit dem Angriff auf die Panzerstrecke setzten wir ein symbolisches Zeichen gegen die Kriegspolitik der BRD.
Die Soldaten, die auf dem 232 km² großen Truppenübungsplatz trainieren, stehen meist unmittelbar vor einem Kriegseinsatz im Ausland. In den Kriegen, in



denen die BRD mitmischt, geht es weder um Frieden bringende Maßnahmen noch um den Kampf für Menschenrechte. Vielmehr geht es der BRD um den Ausbau und die Neuerschließung von Märkten sowie um die Sicherung von Handelswegen und Rohstoffquellen – damit müssen Krieg und Kapitalismus zusammenhängend betrachtet und angegriffen werden.
Der Kampf gegen Krieg und Aufrüstung ist unmittelbar mit dem Engagement für eine Welt jenseits der kapitalistischen Verhältnisse verbunden.
Antimilitarismus heißt Antikapitalismus!
Krieg dem imperialistischen Krieg!
Für den Kommunismus!"

Dokumentation: Do. 25. Juli „GÜZ - Nochmal Militärgleise geschottert

Bereits am Donnerstag haben wir die Gleise der Militärstrecke die zum Gelände des Gefechtsübungszentrum (GÜZ) führen geschottert und mit Baumstämmen blockiert. Wie sich herausstellte waren wir nicht die ersten GegnerInnen der Bundeswehr, die sich im Rahmen der diesjährigen Aktionen gegen das GÜZ auf dieser wichtigen Transportlinie annahmen.
Schon am Mittwoch wurde die Strecke an einer anderen Stelle unpassierbar gemacht. Am Donnerstag haben wir die Gleise nun auf einer Länge von 5 Schwellen unterhölt, sowie Beschilderungen entfernt und kleinere Barrikaden aus Baumstämmen auf den Schienen errichtet.
Wer um geostrategische Interessen, billigen Zugang zu Rohstoffen oder um der Profitmaximierung Willen Krieg führt, muss auch im vermeintlich ruhigen Hinterland mit Widerstand rechnen.
Der Kampf um eine kommunistische Perspektive jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, muss einhergehen mit einer starken und konsequenten antimilitaristischen Bewegung!
Klasse gegen Klasse! Krieg dem Krieg! „

Dokumentation: Fr. 26. Juli „Muslimisches und kosovarisches Übungsdorf" auf dem GÜZ markiert und beschädigt

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind AntimilitaristInnen in das Güz-Gelände eingedrungen und haben zwei klischeebehaftete Übungsdörfer - das eine soll kosovarisches und das andere muslimisches Gebiet verkörpern - mit politischen Parolen wie „Krieg jedem imperialistischen Krieg", „Für die

Macht der Reichen, geht ihr über Leichen“ und „No war but classwar“ sowie Hammer& Sichel-Symbolik verziert und zudem erheblichen Sachschaden an den Gebäuden angerichtet.
In den Übungsdörfern auf dem Gelände trainiert die Bundeswehr mit möglichst hoher Authentizität (im kosovarischen Dorf steht beispielsweise eine Kirche – im muslimischem dagegen ein Minarett) für Auslandseinsätze. Gerade der nahe Osten spielt eine große Rolle bei der Machtverschiebung der imperialistischen Länder. Daher stellen diese beiden Dörfer zwei der zentralen Punkte auf dem Übungsgelände dar und somit war es absolut notwendig diese ausführlich und vehement zu markieren und beschädigen.
Trotz mehrmaligen Patrouille-Flügen militärischer Helikopter konnten die AntimilitaristInnen im hellen Mondlicht ungestört agieren.“



Dokumentation: Sa. 27. Juli „Bundeswehrzug auf dem GÜZ markiert

Wir haben heute, am Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark, einen Transportzug der Bundeswehr mit Parolen und viel Rosa Farbe markiert! Zielgenau wanderten wir einige Stunden durch die Wälder des Truppenübungsplatzes. Hubschrauber konnten uns nicht entdecken. Endlich tauchte der Verladebahnhof der Kommandozentrale am Waldrand auf. Da dieser, unser eigentliches Ziel des Spaziergangs leider von zwei Sixpacks besetzt war, mussten wir spontan unsere Pläne ändern. Zur Hilfe kam unserer Entscheidungsfindung, wie es nun weitergehen solle, dass ein Transportzug der Bundeswehr auf den Gleisen vor dem Bahnhof geparkt war. Dieses Gleise, auch in diesem Jahr erneut Ziel von Freund_innen des Schotterns geworden, exisitieren ausschließlich für den Transport von Waffen und Panzern zum GÜZ. Hier werden diese dann auf die hochmoderne Übungstechnologie AGDUS mit Lasern ausgerüstet. Dadurch wird hier so effizient wie möglich Kriegsvorbereitung betrieben (Mit freundlicher Unterstützug durch Rheinmetall) . Alle Bundeswehreinheiten durchlaufen hier mit ihrem eigenen Kriegsgerät den finalen Übungseinsatz, bevor es in den „Auslandsseinsatz“ geht.
Kurzentschlossen machten wir den Zug zu unserem neuen Ziel antimlitaristischer Aktion, um einen Teil zum Untergang der kriegerischen Normalität beizutragen.
Wir stürmten das Ende des Zuges, ungefähr 200 Meter vom Bahnhof entfernt und verzierten vier Anhänger üppig mit rosa Farbe und Parolen wie „Nie wieder Krieg“, „Soldaten sind Mörder“ und „war starts here“.
Nachdem die Bullen uns am Bahnhof entdeckt haben und auf uns zugestürmt kamen, flüchteten wir unerkannt ins Dickicht.
Wir freuen uns über alle anderen gelaufenen Aktionen an diese Tag und während des WarStarts-HereCamps 2013 und die Abrüstung in Havelberg und wünschen einen weiteren schönen, und vor allem heißen antimilitaristischen Sommer!!!“

Ausschnitte aus dem Aktionstag-Ticker:

+++ 7:00 12 Leute von Lebenslaute sind in Sichtweite von Salchau (auf dem GÜZ) von Feldjägern gestoppt worden und musizieren vor Ort. Ihnen geht es gut. +++ 8:00 Transpi mit der Aufschrift „Mörder“ und Fahne mit Totenkopf auf einem wunderschönen Aussichtpunkt (Teekanne/GÜZ) aufgehängt. +++ 9:20 Die BI Offene Heide baut die Kundgebung in Letzlingen auf. Die Stimmung vor Ort ist sonnig-gut. Auch in Dolle wird die Kundgebung aufgebaut. Lebenslaute hat ihr Konzert auf dem GÜZ mittlerweile beendet und haben dort Besuch von den Bullen, die auch einen Gefangenentransporter mitgebracht haben. +++ 9:35 Die Leute von Lebenslaute mussten das GÜZ jetzt verlassen. Unter Bullenbegleitung sind sie nun bei der Kundgebung in Dolle angekommen +++ 10:45 Havelberg: In der Nacht zu Samstag wurde ein Brandanschlag auf 16 Bundeswehrfahrzeuge vor einer Bundeswehrkaserne verübt. Schaden geht in die Millionenhöhe +++ 10:42 Kundgebung Letzlingen: Es sind über 20 Leute auf der Kundgebung. Es gibt Kaffee, keinen Stress, Stimmung ist gut. Pressevertreter_innen sind vor Ort +++ 11:40 Kleine Kundgebung in Haldensleben +++ 10:30 Kundgebung in Dolle: Lebenslaute spielen Musik, Stimmung ist gut, Straße wurde mit Kreide verschönert +++ 11:59 Momentan sind 30 bis 40 Personen in Kleingruppen als Fahrradrally Richtung GÜZ unterwegs +++ 11:30 Entdeckung eines neu gepflanzten, rosanen Blumenbeets im Norden des GÜZ +++ 12:30 Vier Personen machten „Protest des stehenden Mannes“ bei Dolle Richtung GÜZ. +++ 13:45 Letzlingen: Gegenkundgebung mit ca. 25 Personen, darunter erkennbare Nazis, u.a. eine Person mit einem T-Shirt und dem Aufdruck „Nationaler Widerstand - Bis zum letzten Atemzug“. Auch unter den Teilnehmer_innen ist der Bürgermeister von Gardelegen, Konrad Fuchs (SPD). +++ 13:40 Hütten: Drei Personen bauen die Kundgebung auf. +++ 13:30 „No War“ Fahne am Postturm/Dollberg angebracht und Sperrschilder mit „No War“ besprayt. +++ 13:30 Börgitz: Oldtimer-Treffen mit Präsenz

von Bundeswehr und Militarist_innen, u.a. mit Bundeswehr-Stand +++ 13:11 Schnöggersburg/GÜZ - „Heidanien Airport“ mit Parolen und Transpi „Fight Militarism! - war starts here“ markiert. Nebenstehnde Gerätschaften, wie Baumaschinen und Container ebenfalls +++ 14:45 Spontandemo bei Hütten aufgelöst. +++ 14:45 Auf der Kundgebung in Letzlingen läuft das Konzert der Raperin Alice Dee. Stimmung ist gut. +++ 14:40 B71: Transpis hängen von einer Straßenüberführung kurz vor Haldensleben. +++ 16:10 Antimilitarist_innen auf Fahrrädern haben völlig unbewacht bei Theerhütte den völlig unbewachten GÜZ-Eingang markiert und Barrikaden aufgebaut. Es wurden auch Polizei, Feldjäger_innen und Zivis auf Trapp gehalten. +++ 18:50 Am Panzerverladbahnhof in Letzingen wurde ein Militärtransportzug mit Farbe markiert und Sicherheitsschilder mit „No War“ gekennzeichnet. +++ 18:14 Spontandemo gegen staatliche Repression in Letzlingen mit ca. 40 Leuten +++

Das Fazit der Teilnehmer_innen auf dem Abschlussplenum: Große Begeisterung für die vielen Aktionen, die rund ums GÜZ und auf dem GÜZ statt gefunden haben. „Als wir so neben dem Blaubeerstrauch auf dem GÜZ saßen und die tollen Kugeln aßen, dachten wir: Ohne die wunderbare Verpflegung der VoKü wären wir nie so weit gekommen.“ (so ein Beitrag auf dem Abschlussplenum).

Letztes Jahr wurde bewiesen, dass es möglich ist, angekündigt Aktionen auf einem Militärgelände durchzuführen. Dieses Jahr haben viel den Mut gefunden, ihre Ideen umzusetzen. Es ist endgültig gelungen, die Abschreckung zu überwinden, die ein genutzter Übungsplatz mit Hunderten Soldat_innen ausübt. In dieser Hinsicht war der Aktionstag ein großer Erfolg, auch wenn keine enthusiastische Stimmung beim abendlichen Zusammensein zu spüren war. Wenn es in Zukunft gelänge auch noch andere Aktionsformen für Handlungen auf dem GÜZ zu finden, als das bemalen von Gerät und Gehöft, kann ein zentraler Aktionstag am GÜZ eine gute Zukunftsaussicht haben.

Ich wünsche mir, dass es auch im nächsten Jahr ein Camp gibt – etwas breiter aufgestellt, was das politischen Spektrum der Anwesenden angeht, mit genauso vielen guten work-shops, einem weiterentwickelten Aktionstag und mehr Teilnehmer_innen. Ansonsten könnte eine Stagnation in den Diskussionen und Handlungen eintreten, die dem Camp die nötige Dynamik nimmt und es zur Wiederholung des immer Gleichen verdammt. Es sind nun ein paar Monate Zeit, darüber nachzudenken und sich zu überlegen, wie man sich nächstes Jahr, wenn die Organisator_innen es wieder auf sich nehmen wollen eines zu stemmen, für das und auf dem Camp einbringen will.

Das ist jetzt schnell nach dem Camp geschrieben worden, um einen ersten Eindruck zu vermitteln. Ich hoffe, dass in den nächsten Wochen noch fundiertere Auswertungen auftauchen werden.

Eine Antimilitaristin

Dokumentation:

Attacke auf Bürogebäude von ThyssenKrupp

Heute haben wir das Eingangsportal der Zentrale der ThyssenKrupp Industrial Solutions AG in der Großen Elbstraße 61-63 in der Hansestadt Hamburg demoliert. Dabei wurden Türen und Fenster eingeschlagen. Ca. zwei Dutzend Flaschen verteilten wir an der Häuserfront, um den Sitz des Rüstungskonzerns zu kennzeichnen. Der Durchgangsverkehr vor dem Gebäude wurde mit brennenden Barrikaden blockiert.

War starts here - let‘s stop it here

ThyssenKrupp ist nach eigenen Angaben Weltmarktführer in der Produktion nichtnuklearer U-Boote. Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts haben die zum Konzern gehörenden Unternehmen mehr als 150 U-Boote hergestellt. Im Mai 2013 wurde auf der HDW-Werft in Kiel das sechste U-Boot des Typs 212A an die deutsche Marine abgeliefert. ThyssenKrupp ist der Hauptproduzent von Überwasserkriegsschiffen für die deutschen Seestreitkräfte. In den letzten 30 Jahren wurden an die 150 Korvetten, Fregatten, etc. in alle Regionen der Welt verkauft. Im Ranking des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), welches seit 1990 die größten Waffenhersteller der Welt listet, nimmt ThyssenKrupp den Platz 49 ein, mit einem Umsatz von 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2011. Im deutschen Kriegsgeschäft nimmt der Konzern hinter EADS und Rheinmetall den dritten Platz ein. ThyssenKrupp hat sich von seinem Yacht- und Handelsschiffbau getrennt und fokussiert sich jetzt gänzlich auf die Fertigung von Marineschiffen. Die Zentrale verließ den vorherigen Standort Blohm+Voss und residiert nun unter dem Namen ThyssenKrupp Industrial Solutions an der Großen Elbstraße.

Unter diesem Namen werden die Aktivitäten von HDW, Blohm+Voss Naval und Kockums gebündelt. Auf der anderen Elbseite fabriziert der „zivile“ Teil

von Blohm+Voss als Auftragsnehmer unter der Regie des Finanzinvestors Star Capital die neuen Fregatten für die Bundesmarine. In den Auftragsbüchern des Rüstungsriesen finden sich Bestellungen für U-Boote und Fregatten um die 10 Milliarden Euro bis zum Jahr 2017. Die Interessenten sind universal zu finden: Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Indien, Pakistan,... Das autoritäre Regime Algeriens lässt in Kiel zwei Fregatten produzieren. Die Auslieferung soll 2020 erfolgen. Vorort, wo bereits ein Konsortium von MAN und Rheinmetall den Tansportpanzer „Fuchs" baut, ist von ThyssenKrupp eine Dependance eingerichtet worden. Ende 2012 trudelte noch die Order für den Bau von zwei U-Booten aus Ägypten ein.

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt

Der NATO-Partner Türkei ist ein bedeutendes Empfängerland deutscher Waffenexporte. ThyssenKrupp hat in der Vergangenheit die türkische U-Bootflotte aufgebaut und wird in der Zukunft 6 U-Boote an den Start bringen.
Die Liste der milliardenschweren Waffenlieferungen an die türkische Armee und Polizei ist nahezu endlos: Heckler+Koch und Rheinmetall ließen mehrere hunderttausend Schnellfeuergewehre in Lizenz vom türkischen Staatskonzern MKEK fertigen, u.a. das Standardgewehr der türkischen Armee G3 und die Maschinenpistole MP5; Krauss Maffei Wegmann lieferte mehrere hundert Leopard 1 und Leopard 2 Panzer; EADS baut mit Turkish Aerospace Industries (TAI) die Drohne TALARION; Daimler liefert Militärunimogs; MTU, Rheinmetall und RENK sind an der Entwicklung und Herstellung des neuen türkischen Kampfpanzers ALTAY beteiligt; geliefert wurden Torpedos, LKW, Brückenpanzer, Patroullienboote, Munition; die Restbestände der NVA gab es sogar geschenkt...



Militär und Polizei wurden von deutschen Repressionskräften, u.a. der GSG9, ausgebildet. Das BKA organisiert Lehrgänge und Austauschprogramme zur Aufstandsbekämpfung für die türkischen „Sicherheitsbehörden" und verschenkte so nebenher Observations- und Computertechnik, Diensthunde und Schutzwesten für 300.000,- Euro. Jährlich wird Pfefferspray mit den zugehörigen Abschussgeräten für 140.000,- Euro an den Bosporus exportiert.

Der Krieg der türkischen Armee gegen den kurdischen Befreiungskampf, die Aufrüstung gegen Aufstandsbewegungen und Guerilla in der Türkei hat viel Geld in die Kassen deutscher Rüstungskonzerne gespült.

Mit unserer Aktion gegen ThyssenKrupp wollen wir auch unsere Solidarität mit der Junirevolte in der Türkei ausdrücken und militante Grüße nach Istanbul, Ankara, Amed, Eskisehir,... senden. Die Kämpfe sind noch nicht vorbei. In Stadtteilversammlungen wird über die weiteren Schritte diskutiert und erneut gab es Versuche, den Gezi-Park wiederzubesetzen. Unsere Solidarität gilt den vielen Verhafteten und durch Polizeigewalt Verletzten. Bis Ende Juni haben die Bullen 130.000 (!) Patronen Reizgas verschossen. Viele Menschen erlitten durch die Geschosse schwere Kopfverletzungen oder verloren ihr Augenlicht. Anfang Juli wurden über 40 Tonnen neues Gas bestellt. Wir werden die von den Bullen ermordeten Mehmet Ayvalitas, Abdullah Cömert, Ethem Sarisülük, Medini Yildirim und Ismail Korkmarz im Gedächtnis behalten!

- özgürlük için omuz omuza her yer direniş! -
çapulcu, 1.8.2013

Wir fordern die sofortige Freilassung von Sonja und Sybille, die wegen ihrer unversöhnlichen und kompromisslosen Haltung gegenüber der deutschen Justiz in Frankfurt eingeknastet sind. Gegen Sonja Suder läuft ein Prozess wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ). Die RZ und die Rote Zora haben in den 70er, 80er und 90er Jahren viele Aktionen gegen NATO-Infrastruktur, Rüstungsfirmen (u.a. gegen die Kriegswerft Lürssen wegen der Lieferung von Kriegsgerät in die Türkei) und Militäreinrichtungen durchgeführt. Sie sind Teil der Geschichte militanter antimilitaristischer Kämpfe in der BRD.

- Sommer für Sonja und Sybille!

irgendwer 01.08.2013

„Spiel mir das Lied vom Tod“ Musikschau der Nationen stören!

Marschmusik – Kehrt marsch!

“Wenn jemand Freude daran hat, bei Musik in Reih’ und Glied zu marschieren, dann verachte ich ihn schon deswegen, weil er sein Gehirn nur wegen eines Irrtums bekommen hat; ein Rückenmark hätte gereicht.” Albert Einstein

Vom 24. bis 26. Januar 2014 soll in der Bremer Stadthalle bereits zum 50. Mal die “Musikschau der Nationen” stattfinden. Dann wird Bremen wieder von hunderten Militärmusiker*innen aus aller Welt besucht werden. Stets spielen auf der Musikschau internationale Militär- und Polizeiorchester. Die Militärorchester der Bundeswehr sind obligatorischer Weise auch immer mit dabei, für 2014 ist bereits das Wehrbereichsmusikkorps III aus Erfurt angekündigt. Außerdem sollen u.a. die Musique de l´Artillerie de Rennes aus Frankreich und die United States Air Forces in Europe Band kommen.

Die Veranstaltung, die mit tausenden Besucher*innen als das bedeutenste Militärmusikfestival Europas gilt, wird vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) organisiert. Der Erlös aus den Eintrittsgeldern und aus den Fernsehübertragungsrechten (die Veranstaltung wird regelmäßig im Fernsehen übertragen), geht stets in die Kassen des VDK. Dieser bemüht sich die Musikschau der Nationen als als “Beitrag der Völkerverständigung” zu v erkaufen.

Wir fragen uns, was Völkerverständigung im militärischen Sinne sein soll. Zwar spielen bei der Musikschau der Nationen auch immer wieder zivile Gruppen auf, doch das wichtigste Kernelement für Besuchende und Veranstaltende ist die Marschmusik der Militärorchester.

Der Sinn und Zweck dieser Marschmusik bestand im Altertum darin, kämpfende Soldat*innen zu lenken und während des Kampfes mit dem Feind zu unterstützen. Heute kommt den Militärorchestern die Rolle zu, u.a. für gute Stimmung an der Heimatfront zu sorgen und dadurch das Geschäft der Kriegsführung zu normalisieren, damit in der Gesellschaft Akzeptanz für Militarisierung und Krieg geschaffen wird:

“Lustige Blasmusik” soll davon ablenken, dass Militär mit Töten assoziiert wird. Dass dieses Festival dann auch noch unter dem Motto der “Völkerverständigung” laufen soll ist einfach nur lächerlich.

Im Jahr 2011 übernahm der damalige Kriegsminister Karl- Theodor zu Guttenberg erstmals die Schirmherrschaft über die Veranstaltung. Hier zeigte sich einmal mehr wie eng die Musikschau mit Militär und Rüstung verwoben ist. Damit passt sie auf eine zynische Art und Weise sehr gut nach Bremen, denn Bremen ist ein bedeutender Rüstungsstandort (Rüstungsproduktion, Rüstungsforschung, Rüstungslogistik).

Deshalb rufen wir euch auf im Januar 2014 nach Bremen zum Aktionswochenende zu kommen und die “Musikschau der Nationen” zu stören.

Keine Normalität für das Töten.
Keine Normalität für Krieg.

War starts here!
Widerstand auch!



Wir schmeißen mit Grundsteinen...

Ich höre immer wieder es ist Krise.
Hhm... wessen Krise eigentlich?
Eine Krise der Banken? Eine Wirtschaftskrise?
Oder doch nur eine Krise des Immobilienmarktes?
Ist nicht der Kapitalismus die Krise oder ist er bloß in einer Krise?
Wem schadet die Krise und wem nützt sie?
Deutschland scheint sie bisher ja zu nützen. Tja, aber was nützt das mir? Und wer ist eigentlich dieser Deutschland? Und warum finden den alle immer geil?
Hat er in der Vergangenheit eigentlich irgendetwas Gutes gemacht?
Und was hat er mit mir zu tun?
Fängt er nicht regelmäßig Kriege mit Anderen an?
Bringt er nicht Andere um, nur um seine Interessen durchzusetzen?
Und wer sind diese Anderen eigentlich?
Was macht sie anders als mich oder dich?
Eine Linie auf einer Karte?
Eine Mauer in der Landschaft oder in meinem Kopf?
Und wer bin ich überhaupt? Bin ich eine Frau, ein Mann, nichts davon oder bin ich auch anders?
Und wenn ich auch anders bin, warum will dieser Deutschland dann immer mein Repräsentant sein?
Und warum brüllen ständig saufende Männerhorden seinen Namen?
Und was machen eigentlich die Frauen währenddessen? Mädelsabend mit Prosecco und Germany's next Topmodel?
Und sind sie froh, dass sie nicht mit brüllen müssen oder würden sie gerne, werden aber nicht beachtet oder wird es ihnen gar verweigert?
Und wie kommt es eigentlich, dass in dieser ach so emanzipierten Gesellschaft immer noch vorwiegend die Frau für Haushalt und Familie zuständig ist, obwohl es gleichzeitig immer mehr sogenannte Karrierefrauen gibt?
Liegt es an ihrer „natürlichen“ Eignung oder an der Gesellschaft? Was ist dran am Bild der Frau?
Und wer legt eigentlich fest, wer Mann und wer Frau ist? Und ist das jetzt dieses Patriarchat?

Wut im Bauch

Jaja, den Kapitalismus, das Patriarchat und die Nation gibt es immer noch. Und nun? Bei allem, was bisherige Kämpfe, ob groß oder klein, bewirkt haben, vermochten sie nicht, diese Herrschaftsformen als umfassendes Ganzes abzuschaffen. Doch nicht allein diese Verhältnisse existieren noch, sondern auch diejenigen, die sie überwinden wollen, mit all ihrer mal mehr, mal weniger klar artikulierten Wut. Und auch wir als Verfasser_innen dieses Papiers teilen diese Wut und versuchen, Wege in eine emanzipatorische und solidarische Gesellschaft zu beschreiten. Wir teilen sie jedoch nicht mit jenen, die ihre Wut lieber auf Sündenböcke richten, als die Verhältnisse als solche anzugreifen und zu kritisieren. Dies können zum Beispiel vermeintlich antikapitalistische Faschistinnen und Faschisten sein. Wir sehen uns an dieser Stelle mit dem Problem konfrontiert, all die Gründe für unsere Wut zu benennen, ohne in eine monotone Aufzählung zu verfallen, die Gefahr läuft, Hierarchien zu schaffen oder zu vermitteln. Jede_r Einzelne von uns wurde unterschiedlich politisiert und inspiriert, wie etwa durch Frauenkämpfe, Antifabewegung, Tierrechtsbewegung, widerständige Subkulturen oder autonome Politik. Die Wege zu unseren jetzigen Standpunkten waren Mal kürzer und Mal länger, Mal steinig und Mal gut gepflastert. Diese Kämpfe treiben uns nach wie vor an, doch sehen wir sie heute im Kontext von etwa Kapital, Nation und Patriarchat. Letztere begreifen wir als etwas Zusammenhängendes, das uns alle angeht.

Lieber gemeinsam als einsam!

Um diesen zusammenhängenden Verhältnissen etwas entgegenzusetzen und sie angreifen zu können, halten wir es für notwendig, ja unumgänglich, dass Menschen sich miteinander organisieren. Diese Organisierung sollte dabei jedoch auf keinen Fall zum reinen Selbstzweck verkommen, sondern sich an der Erreichung formulierter Ziele orientieren. Mal kann sich das zu einem Theoriezirkel verfestigen, mal zu einem entschlossenen Mob auf der Straße. So ist immer abzuwägen, mit welchem Mittel die Ziele im entsprechenden Moment am besten erreicht werden können. Organisierung kann aber auch bedeuten, dass gemeinsam die Wunden der staatlichen Repression oder erfahrener Gewalt versorgt werden oder schlichtweg ein fester Rahmen für Auf- und Verarbeitung alltäglicher – und oft auch persönlicher - Probleme oder Ärgernisse geschaffen wird. Gleichwohl bietet sie aber auch die Möglichkeit individuelle Fähigkeiten und Stärken zusammenzuführen. Wichtig finden wir im Kontext der Organisierung auch, dass Kämpfe nicht nur aus der eigenen Perspektive angegangen werden, sondern wir diese auch kritisch reflektieren und versuchen, uns in die Position von anderen, womöglich stärker von bestimmten Unterdrückungsformen betroffenen Menschen hineinzuversetzen.

P wie privat, P wie politisch, P wie Trennung, P wie Pustekuchen

Eine strikte Trennung zwischen politischem Handeln und dem Privaten is nich drin. Die gegenseitige Unterstützung in allen Lebensbereichen stellt für uns die Basis unseres Handelns dar, da diese auch von äußeren Umständen und unseren Befindlichkeiten bestimmt und teilweise begrenzt wird. Bedeutend ist für uns auch die Kollektivierung unserer Wut sowie die gemeinsame Aufarbeitung und das Auffangen individueller Alltagsprobleme und -sorgen. Durch die Betrachtung dieser Prozesse mit dem Wissen um

strukturelle Unterdrückungsverhältnisse wird deutlich, dass es sich meist nicht um Einzelschicksale handelt, sondern diese Probleme viele Menschen umtreiben. Durch diese Erkenntnis gewinnen wir, individuell sowie als Gruppe, an Stärke. So versuchen wir der Vereinzelung in der bürgerlichen Gesellschaft etwas entgegen zu setzen. Die Grundlage für unser gemeinsames Handeln liegt unseres Erachtens somit im Privaten.

[...] war hier

Ob auf politischen Pamphleten, Infotischen oder Cocktailkarten – oft und nahezu überall finden sich die Stempel der jeweils Verantwortlichen. Das halten wir für überflüssig. Eine Botschaft oder Aktion verliert nicht an Wirkung, wenn sie nicht mit einem Namen versehen ist. Dass die dadurch geschaffene Ansprechbarkeit der jeweiligen Gruppen durchaus von Vorteil sein kann, wollen wir nicht zur Debatte stellen. Wir wollen stattdessen unterstreichen, dass bei einer solchen Label-Politik nicht nur Aktionen oder Texte mit einem Vorurteil besetzt sind, sei es ein positives oder negatives, das eine unvoreingenommene Betrachtung verhindert, sondern durch sie auch eine Zentralisierungstendenz mitschwingt. Dem wollen wir ein dezentrales Konzept entgegensetzen, in dem sich Individuen oder Zusammenhänge von den Aktionen oder Theorien an sich inspirieren lassen und selbst Dinge initiieren, statt dauerhaft Verantwortung abzugeben und auf einen Namen zu vertrauen. Damit soll nicht gesagt werden, dass wir uns namenlos bewegen. So wird sich sicher ab und an ein Name zur Zuordnung finden, jedoch sollte er nicht wichtiger sein, als die Publikation, Aktion oder ...

Eine Seifenblase platzt selten allein...

Größere Organisierungskonzepte und Kooperationen lehnen wir nicht partout ab, jedoch geht unsere Politik zunächst von uns aus. Unsere Lebenssituation beeinflusst unser Handeln. Was nicht etwa heißen soll, dass wir die aus unserer gesellschaftlichen Position resultierenden Privilegien zementieren wollen, sondern dass wir sie aus dieser Position heraus angreifen und uns gleichzeitig mit den anders und/oder stärker von Unterdrückung Betroffenen in ein solidarisches Verhältnis setzen. Das heißt für uns, dass wir nicht für und über die Betroffenen, sondern mit ihnen sprechen und handeln. Mit ihnen und mit Zusammenhängen, Gruppen und Personen, mit denen wir grundlegende Positionen teilen, wollen wir Bündnisse eingehen. Eine Bündnispolitik, die lediglich darauf abzielt, Massenbewegungen zu generieren und dabei eigene Standpunkte aufgibt oder billigend verwässert, ist nicht die unsere. Das heißt nicht, dass wir uns in unserer Nische verkriechen, sondern unsere Kritik, Vorstellungen und Perspektiven darüber hinaus tragen wollen. Zuweilen kann es notwendig sein, in Bündnissen zu wirken, deren Forderungen uns im Grunde nicht weit genug gehen. Notwendig, um größeres Leid, reaktionäre Tendenzen und direkte Gefahren in den bestehenden Verhältnissen zu verhindern. Unsere Perspektive weist jedoch weiter. Wir streben eine Gesellschaft ohne Herrschaft, Schranken und Konkurrenz an. Das heißt auch eine stetige Reflexion eigener Denkschemata sowie eine konsequente Ablehnung des Bestehenden. Zudem ist es notwendig gewohnte Szenepositionen und eigene Ansprüche sowie Privilegien in Form von Wissenshierarchien, Sprache und spezifisch linker Diskussionskultur zu hinterfragen. Wir wollen nicht immer nur mit demselben Blickwinkel in unserer Seifenblase verharren. Daher hat die Vermittlung von Wissen, Erfahrungen und Techniken für uns einen hohen Stellenwert, um auch neuen Leuten die Teilnahme an emanzipatorischen Prozessen zu ermöglichen. Im besten Fall findet dadurch - unter anderem - eine Bereicherung um neue Perspektiven statt. Wir richten uns gegen das Wiederkäuen dumpfer Parolen, Dogmen und Ideologien. So wie sich die Formen der Herrschaftsmechanismen verändern, so müssen auch wir uns stetig auf neue Umstände einstellen und unsere Kritik daran ausrichten.

Alles muss kaputt sein!

Manchmal - leider zu selten – bricht sich die Wut in unserm Bauch Bahn und entlädt sich, mal mehr, mal weniger zielgerichtet gegen das, was uns die Luft zum Atmen nimmt. Emanzipatorische Praxis äußert sich in unseren Augen nicht nur in entschlossenem Handeln auf der Straße, sondern ebenso durch Konsequenz im Denken. Wir begreifen unsere Handlungen als direkte Folge unserer Gedanken. Das heißt, dass wir unser Handeln so ausrichten, dass es unseren Idealen entspricht. Zuweilen geht diese Konsequenz und die daraus folgende unverträgliche Haltung gegenüber dem Bestehenden mit einem gewissen Risiko einher. Und wir sind bereit, dieses auf uns zu nehmen. Zusammenfassend betrachten wir diese Haltung als militant. Militanz bedeutet derzeit allerdings auch, den Mut aufzubringen das Bestehende zu negieren und die Dinge neu und anders zu denken, um daraus konkrete Utopien zu entwickeln. Militanz bedeutet für uns auch Gegengewalt aufzubauen um die gewalttätigen Verhältnisse zu brechen und so ein Ende der Gewalt zu erreichen. Die Anwendung von Gewalt ist für uns dann ein legitimes Mittel, wenn sie darauf ausgerichtet ist eine Gesellschaft einzurichten in der alle Menschen frei von Unterdrückung, Zwang und einer Bedrohung für ihre körperliche und psychische Unversehrtheit leben und sich entfalten können. Kurz die Einrichtung einer emanzipatorischen Gesellschaft oder zumindest die Annäherung an dieses Idealbild. Die derzeitige Krise offenbart die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, allen Menschen eben dieses - im besten Sinne - gute Leben zu ermöglichen. Unserer Meinung nach ist dies ein geeigneter Zeitpunkt, um die Alternativlosigkeit dieser Ordnung wieder für mehr Menschen hinterfragbar zu machen. Zum Einen indem wir unser Leben in Selbstorgani-

sierung, soweit das eben möglich ist, in die eigenen Hände nehmen und Strukturen erproben, in denen Hierarchien - soweit eben möglich - abgebaut werden sollen. Diese Strukturen wollen wir anderen Menschen zum Beispiel geben. Und zum Anderen in dem wir versuchen dem strauchelnden Kapitalismus den nötigen Stoß zu verpassen, damit er endlich fällt. Uns ist klar, dass wir mit dem Ende des Kapitalismus noch lange nicht in der emanzipatorischen Gesellschaft angekommen sind, die wir weiter oben beschrieben haben, aber wir denken das die Gelegenheit momentan verhältnismäßig günstig ist, um zumindest einen Versuch zu starten, dieses eine von mehreren großen Übeln unserer Zeit loszuwerden.

Dieses Papier ist weder eine differenzierte Gesellschaftsanalyse, noch hat es den Anspruch, eine solche zu sein. Es legt viel mehr unsere Motivation und unsere derzeitigen Standpunkte offen und stellt die Grundsteine für unsere gemeinsame Organisierung dar...

… und mit diesen Grundsteinen schmeißen wir!!

grisù, Hannover 2013

grisu_h@riseup.net

Viele Fragen, und jetzt?
Gibt es Antworten? Und wenn ja, wer gibt sie mir?
Oder kann ich sie mir selber geben?
Und warum eigentlich nur mir?
Gibt es nicht auch andere Menschen, die Antworten suchen? Aber Antworten kann man ja nicht essen oder drin wohnen. Und wie geht es jetzt weiter?
Kann ich nur mit Antworten auf meine Fragen etwas ändern?
Und kann ich allein überhaupt irgendwas ändern?
Und was ist, wenn ich mich dem alleine nicht gewachsen fühle? Was ist denn mit den anderen Menschen? Haben sie vielleicht die gleichen Fragen und Probleme wie ich und könnte ich nicht auch gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen?
Aber haben überhaupt alle die gleichen Probleme?
Eigentlich gibt es ja genug andere, die irgendwie unzufrieden sind.
Sollten wir die Veränderung nicht gemeinsam in die Hände nehmen?

Wenn ihr verschlüsselt mit uns kommunizieren wollt, könnt ihr unseren PGP-Schlüssel per Email bekommen. Schreibt uns dazu einfach vorab eine unverschlüsselte Mail, in der ihr nach dem Schlüssel fragt.

Razzien und §129 Verfahren wegen RAZ und Radikal

Am 22.5.13 stürmten, um 6.00 Uhr in der Frühe, bewaffnete Spezialkräfte die Wohnungen mehrerer GenossInnen. In Folge dessen fanden umfangreiche Hausdurchsuchungen in insgesamt 21 Objekten in Berlin, Stuttgart und Magdeburg statt. Vorgeworfen wird den Beschuldigten die Mitgliedschaft und Unterstützung der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) und der Revolutionären Linken (RL), sowie die Mitwirkung an der Publikation der klandestinen Zeitschrift „radikal". Die Revolutionären Aktionszellen sollen, laut Durchsuchungsbeschluss, eine Nachfolgeorganisation der militanten Gruppe (mg) darstellen.

Olli R., welcher aufgrund einer Verurteilung wegen angeblicher Mitgliedschaft in der militanten Gruppe kurz vor einer Entscheidung seines Antrages zur Aussetzung der Haft auf 2/3-Strafe stand, wurde im Kontext der Razzien in den geschlossenen Vollzug nach Berlin Tegel verschleppt. Sein Antrag wurde abgelehnt.

Die Akten, welche den neun Beschuldigten nun präsentiert werden, lassen eine jahrelange, äußerst umfangreiche Überwachung erkennen. Der Teil, welcher den Anwälten momentan zur Verfügung gestellt wird, enthält dabei sicherlich nur einen ausgewählten Bruchteil des eigentlich vorhandenen Materials.

Mittel zur Überwachung waren, neben der mittlerweile sehr häufig angewandten Telefonüberwachung auch die, im Zusammenhang mit den Protesten zum Naziaufmarsch in Dresden bekannt gewordene massenhafte Handyortung über Funkzellen, sowie althergebrachte Observationen. Zur Handyortung wurden so genannte „stille SMS" versandt.

Anfang Juni beantragte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Entnahme der DNA mehrerer Beschuldigter.

Die Kriminalisierung soll uns spalten, doch sie wird, wenn wir dieses Ziel erkennen und dementsprechend handeln, lediglich das Gegenteil erreichen. Unsere Antwort darauf kann also nur die Vernetzung und der gemeinsame Kampf der verschiedenen Teile dieser angegriffenen Bewegung sein.

Linke Politik verteidigen!

Fünf Finger sind eine Faust!

Freiheit für Olli!

soligruppe.blogsport.eu

Razzien in Berlin wegen Jobcenter Aktionen und Angriff auf Bullen

Am 14.08.2013 haben die Bullen acht Wohnungen in Berlin Mitte, Kreuzberg und Neukölln gestürmt. In Friedrichshain drangen Bullen einer Einsatzhundertschaft zusammen mit SEK Trupps in das Hausprojekt Rigaer Strasse 94 ein.

Es wurden zwei Gründe für die Durchsuchungen angegeben. Farbe und Glasbruch in Berlin am 2. Mai gegen mehrere JobCenter, die die Aktivist_innen damals so begründeten „...weil wir Jobcenter und Arbeitsämter für zentrale Institutionen zur Durchsetzung des Zwanges zur Arbeit halten und obendrein verantwortlich für die meisten der in nächster Zeit drohenden Zwangsräumungen." Eine Demo am 07. Juni in Solidarität mit den Revolten nach der Räumung des Gezi Parks in Istanbul. Ca. 50 Personen hatten eine kurze, wilde Demo in Kreuzberg gemacht und Barrikaden am Kottbussser Tor errichtet. Die Bullen, welche zu dem Zeitpunkt gerade dabei waren Drogenkontrollen durchzuführen, wurden mit Steinen und Brandsätzen angegriffen. Danach löste sich der Mob wieder auf.

Pressemitteilung der Rigaer 94

Heute gegen kurz nach 6.00 Uhr haben mehrere Hundertschaften (13te, technische Einheiten, LKA und das SEK) unser Haus gestürmt und zwei Durchsuchungsbescheide vollstreckt. Dabei flexten und brachen sie Türen auf, stürmten alle Zimmer unseres Hauses und trieben die Leute zusammen.Erstaunlicherweise verzichteten sie diesmal auf größere Randale in unserem Haus. Es wurde ein Zimmer im Zusammenhang mit der Solidaritäsbekundung mit den Revolten in der Türkei (versuchter Mord) und ein weiteres Zimmer im Zusammenhang mit Angriffen gegen Ausbeutung und Arbeitswahn (Brandstiftung an Jobcenter) durchsucht. Ein Beschuldigter wurde gezwungen seine DNA abzugeben.

Sie schnüffelten aber nicht nur selber, sondern nötigten mehrere Hunde vermeintliche Sprengstoffe und Brandmittel zu finden. Sie sicherten mit einem Hubschrauber unser Dach und besetzen es mit einer Einheit des SEK. Zeitgleich griffen sie weitere Projekte, Wohngemeinschaften und Wohnungen von Genoss_innen an und durchsuchten diese ebenfalls. Gegen 12.30 Uhr waren die Cops wieder aus unserem Haus verschwunden. Vorher gaben sie sich zu unserem Erstaunen einige Mühe uns die Türen zu reparieren, auch wenn sie sich dabei nicht allzu schlau anstellten. Bevor sie unser Haus verließen nahmen sie noch einiges an altem Müll von unserem Dachboden mit und die x-box des Hauses, was wir darauf zurückführen, dass sie unterbinden wollen, dass wir in zahlreichen Nächten bei Grant Theft Auto die Stadt zerlegen. Spaß beiseite! Wir sind stinksauer, wir hassen euch und keiner will euch haben! Wir sehen diesen Angriff nicht nur auf unsere Projekte bezogen, nicht nur darauf, dass wir nicht bereit sind, die ganze Scheiße hinzunehmen, sondern es geht auch darum, selbstbestimmtes Leben im Kollektiv als Gegenmodell zu kapitalistischer Vereinzelung anzugreifen. Während die sich aber andauernd untereinander gestritten haben, haben wir versucht das Beste draus zu machen.

E-Book? Weg mit dem Dreck!

E-Books scheinen immer mehr Leuten eine praktische Alternative zum papiernen Buch. Leicht, auch im Dunkeln lesbar, platzsparend und schick.

Was bist du für eine Leser_in?

Wie viele Seiten schaffst du pro Stunde? Die Leser_innen der „Tribute von Panem" brauchten durchschnittlich 0,95 Seiten pro Minute. Nicht schlecht, oder? Du hast vergessen, wie lange du am letzten Boyle gelesen hast? Arbeitest du nicht, dass du bis 4 Uhr liest, an einem Montag? Welche Stelle hattest du dir markiert? Vergessen? Macht nichts, dein E-Book-Händler weiß es. Alles was du mit dem E-Book machst, weiß er. Um wie viel Uhr du dein Ding zur Hand nimmst und zu lesen beginnst, wie lange du im Durchschnitt am Stück liest, wann du Pause machst, an welcher Stelle du ein Buch abbrichst, welche Stellen du markierst oder kommentierst – was du kommentierst.

Alles was du mit einem E-Book machst, wird gespeichert – und zum Eigentum von Amazon, Google oder Apple. In den Nutzungsbedingungen muss man dem zustimmen, bevor man ein Buch runterladen kann – auch in der BRD. Das Kleingedruckte nicht gelesen? Die E-Book-Konzerne und Verlage werten die Daten aus, begutachten dein Leseverhalten, gleichen es mit dem anderer ab, schauen welches Buch warum an welcher Stelle vielleicht abgebrochen wurde, schaffen Angebote die zu dir passen, weil sie wissen, dass du einen langen Text gerne mal unterbrichst, um was Kleines zu lesen – darf's zwischen Belletristik und Lyrik noch etwas Politisches sein? Wenn du es nicht weißt, weiß es der Konzern deines Vertrauens. Schmeiß das Ding weg! Es ist nichts anderes als ein Überwachungsinstrument. Du findest es natürlich total praktisch. Klar, sonst würdest du es ja nicht freiwillig mit dir rumschleppen. Du hast nichts zu verbergen? Wenn du wüsstest...

leseratte

kleine moleküle, großer effekt?

über dna-entnahmen und die notwendigkeit solidarischen widerstandes

... warum dieser text?

Aktuell können wir im Internet verschiedene Fälle finden, in denen Menschen in Zusammenhang mit Ermittlungen im „linksradikalen Spektrum" aufgefordert werden, ihre DNA abzugeben.

Am 22. Mai diesen Jahres wurden Wohnungen und Räumlichkeiten in Berlin, Magdeburg und Stuttgart durchsucht - ermittelt wird in einem § 129-Verfahren gegen angebliche Mitglieder der Revolutionären Aktionszellen (RAZ), laut Bundesanwaltschaft eine Nachfolgeorganisation der militanten gruppe. Neun Personen wurden aufgefordert, ihre DNA abzugeben.

Bezüglich der Brandstiftung gegen 42 Bundeswehrfahrzeuge in Dresden 2009 lud das Landeskriminalamt Sachsen im November 2012 eine Person zur Speichelprobe zwecks Feststellung der DNA vor. Wenn der Betroffene nicht bis Monatsende erscheine, werde man eine richterliche Anordnung zur DNA-Entnahme einholen.

Im September 2012 kam es während dem anti-militaristischen Camp gegen das GÜZ (Gefechts-Übungs-Zentrum) in der Altmark zur Festnahme von fünf Personen, denen eine Aktion mit Farbe auf eine Ingenieurfirma, die an der Planung der Kriegs-Übungsstadt „Schnöggersburg" auf dem GÜZ beteiligt ist, vorgeworfen wird. Der Fahrzeughalter (der nicht unter den Festgenommenen war) wird der Beihilfe beschuldigt. Gegen ihn läuft ein weiteres Verfahren nach §109e (Sabotage an Wehrmitteln), in dessen Zuge ihm eine versuchte Straftat auf dem Gelände des GÜZ vorgeworfen wird.
Die fünf wegen angeblicher Sachbeschädigung Festgenommenen werden nun auch im Verfahren nach §109e beschuldigt. Hierüber soll die von ihnen sowie vom Fahrzeughalter durch die Staatsanwaltschaft geforderte Abnahme von DNA gerechtfertigt werden.

(siehe: http://www.abc-berlin.net/zu-staatlich-geforderten-dna-abgaben-bei-ermittlungsverfahren)

Am 27. Juli dieses Jahres fand ein Brandanschlag auf die Bundeswehrkaserne in Havelberg in der Altmark statt, bei dem 16 Bundeswehrfahrzeuge teilweise komplett zerstört wurden. Daraufhin wurde auf dem Gelände des im gleichen Zeitraum stattfindenden zweiten antimilitaristischen Camps gegen das GÜZ ein Auto beschlagnahmt, welches die Ermittlungsbehörden in angeblichem Zusammenhang mit dem Anschlag sehen. Der Staatsschutz erklärte, das Auto bleibe vorerst beschlagnahmt, um darin vorgefundene Spuren mit denen am „Tatort" abzugleichen. Ermittelt wird auch in Hinblick auf Zusammenhänge mit anderen Anschlägen auf Bundeswehrfahrzeuge. *(siehe https://linksunten.indymedia.org/en/node/92202)*

Wir wissen, dass diese Fälle nur Beispiele sind: Es ergehen weit mehr Aufforderungen zu DNA-Entnahmen als die, von denen wir erfahren und das Einsammeln von DNA-Spuren an „Tatorten" ist zur gängigen Ermittlungsmethode geworden. In Deutschland wurde die erste DNA-Datenbank 1998 eingerichtet, aber auch in anderen Ländern stellen DNA-Datenbanken ein immer wichtigeres Kontroll- und Repressionsinstrument in den Händen der Nationalstaaten dar.
Wir sehen dies als Anlass dazu, uns damit zu beschäftigen, welche Relevanz DNA-Entnahmen und -Speicherungen für uns und unsere politischen Praxen haben. Wir finden es unerlässlich, uns mit Fragen nach Widerstandsmöglichkeiten und Solidarität auseinanderzusetzen.

Uns ist dabei bewusst, dass die DNA-Entnahmen in politischen Ermittlungsverfahren Teil der generellen DNA-Sammel- und Speicherwut sind. Wir wissen, dass diese nicht nur uns als Anarchist_innen, Autonome, Aktivist_innen, Linksradikale... trifft, sondern vor allem auch (konstruierte) Personengruppen, die dem so genannten Bereich der Kleinkriminalität zugeordnet werden. Es geht um die Kontrolle von und die Repression gegen Personen und vermeintliche Gruppen, deren Handeln unerwünscht ist, weil es eine potenzielle Bedrohung für die bestehenden Verhältnisse darstellt. Egal ob die Personen und Gruppen diese bewusst oder unbewusst gefährden.
Unsere eigene (potenzielle) Betroffenheit von DNA-Entnahmen in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen, bestärkt uns darin, uns mit der Thematik zu befassen und nach einem offensiven Umgang zu suchen.

dna? - von säuren...

Speichel, Schuppen, Blut, aber auch kleinste Mengen von Hautabrieb - unvermeidliche Spuren, die unsere Körper überall hinterlassen, wo wir uns aufhalten oder bewegen. In jeder Zelle, aus denen sich diese Spuren zusammensetzen, befinden sich mikroskopisch kleine Moleküle, die genetische Informationen enthalten. Diese Moleküle werden Desoxyrobinukleinsäure; kurz DNA (manchmal auch DNS; S für Säure, A

fürs englische Wort „acid“) genannt. Die Wahrscheinlichkeit, dass zwei nicht verwandte Menschen die gleichen DNA-Daten besitzen, geht gegen null, weshalb DNA-Spuren - wenn sie beim Einsammeln nicht verunreinigt oder vermischt werden - zur angeblich eindeutigen Identifizierung von Personen genutzt werden können. Ausnahme sind dabei eineiige Zwillinge, die identische Erbinformationen haben. Relativ leicht kann durch DNA das genetische Geschlecht zugeordnet werden (in der Logik eindeutiger Zweigeschlechlichkeit gedacht). Die Analyse anderer „Charakteristika“ einer Person wie zum Beispiel bestimmte körperliche Eigenschaften oder Krankheiten, ist in Deutschland in polizeilichen Ermittlungen bislang nicht erlaubt. In anderen Ländern werden aber bereits anhand von DNA-Analysen Wahrscheinlichkeitsaussagen über die „Gruppenzugehörigkeit“ einer „verdächtigen“ Person getroffen.

Dabei ist auch zehn Jahre nach der Entschlüsselung der menschlichen DNA ungewiss, welche Informationen sie überhaupt beinhaltet und wie diese ausgelesen werden können. Die Bedeutung und Funktion der DNA ist wissenschaftlich noch lange nicht geklärt, vielmehr wird immer unklarer was „die Gene“ überhaupt sein sollen. Dennoch wird weiterhin so getan, als sei Wissenschaft der Maßstab einer vermeintlich feststellbaren Wahrheit und außerdem objektiv. Dabei haben die modernen Naturwissenschaften schon immer Herrschaft und Unterdrückung legitimiert, zum Beispiel durch die angeblich biologisch feststellbare Einteilung von Menschen. Heute sind es nicht mehr „Rassen“, sondern „Gruppen“, „Populationen“, „Minderheiten“, „Ethnien“ und die „Abstammung“, nach denen Menschen sortiert werden. Dahinter steht nicht mehr eine Ideologie des Blutes und der Reinheit, sondern die Ideologie der Gene.

... und spuren

Ermittlungsbehörden machen sich bei ihrer Arbeit nicht die Mühe, die DNA komplett auszulesen. Stattdessen wird nur eine bestimmte Zahl an festgelegten Markern ausgelesen, die ein genetisches Profil ergeben.

Im Unterschied zur Identifizierung über Fingerabdrücke aber ist eine Identifizierung über DNA-Spuren viel umfassender, weil diese zwar vermindert, kaum aber komplett vermieden werden können. Außerdem können die Spuren, einmal an einem Tatort eingesammelt, noch lange Zeit später ausgewertet werden. Immer wieder werden Fälle anhand von vor Jahrzehnten eingesammelter DNA-Spuren neu aufgerollt, beispielsweise der Fall des 1977 vom RAF-Kommando Ulrike Meinhof erschossenen Generalbundesanwaltes Buback. Den „Tathergang“ konnten die DNA-Analysen jedoch auch in diesem Fall nicht klären.

Im Zuge von Ermittlungen wird nämlich kaum berücksichtigt, wie DNA-Spuren an einen Ort gelangt sind. Das Vorfinden von bestimmten DNA-Spuren an einem Ort lässt immerhin auch nur den Rückschluss darauf zu, dass die DNA einer bestimmten Person auf die eine oder andere Weise zu dem einen oder anderen Zeitpunkt dorthin gelangt ist. Zudem besteht die „Schwierigkeit“ der Vermischung verschiedener DNA miteinander und die der Verunreinigung ein-

DNA- Analysedaten können zur Zeit in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen gesammelt werden:

1. zur „Aufklärung einer konkreten Straftat“ (§§ 81e, 81f StPO)
2. um „im konkreten Fall eine Gefahr für die Allgemeinheit abzuwenden“
3. zur „Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren“ (§ 81g StPO)

zu 1.:
Zur „Aufklärung einer konkreten Straftat“ müssen Entnahme und Untersuchung des DNA-Materials durch einen richterlichen Beschluss angeordnet werden. Gegen einen solchen Beschluss können zwar Rechtsmittel eingelegt werden, besteht allerdings „Gefahr im Verzug“ dürfen auch Staatsanwaltschaft und Bullen entsprechende Untersuchungen anordnen.
Wenn die_der Betroffene schriftlich zustimmt, sind derartige Untersuchungen ohnehin ohne richterlichen Beschluss möglich.
Eine einmal erteilte Einwilligung in die Entnahme und Speicherung der DNA kann in der Regel nicht widerrufen werden.

zu 3.:
War 1998, bei der Einführung der DNA-Analysedatenbank in Deutschland, die DNA-Entnahme und -Speicherung bezüglich künftiger „Straftaten“ noch für sogenannte Kapitalverbrechen (Mord, Vergewaltigung...) beschränkt, können mittlerweile für drei Gruppen von Straftaten DNA-Daten erfasst werden:

- für „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ - dieser schwammige Begriff lässt sich auf alles mögliche anwenden; sei es Körperverletzung, Diebstahl oder Erpressung, aber auch der Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz oder das Aufenthaltsgesetz
- „Sexualdelikte“
- „sonstige Straftaten“, wenn sie wiederholt begangen werden - diese müssen „im Unrechtsgehalt Straftaten von erheblicher Bedeutung gleichstehen“. Was unter „sonstigen Straftaten“ und unter einem „Unrechtsgehalt von erheblicher Bedeutung“ zu verstehen ist, bleibt offen und kann in alle Richtungen ausgeweitet werden.

Die „Wiederholungsgefahr“ wird anhand von „Analysen“ über die Tat und die Persönlichkeit der beschuldigten Person festgestellt. Darunter wird allerlei verstanden wie „Schwere der Tat“, die vorhandene „kriminelle Energie“ einer Person, das Verhalten nach der Tat, Vorstrafen, soziales Umfeld, „psychiatrische Erkrankungen“, kriminalistische Erkenntnisse...

gesammelter Proben. Der Aufsehen erregende Fall des „Phantoms von Heilbronn“ hat die Anfälligkeit für Fehler und falsche Rückschlüsse bei DNA-Analysen besonders deutlich gezeigt. Jahrelang wurde nach einer Person gefahndet, deren DNA in Zusammenhang mit 40 verschiedenen „Straftaten“ (darunter auch der in Zusammenhang mit dem NSU stehende Mord an einer Bullin in Heilbronn 2007) an unterschiedlichen Orten gefunden worden war. Die gesuchte Person hatte in einer Fabrik Wattestäbchen verpackt, die zur Abnahme von DNA verwendet worden waren. Ein Zehntel aller „Spur-Spur-Treffer“ (das heißt der_die selbe „Spurenverursacher_in“ sei an verschiedenen „Tatorten“ nachweisbar) gehen auf Verunreinigungen durch Kriminaltechniker_innen zurück. DNA-Funde zum eindeutigen Beweis zu erklären, müsste somit alles in allem auch aus Ermittlungssicht in Frage gestellt werden.



Im Zuge von Ermittlungen sammeln die Bullen an „Tatorten“ alles ein, dessen sie habhaft werden können und das irgendwie der „Spurenermittlung“ dienen kann, um die DNA-Datenbank zu füttern. Zur Auswertung der an einem Ort eingesammelten DNA-Spuren brauchen die Bullen eine Vergleichsprobe. Diese versuchen sie entweder direkt nach einer Festnahme oder durch Vorladung zu einer DNA-Abgabe zu beschaffen. Wir wissen aber auch, dass die DNA der betroffenen Person(en) manchmal am Arbeitsplatz oder bei Hausdurchsuchungen von persönlichen Gegenständen (Zahnbürsten, Klamotten usw.) eingesammelt werden. Das „Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren“ berichtet in seiner Publikation „Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg)“: „Übrigens wurden mindestens einmal von observierten mg-Beschuldigten nach Kneipenbesuchen deren Gläser durch die observierenden BKA-Beamten beschlagnahmt, um DNA von den Beschuldigten zu bekommen.“
siehe: Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren: Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen, edition assemblage 2011, S. 66)

Es ist auch schon vorgekommen, dass Verwandte aufgefordert wurden, Proben abzugeben, weil deren DNA ähnlich sei.

wohin geht der trend?

Das BKA (Bundeskriminalamt) rühmt sich auf seiner Homepage damit, mit Ablauf des zweiten Quartals 2013 bereits 1.023.067 Datensätze in der deutschen DNA-Analyse-Datei gespeichert zu haben. Jeden Monat würde die Datei um ca. 8600 neue Datensätze ergänzt. Seit Errichtung der Datei 1998 könnten 156 327 Treffer verzeichnet werden. In 32 482 Fällen handele es sich dabei um „Spur-Spur-Treffer“, in 123 845 Fällen habe eine „Tatortspur“ einer Person zugeordnet werden können, womit „vermutlich eine Tat aufgeklärt“ worden sei.
In 56 Ländern wurden bereits DNA-Datenbanken angelegt; in einigen von ihnen wird die flächendeckende Speicherung der DNAs aller Neugeborenen angestrebt oder bereits umgesetzt. In Schweden beispielsweise werden bereits seit 1975 Blutproben (und somit auch die DNAs) aller Neugeborenen entnommen; derzeit wird in der Politik verhandelt, ob sowohl die Sozialämter, als auch die Strafbehörden uneingeschränkten Zugriff auf diese Daten bekommen sollen. Auch die internationale Vernetzung der Datenbanken zum Austausch der gesammelten Daten wird immer weiter ausgebaut; eine EU-weite Vernetzung besteht bereits. Treffer im Abgleich von „Tatortspuren“ mit den gespeicherten Daten zu erzielen, wird umso wahrscheinlicher, je mehr Daten gespeichert werden. Die logische Konsequenz daraus ist, die Speicherung der DNA-Profile der gesamten Bevölkerung anzustreben.

Es sind privatwirtschaftliche Labore, die ihre Expertise im Bereich der DNA-Analyse an Staaten auf der ganzen Welt verkaufen und ihnen die Errichtung riesiger DNA-Datenbanken empfehlen. Hier verbinden sich Kontrollgesellschaft und kapitalistisches Gewinnstreben. In Deutschland sind auch die Universitäten in das Geschäft mit den Daten involviert. Das Institut für Rechtsmedizin der Uni Münster beispielsweise finanziert sich weitgehend durch DNA-Analyse-Aufträge des BKAs.

dna-nachweise als rezept gegen sexualisierte gewalt...?

Die Einführung der ersten DNA-Datenbank in Deutschland wurde in der Öffentlichkeit vor allem damit begründet, es handle sich hierbei um eine wirksame Maßnahme gegen „Sexualstraftaten“. Vielmehr handelt es sich bei dieser Argumentation um eine weitere Instrumentalisierung Betroffener sexualisierter Gewalt, die nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal für die Legitimation repressiver Vorstöße herhalten sollten. Im Fokus steht der unbekannte Wiederholungstäter, der „Triebtäter“, der nicht der Realität sexualisierter Gewalt entspricht - in den meisten Fällen sind die Täter_innen den Betroffenen ohnehin bekannt. Bei weniger als 1% der „Ermittlungserfolge“ über DNA-Treffer handelt es sich um „Sexualstraf-

taten". Hinzu kommt, dass die Definition dessen, was als „Sexualstraftat" gilt, äußerst begrenzt ist und die Wahrnehmung der Betroffenen sowie die gesellschaftlichen Ursachen sexualisierter Gewalt außer Acht lässt.
Wir wissen, dass sexualisierte Gewalt nur bekämpft werden kann, indem wir uns gegen diese Gesellschaft und ihre Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen stellen. Innerhalb dieser wird es nie - ganz gleich welche wissenschaftlichen Methoden herangezogen werden - darum gehen, die bestehenden sexistischen Gewaltverhältnisse zu überwinden.

mehr dna, weniger angst?

Wie zur Umsetzung aller repressiven Maßnahmen, so wird auch zur Ausweitung von DNA-Entnahme und Speicherung auf die Angst der Menschen gesetzt. Die Angst vor „Verbrechern", vor aufständischen Jugendlichen, die Angst vor Flüchtlingen und die vor „Terrorist_innen"... Ängste, die eine Gesellschaft wie diese überhaupt erst hervorbringt.

Die meisten in der deutschen DNA-Datenbank gespeicherten DNA stehen in Zusammenhang mit Diebstahl-"Delikten".
Es geht darum, die kapitalistische Eigentumsordnung zu sichern. Diebstahl wird von relativ vielen Menschen in unterschiedlichem Maße praktiziert. Der Versuch, diese Praxis mittels DNA-Entnahmen und -Speicherung zu kontrollieren und die Angst vorm Erwischt-Werden zu vergrößern, zeigt uns, wie sehr sie den bestehenden Verhältnissen entgegensteht und diese potenziell bedroht.

DNA-Entnahmen dienen auch der sozialen Kontrolle: So sammelten die Londoner Bullen 2008 im Zuge einer „Langzeit-Kriminalitätspräventionsstrategie" in einem prekarisierten Stadtteil 386 DNA-Proben von unter 18-Jährigen ein. Hier geht es auch um die „präventive" psychologische Wirkung. DNA-Proben, zum eindeutigen Beweismittel stilisiert, symbolisieren die Unausweichlichkeit gegenüber den Kontrollinstrumenten dieser Gesellschaft.

DNA wird auch in Zusammenhang mit Flucht- und Migrationsbewegungen entnommen und gespeichert. Schon 1997 beschloss die deutsche Innenministerkonferenz den Einsatz von DNA-Analysen in Asylangelegenheiten. DNA-Zwangstests werden bei der geplanten Abschiebung von Menschen zur Bestimmung ihrer vermeintlichen „Abstammung" durchgeführt. Mit der Speicherung unzähliger Daten im internationalen Schengener Informationssystem wurde ein riesiger Kontroll- und Repressionsapparat erschaffen, der mit der Ergänzung um DNA-Daten immer monströsere Ausmaße annimmt.

Auch die (auf bestimmte Umkreise begrenzten) bereits praktizierten DNA-Massentests zur „Verbrechensaufklärung" zeigen, wie groß die psychologische Wirkung dieses repressiven Instrumentariums ist: Wenige waren es, die den Aufforderungen zur „freiwilligen" Abgabe ihrer DNA nicht nachkamen. Wer seine DNA nicht „freiwillig" abgibt, macht sich verdächtig. Der soziale Druck ist hoch, die Repression wird zum Selbstläufer, weil sie von den Menschen verinnerlicht und gegeneinander eingesetzt wird.
Und schließlich hat die sich ausweitende Praxis von DNA-Entnahmen und -Analysen auch für uns, die wir für eine Welt frei von Herrschaft und für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpfen, den Sinn und Zweck, Angst zu machen, uns kontrollier- und ermittelbar zu machen, um uns schließlich unserer Handlungsfähigkeit zu berauben. Wir denken, dass DNA-Entnahmen und -Speicherung eine Realität sind, mit der wir umgehen müssen, die es gilt, in unserem Handeln mitzudenken. Aber wir werden uns nicht durch diese Realität lähmen lassen!

was tun, wenn das wattestäbchen winkt?

Wir denken: Vorsicht ist besser als Nachsehen. Es ist wichtig, bei dem was wir tun, auf unsere Sicherheit zu achten. DNA-Spurensicherung und -Entnahme sind zu gängigen Ermittlungsmethoden geworden. Schon bei Aktionen, deren Risikolevel eher niedrigschwellig erscheinen mag, lässt sich nicht ausschließen, dass sich die Bullen auf die Suche nach DNA begeben. Wir wollen uns dieser Tatsache nicht ohnmächtig gegenüber sehen, sondern einen kühlen Kopf bewahren und genau überlegen: Wie können Spuren verringert werden? - Gänzlich vermeiden lassen sich DNA-Spuren nicht, aber zum Beispiel das Hinterlassen von Gegenständen, Kleidungsstücken oder auch Kippen kann die Suche nach DNA für die Bullen zum gemütlichen „Sammelspaziergang" machen.

Eine 100%ige Sicherheit vor Repression gibt es nie. Wir können uns nur bewusst machen, welche Risiken wir eingehen und wie wir sie soweit wie möglich reduzieren können, ohne uns dabei die Art und Weise unseres Handelns vorschreiben zu lassen.
Aber Repression hat auch mit Willkür zu tun; wir sind weder fehlerfrei noch schuld daran, wenn wir geschnappt werden, wenn sie DNA einsammeln an Orten, an denen wir uns aufgehalten haben, wenn sie uns zwingen wollen, unsere DNA abzugeben.
Was wir tun können ist, zu überlegen, wie wir mit der allgegenwärtigen Drohung von Repression umgehen wollen und welcher Handlungsspielraum uns bleibt, wenn es uns erwischt.

Wir finden es wichtig, DNA-Proben nicht freiwillig abzugeben. Uns ist klar, dass „Freiwilligkeit" in Zusammenhang mit Repression ein absurder Begriff

ist: Oft werden DNA-Entnahmen von den Bullen ohne richterlichen Beschluss durchgeführt, wer sich widerständig zeigt, der_dem wird mit hohen Geld- und Haftstrafen gedroht. Es ist deshalb wichtig, uns schon im Voraus klar zu machen, dass Drohungen uns einschüchtern sollen und eine Weigerung Erfolg haben kann. In einigen Fällen konnten auch Anwält_innen die Entnahme von DNA verhindern, hinauszögern oder nachträglich die Löschung der gespeicherten Daten erwirken.

entgegen der handlungsunfähigkeit - für eine solidarische praxis!

Wenn eine Gesellschaft die massenhafte Speicherung von DNA praktiziert, sind alle in dieser Gesellschaft lebenden Personen davon betroffen. Es gibt kein „sicheres Außen". Es ist wichtig, sich gegenseitig über die Möglichkeit der Verweigerung zu informieren, sich den Rücken zu stärken und solidarisch mit von Repression direkt Betroffenen zu handeln.
Wir möchten eine geteilte politische Praxis stark machen, nämlich die der kollektiven Verweigerung und der Solidarität mit allen, die zur DNA-Entnahme aufgefordert werden und diese verweigern. Uns geht es nicht „nur" um DNA-Entnahmen, sondern wir richten uns gegen jede Art von (Vorrats)Datenspeicherung. Wir möchten, dass überhaupt keine DNA-Daten gespeichert werden, von niemandem, und wir lehnen die Unterscheidung zwischen „guten" und „schlechten"



Betroffenen ab.
Es scheint heute geradezu antiquiert und fast unmöglich, sich herkömmlichen ED-Behandlungen (Fingerabdrücke, Fotos) zu verweigern, wo diese nun schon systematisch auf Personalausweisen und Reisepässen gespeichert werden. Wir wissen, dass wir mit einer Politik der Verweigerung eigentlich immer schon zu spät dran sein werden. Gesetze sind beschlossen, ihre Umsetzung und Ausweitung auf immer mehr Lebensbereiche werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Aber gerade vor diesem Hintergrund finden wir es notwendig, uns heute der DNA-Entnahme kollektiv zu verweigern und uns gemeinsam und so breit wie möglich gegen die Erstellung und Ausweitung von DNA-Datenbänken zu organisieren. Wir finden es wichtig, die alltäglichen kleinen Kompromisse, die die meisten von uns mit der Herausgabe von personenbezogenen Daten eingehen, aus der stillen, individualisierten Resignation zu holen und die Verweigerung von DNA-Entnahmen in den Kontext einer globalen Kritik der kapitalistisch verfassten Kontrollgesellschaft zu stellen. Denn diese wird niemals und in keiner Weise mit unseren Zielen einer emanzipatorischen politischen Praxis und eines selbstbestimmten Lebens vereinbar sein.

Europaweit haben sich schon viele Menschen einer angeordneten DNA-Entnahme verweigert oder entzogen, manche haben im Nachhinein vor Gericht dafür Recht bekommen. Wir wollen hier kurz auf Beispiele eingehen, in denen Betroffene einen offensiven Umgang mit angeordneten DNA-Entnahmen praktizierten beziehungsweise praktizieren.
Anfang 2011 ordnete die Staatsanwaltschaft Göttingen eine DNA-Entnahme bei einem jungen Antifaschisten an, weil sie den Verdacht hegte, dieser habe auf einer Solidaritätsdemonstration gegen staatliche Repression einen Silvesterböller gezündet. Der Betroffene tauchte unter und entzog sich so dem staatlichen Zugriff, woraufhin er zur bundesweiten Fahndung ausgeschrieben wurde. Viele Menschen zeigten sich solidarisch mit ihm und seinem Handeln. Der Druck der Repression war allerdings so hoch, dass er sich entschloss, zwei Wochen später bei einer Solidaritätsdemonstration für ihn wieder aufzutauchen. Die DNA-Entnahme wurde schließlich durchgesetzt.

(siehe http://www.inventati.org/ali und http://monstersofgoe.de/2010/12/21/staatsanwaltschaft-will-dna-probe-erzwingen)

Die in Zusammenhang mit der Brandstiftung gegen die Bundeswehrfahrzeuge in Dresden (2009) geforderte DNA-Abgabe eines Beschuldigten wurde hingegen - trotz anderweitiger Drohungen - bisher nicht durchgesetzt. Der Beschuldigte erschien nicht zur Abgabe, seitdem hat er nichts mehr von den Ermittlungsbehörden gehört. Das lässt darauf schließen, dass offensichtlich kein richterlicher Beschluss zur DNA-Entnahme erwirkt werden konnte.

Auch die Beschuldigten im aktuellen §129-Verfahren gegen angebliche Mitglieder der RAZ nehmen eine offensive Verweigerungshaltung ein und stellen die gegen sie gerichtete Repression in ihrer Erklärung *„Wir werden unsere DNA nicht freiwillig abgeben!"* in einen breiteren Kontext: *„Momentan davon betroffen sind Einzelne - doch wir lassen uns nicht spalten und lehnen diese ‚freiwillige' DNA-Abgabe ebenso wie jedes weitere Eingehen auf Angebote und Einschüchterungsversuche der Repressionsorgane kollektiv ab." (siehe: http://soligruppe.blogsport.eu)*
Wir wissen, dass offensive Verweigerungsstrategien nicht immer leicht um- und durchsetzbar sind. Umso

wichtiger finden wir es, solidarisch an der Seite der Betroffenen zu sein. Nur so können wir gemeinsam den Handlungsspielraum widerständigen Verhaltens ausloten.

Denn dafür bedarf es Gefährt_innen, die Perspektiven und Kämpfe teilen, die wissen, dass es wichtig ist, sich aufeinander zu beziehen - gerade dann, wenn die Repression versucht, Angst zu machen und zu spalten. Gefährt_innen, die sich nicht alleine lassen mit dem Druck der Repression, die zusammen überlegen, wie eine entschlossene Verweigerungshaltung aussehen kann und was nötig ist, um sie umzusetzen. Gefährt_innen, die miteinander diskutieren und Pläne schmieden. Gefährt_innen, die sich gegenseitig Mut machen, die nach solidarischen Anwält_innen suchen und sich um Geld kümmern, wenn es gebraucht wird. Gefährt_innen, die aufeinander vertrauen. Gefährt_innen, die nach Wegen suchen, wie die gemeinsamen Kämpfe - entgegen aller Repression - gemeinsam fortgesetzt werden können. Gefährt_innen, die Flugblätter und Texte schreiben, Plakate kleben, Transparente malen, auf die Straße gehen. Gefährt_innen, die an die denken, die nicht da sein können. Die nach Möglichkeiten suchen, trotzdem zusammen zu sein. Gefährt_innen, die sich offensiv gegen die Institutionen staatlicher Repression und Kontrolle wenden. Gefährt_innen, deren Solidarität sich darin ausdrückt, das anzugreifen, was Ursache der Repression ist: die gegenwärtige Gesellschaft, ihre Macht- und Herrschaftsstrukturen!

einige Gefährt_innen in Solidarität

»Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen«

Zwischenstand zum NSU-Komplex

Die Morde des NSU waren nur möglich, weil Teile des Staatsapparats ihnen geholfen haben. Aber wie hängen diese »Teile« zusammen? Wie hoch reicht die Befehlskette beim Vertuschen?
Das folgende baut auf den beiden Artikeln in Wildcat 92 und 93 auf und versucht, diese Fragen zu beantworten. Dazu schlagen wir den Bogen von den in der »Asyldebatte« sozialisierten Faschos, über die Verbindungen ins Söldnerwesen und die Privatisierung der Kriegführung bis zum Tiefen Staat und den Stay-behind-Strukturen der NATO.

Es sind mehr als drei.

Die Nazis des NSU wurden politisch sozialisiert in der Asyldebatte Anfang der 90er Jahre, in einer Zeit, in der sie sich jede Schweinerei gegen Migranten und linke Jugendliche leisten konnten, ohne dafür vom Staat belangt zu werden. Sie merkten, sie konnten mit militanten Aktionen die Gesellschaft verändern. Ihre organisatorischen Strukturen sind relativ klar: »freie Kameradschaften«, Thüringer Heimatschutz (THS), Blood&Honour und Ku-Klux-Klan. Die »Kameradschaft Jena« bestand aus Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, André Kapke, Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe. Als im Januar 1998 in einer von Zschäpe angemieteten Garage Rohrbomben und Sprengstoff entdeckt wurden, tauchten drei unter – genau in die Strukturen hinein, die seit 1995 im VS-Informationssystem NADIS gespeichert waren. Alle sechs blieben aktiv. Holger Gerlach stellte Führerschein, Reisepass und Geburtsurkunde zur Verfügung. Kapke und Wohlleben beschafften Waffen und Pässe, organisierten das »Fest der Völker« und waren für internationale Kontakte zuständig. Wohlleben trat in die NPD ein und wurde dort stellvertretender Landesvorsitzender – er dürfte die wichtigste Figur der sechs »Kameraden« sein.
In der durchsuchten Garage fand die Polizei zwei Adressenlisten mit 35 Namen – darunter nach heutigem Kenntnisstand fünf V-Leute; zehn Telefonnummern waren aus Chemnitz, der Stadt des ersten Unterschlupfs, darunter sogar die Adresse ihres ersten Kontaktmannes dort.

V-Leute – der staatlich finanzierte Resonanzboden

Es gibt breite – ideologische und teilweise sogar organisatorische – Überlappungen zwischen Staatsapparat und rechter Szene. Ein Dutzend Ba/Wü Bullen hatten Kontakt zum NSU-Umfeld; mindestens zwei Thüringer Polizisten waren nicht aus dienstlichen Gründen im THS…
Auf diesem Resonanzboden verschwimmen individuelle Alleingänge und staatliche Strategien. Der hessische Verfassungsschützer Andreas Temme – V-Mann-Führer eines Blood&Honour-Kaders – war beim Mord an Halit Yozgat in Kassel anwesend; Alleingang eines verbeamteten Faschisten oder staatliche Unterstützung des NSU?
Im Februar 1997 hatte das BKA in einem internen Papier die V-Leute der Geheimdienste als »Brandstifter« in der Naziszene bezeichnet, die sich gegenseitig anstacheln. Staatliche Stellen haben in den 1990er-Jahren aktiv zum Aufbau, zur Verfestigung und zur Radikalisierung der jugendlichen Neonaziszene beigetragen und sie damit schlagkräftig gemacht.

Operation Rennsteig – die staatliche Lenkung

Im Juni 2012 kam heraus, dass die Zusammenarbeit mit den Nazis mit der Operation Rennsteig direkt aus dem Bundesinnenministerium gesteuert war. Sie beobachtete und bezuschusste den THS.
Aufgebaut hatte den THS als Nachfolger der Anti-Antifa Ostthüringen Tino Brandt, den der VS 1994 als 19jährigen rekrutiert hatte. Er begann 1996 mit 20 Leuten, auf seinem Höhepunkt waren von 140 Mitgliedern mindestens 40 V-Leute. Mit der Enttarnung Brandts als V-Mann 2001 stellte der THS seine Arbeit offiziell wieder ein.

Seit 1997 arbeiteten das BfV, der MAD, sowie die Thüringischen und Bayerischen Landesämter für Verfassungsschutz in der Operation Rennsteig zusammen. Gemeinsam warben sie mindestens acht Führungskader des THS als Spitzel an. Aus »operativen Gründen« wurde die Werbungsdatei nicht vorschriftsmäßig geführt, und manche V-Leute wurden gar nicht eingetragen. Trotzdem schredderte am 12. November 2011 ein Referatsleiter im BfV Akten über V-Leute beim THS – einen Tag, nachdem die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hatte. Offensichtlich war er nicht gründlich genug, denn auf Weisung des Bundesinnenministeriums (!) wurden wenige Tage danach nochmal Akten geschreddert, Computerdateien manipuliert und Handydaten von V-Leuten mit Kontakt zum NSU gelöscht.

Escortdienste in den Untergrund

Die erste Verteidigungslinie »wir haben nichts gewusst«, war nicht lange zu halten. Aber spätestens im Spätsommer 2012 brach auch die zweite Verteidigungslinie, und es wurde deutlich, dass der Staatsschutz aktiv mitgemischt hatte. Im September flog auf, dass auch Thomas Starke aus Chemnitz von 2000 bis 2011 V-Mann des LKA Berlin war. Starke war in den 90er Jahren ein Führungskader von Blood&Honour. Nach eigener Aussage war er zwischen 1996 und 1997 mit Zschäpe liiert. Er soll dem NSU Ende der neunziger Jahre Sprengstoff besorgt haben. Das BfV hat Daten über ihn gelöscht und die Löschung vordatiert.

Ende Februar platzte eine weitere Bombe: Thomas Richter war seit 1994 als V-Mann für das BfV tätig. Er wurde mit 180.000 Euro bezahlt und erst im November 2012 abgeschaltet. Richter war einer der führenden Neonazis Sachsen-Anhalts, Führungskader von Blood & Honour, eines von rund 20 Mitgliedern der European White Knights of the Ku Klux Klan und hatte 2002 das Nazi-Fanzine Der Weisse Wolf mit »Vielen Dank an den NSU« eingeleitet. Auch sein Name stand auf der Adressenliste von Mundlos.
So wird klar, warum diese Adressenliste nicht »ausgewertet« werden durfte und soviel geschreddert werden musste, obwohl das mehrere Köpfe kostete und den Skandal ausweitete: Der Staatsschutz versuchte, alle Akten zu seinen Verbindungsstrukturen rund um den NSU zu vernichten.



Abkürzungen

VS = Verfassungsschutz
BfV = Bundesamt für Verfassungsschutz
MAD = Militärischer Abschirmdienst
BND = Bundesnachrichtendienst
LIHOP = Let it happen on Purpose; die Geheimdienste wussten von den Anschlägen vorher und haben sie zugelassen
MIHOP = Make it happen on Purpose; die Geheimdienste haben die Anschläge aktiv geplant und veranlasst
NSU = Nationalsozialistischer Untergrund

Transformation der Stay behind-Strukturen

Spätestens seit den Enthüllungen Ende 1990 ist bekannt, dass sich die NATO bewaffnete, faschistische Gruppen als Eingreifreserve hält. Im Falle einer militärischen Besetzung durch die Rote Armee sollten sie als Guerilla hinter der Front kämpfen; zuvor sollten sie präventiv einen kommunistischen Wahlsieg oder gesellschaftliche Umwälzungen verhindern.
Diese Strukturen haben in den 70er und 80er Jahren ihren Charakter verändert (in Italien wurden sie Gladio genannt und mischten von 1969 bis 1980 aktiv bei etwas mit, das sie als »Bürgerkrieg« empfinden mussten). In den 90er Jahren änderten sie ihre Ausrichtung erneut, nun war der Islamismus der Hauptfeind.
Auch beim NSU gibt es Hinweise zu Verbindungen ins internationale Söldnerwesen, und es kam heraus, dass der MAD seit 1995 zumindest sehr nahe dran war. Beim Mord in Heilbronn waren amerikanische Geheimdienstler in der Nähe, NATO-Stellen könnten ihre Finger im Spiel haben…

Geheimdienste und Nazis im Krieg

Kritiker, die den VS abschaffen wollen, bezeichnen ihn gern als »Relikt des Kalten Kriegs«. Sie vergessen, dass sich die BRD seit Mitte der 90er Jahre durchgängig im Krieg befindet und Geheimdienste dabei bedeutender werden. Es funktioniert nicht, gegen Nazis kämpfen zu wollen und die Kriege der BRD zu unterstützen (wie es z.B. die Chefin der Antonio Amadeu-Stiftung tut); die Nazis sind in diesen Kriegen fett geworden!
Vor allem seit den Bundeswehr-Einsätzen in Jugoslawien und Afghanistan kommt den Geheimdiensten die Aufgabe zu, das Gebiet der BRD gegen Angriffe aller Art zu sichern, die innenpo-

litische Opposition (gegen den Krieg) in Schach zu halten, die Bundeswehrsoldaten zu kontrollieren. Das schließt auch nachrichtendienstliches Vorgehen gegen Kriegsgegner, Infiltrieren von islamistischen Gruppen und die Zusammenarbeit mit neofaschistischen Söldnern und Bundeswehrsoldaten ein.

Transformation des Rassismus

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre startete die CDU mit der »Asyldebatte« den Versuch, das Recht auf Asyl im Grundgesetz abzuschaffen – schon damals war das flankiert von Nazi-Anschlägen. Nach der Wende kulminierte diese »Debatte« im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Keine vier Monate danach, am 6. Dezember 1992 einigen sich SPD und CDU auf den sogenannten »Asylkompromiss«, die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl. Am selben Tag findet die erste Lichterketten-Demo statt (400.000 in München).
Der neue »Zero-Tolerance«-Innenminister Kanther kämpft nicht mehr gegen Zuwanderer an sich, sondern gegen »Zwangsprostitution und Menschenhandel«, oder wie die Nazis sagen »gegen kriminelle Ausländer«, oder wie der nächste Innenminister Schily sagte »gegen Parallelgesellschaften«. Öffentlich kulminierte diese Phase im »Aufstand der Anständigen« von Kanzler Schröder (Oktober 2000).
Seit Beginn der globalen Krise verschärft die sogenannte Sarrazin-Debatte die Tonart und bringt den Rassismus auf den Punkt »gegen Kopftuchmädchen, HartzIV-Empfänger und faule Griechen«. Dieser Sozialdarwinismus ist der ideologische Überbau zu den Hartzgesetzen. »Der Rassismus„ mit dem wir es heute zu tun haben, ist ein kühl kalkulierter Rassismus … ein Erzeugnis des Staates. … (er ist) vor allem eine staatliche Logik und keine Leidenschaft des Volkes. Diese Staatslogik wird in erster Linie nicht von irgendwelchen rückständigen sozialen Gruppen getragen, sondern zu einem Großteil von der intellektuellen Elite.« (Jacques Rancière in einem Vortrag von 2010; zitiert nach ak 555 vom 19. November 2010) – Außer ihnen selber hält wohl niemand die Antideutschen für eine intellektuelle Elite. Aber faktisch waren sie Teil der staatlichen Strategie, sie propagierten Bombenkriege gegen die Menschen in Asien und Afrika, und beteiligten sich mit ihrem Kampf gegen Multi-Kulti ganz konkret am Kampf von Schily und Sarrazin »gegen die Parallelgesellschaften in unserer Mitte«.

Strategie der Spannung

Spätestens seit Schily 1998 Kanther als Innenminister ablöste, wurde die Bekämpfung ungewollter Zuwanderung und die Auflösung der »Parallelgesellschaften in unserer Mitte« zu zwei Hauptaufgaben des Staatsschutzes. Während das Schröderregime verbal eine zuwanderungsfreundliche Politik betrieb und 2000 das Staatsbürgerschaftsrecht reformierte, drückte Schily drastische Verschärfungen gegen MigrantInnen sowie gewaltige »Sicherheitspakete« durch. Der 11. September 2001 »bestätigte« diese Frontstellung, die polizeiliche, militärische und geheimdienstliche Überwachung der Gesellschaft wurde massiv verschärft.

In dieser historischen Konstellation verband die NSU-Mordserie vier Elemente:

-die Morde selber terrorisierten die Angehörigen und die Communities;
-die aggdieressiven polizeilichen Ermittlungen schüchterten sie ein und demütigten sie;
-die Medienhetze (»Dönermorde«, gegen die »Blumenmafia«, die »Kurdenmafia« usw.) setzte genauestens Schilys Vorgaben um;
-die BOA Bosporus nutzte die Morde zur größten Rasterfahndung und elektronischen Durchleuchtung von Migranten-Communities in der Geschichte der BRD. Sie wertete über 20 Millionen Funkzellendatensätze aus, ordnete sie 13 842 Personen zu und glich das mit Geldüberweisungen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzungen usw. ab. – Laut Auskunft des Innenministeriums waren diese Daten im Oktober 2012 noch immer gespeichert.

Eine »Strategie der Spannung« ist (fünftens) besonders effektiv, wenn es ihr gelingt, den Feind, den sie bekämpft, auch zu schaffen. Der Terror samt politisch/polizeilich/medialem Begleitprogramm führte dazu, dass sich Migrantencommunities abkapselten. Viele berichten, dass sie sich seit dem Auffliegen des NSU zum ersten Mal als »Türken« sehen.



Kontinuitäten I: »operative Kerne« und Kontrolle von oben

Der »tiefe Staat« hat '33 und '45 in den Repressionsorganen überlebt. Nach 1945 machten die Geheimdienste, Polizei- und Verwaltungsapparate im wesentlichen mit demselben Personal weiter; der BND und die Stay behind-Strukturen wurden komplett mit alten Nazis aufgebaut.
Dieser »tiefe Staat« wurde nie angetastet und hat alle Skandale überdauert. Entsprechend arrogant treten seine Akteure vor die Untersuchungsausschüsse »was wollt IHR denn? Hat doch alles funktioniert!«.

Vorneweg Schäuble, der BKA-Chef Ziercke, der hessische Ministerpräsident Bouffier… Aber auch weniger bekannte, operativ sicherlich wichtigere Figuren: wie August Hanning, Klaus Dieter Fritsche (»Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen könnten.«), Peter-Jörg Nocken, Thomas Sippel (von 1987 bis 2000 beim BfV, von 1999 bis 2000 am NATO Defence College in Rom, danach Präsident des Thüringer VS) und andere.
Diese Leute sehen sich als Elite, die ihr Handeln nicht rechtfertigen muss, weder sozial noch den Parlamenten gegenüber. Für sie steht der Feind links – und die Aufrüstung der Rechten ist eins der besten Mittel dagegen.

Korruption, Privatisierung – neues Akkumulationsregime

Dass einige Personen (Bouffier, Schäuble…) sowohl vor Ausschüssen zu Spendenaffären wie auch jetzt zum NSU aussagen mussten, wirft ein Licht auf mögliche Zusammenhänge.
Mit der Deregulierung der Finanzmärkte, der Privatisierung von Infrastruktur, Altersvorsorge usw. entstanden Milliardenvermögen. Maschmeyer ist ein bekanntes Beispiel, sein »Hannover-System« wurde beim Rücktritt von Wulff ein Stück weit bekannt (Korruption/Erpressung, Überwachungsstaat und Mafiastrukturen). Das wachsende Bedürfnis nach »Sicherheit« wird von einem boomenden Security-Gewerbe befriedigt, in dem rechtsradikale Rocker und organisierte Nazis Arbeit finden. Die Verquickung von organisierten Neonazis, Wachdiensten und Faschos beim Bund zeigt den Zusammenhang zwischen Waffen- und Sprengstoffdiebstählen bei der Bundeswehr und der Bewaffnung der rechten Szene.

LIHOP oder MIHOP

Der Verfassungsschutz wusste vor dem sogenannten Abtauchen, was sie machten, und hatte mindestens die ersten drei Jahre danach Kontakte zu ihnen, unterstützte sie und schützte sie vor Entdeckung. Es kann sein, dass die Kontakte danach kurzzeitig abrissen, aber man hatte Tipps von V-Leuten, wo das Trio zu finden war.
Seit 2003 (nach vier Morden) wird es zunehmend schwieriger, die Sache unter dem Teppich zu halten; Hinweise von eigenen Ermittlern und von außen häufen sich (z.B. gab der italienische Geheimdienst im März 2003 dem VS Hinweise auf ein Netzwerk europäischer Nazis, die Morde an Immigranten vorbereiteten).



In der Vertuschung dieser Informationen sieht Hajo Funke den »Kern der Sicherheitskatastrophe«. Das ist die denkbar vorsichtigste Interpretation, »surprise«: Der VS wurde überrascht von den Morden, tat dann aber alles, um es zu vertuschen – und ermöglichte so die weiteren Morde.
Die mindeste Variante ist LIHOP: Sie hätten die Morde verhindern können, aber sie ließen es geschehen, weil es politisch in den Kram passte. Die Abwägung ob LIHOP oder MIHOP ist politisch nicht entscheidend. Ein direkter Mordbefehl durch staatliche Stellen wird sich nicht finden; denn ein solcher wurde nie gegeben. Es ist gerade der Vorteil von faschistischen Reservegruppen, von Privatisierung des Kriegs, von Mafia, dass diese Strukturen Dinge tun können, die der Staat in direkter Befehlskette nicht tun kann.

Verfassungsschutzisierung der intellektuellen und Ohnmacht der praxisorientierten Linken

Uns ist erst bei der Recherche zu diesem Artikel klar geworden, wie viele Leute, die sich für Linksradikale und Antifas halten, sich in den letzten Jahren »diskursiv« mit dem Verfassungsschutz eingelassen haben. Die Aufdeckung der staatlichen Verwicklungen in den NSU-Terror macht klar, dass diese intellektuellen Linken nicht nur analytisch und politisch aufs völlig falsche Pferd gesetzt haben – sondern damit zum Teil der »Extremismusprävention« geworden sind. Das zuzugeben, wäre allerdings mit einem hohen Schämfaktor verbunden und hätte letztlich auch finanzielle Konsequenzen, also hält man lieber das Maul. Wir würden solche Leute gerne rechts liegen lassen, aber sie verfügen in der linken Szene über mediale Macht und ideologischen Einfluss.
Die praktisch orientierten Antifas würden sich nie und nimmer vom Staatsschutz als V-Leute anwerben lassen. Viele meinen aber, den Staat mit ihren Recherchen und Öffentlichskeitsarbeit zwingen zu können, gegen Nazis vorzugehen – und merken oft nicht, dass sie dabei (politisch) selbst benutzt werden. Führt der NSU-Skandal nun zu einem Umdenken und einer genaueren Frontstellung?

Es gibt auch einen theoretischen Grund, dass Staatskritik zum blinden Fleck geworden ist. Die (Antifa-)Linke redet meist nicht mehr von Faschismus, sondern von Rassismus und Antisemitismus. Und beim allseits beliebten Schlagwort vom »Rassismus in der Mitte der Gesellschaft« kann sich jede/r selber aussuchen, was darunter zu verstehen sei. Das reicht nicht aus als Analyse. Man kann nicht gegen Faschismus kämpfen, und den Staat außen vor lassen! Und genausowenig kann man gegen Faschismus kämpfen, und den Kapitalismus

außen vor lassen. Wer gegen ethnischen Rassismus in allen seinen Schattierungen zu kämpfen versucht, aber die Dimension des sozialen Rassismus weglässt, bleibt im besten Fall zahnlos, im schlimmsten Fall wird er zum Erfüllungsgehilfen des Staatsrassismus. Rancière kommt in der oben zitierten Rede zu dem Schluss, dass die »linke« Kritik, indem sie von »derselben Spielanordnung« wie die Rechte ausgeht (» Rassismus sei eine Leidenschaft des Volkes«, gegen die der Staat mit immer härteren Gesetzen durchgreifen muss), eine »neue Form des Rassismus« konstruiert: »Staatsrassismus und intellektueller 'linker' Rassismus«.

Wir müssen selber Hand anlegen.

Untersuchungsausschüsse sind mit ihrer Reinigungsfunktion systemstabilisierend, indem sie auch heftigste politische Skandale nicht zur Bedrohung des Systems werden lassen. Ungewöhnlich ist diesmal, dass die Untersuchungsausschüsse neue Wahrheiten über den Staat zutage fördern. Trotz Geheimhaltungspflicht dringen immer wieder Informationen und Details an die Öffentlichkeit, mit denen wir uns selber ein Bild machen können. Können wir damit die Linke, die noch immer nicht die Tragweite ausspricht, zu einem reality check zwingen? Die Chancen sind gar nicht so schlecht.

Wahrscheinlich haben die Untersuchungsausschüsse ihre beste Zeit hinter sich; im Verhalten der Mitglieder macht sich der nahende Wahlkampf bemerkbar, und mit dem Prozess in München und dem Gemache um das NPD-Verbot sollen die Koordinaten wieder auf Staat und Recht eingenordet werden. Der Prozess soll das politische Konstrukt von der einzelnen Zelle mit einer Handvoll Unterstützer zementieren und die Einsicht vergessen machen, dass der NSU zwar ohne die NPD denkbar ist, »nicht aber ohne die finanzielle, logistische und geheimdienstliche Unterstützung des Verfassungsschutzes.« (Wolf Wetzel)
Der Strafprozess in München könnte für den Staat riskant werden, wenn eine schlaue Verteidigung die Rolle der V-Leute in den Vordergrund stellt. Und »das Ausland« wird ihn sehr aufmerksam beobachten. Medienguerilla-Aktionen könnten »deutliche Akzente« in der internationalen Öffentlichkeit (türkisches Fernsehen!) setzen. Aber nicht alle Terrains eignen sich gleich gut zum Kämpfen. Wichtiger sind Demos und Flugis, Veranstaltungen mit Migrantengruppen und direkte Kontakte.

Der Verfassungsschutz geht zur Zeit auf Propagandatour und versorgt die »Zivilgesellschaft« mit den Bedrohungsszenarien von »Extremismus«, »Islamismus« und »Salafismus«, die sein Fortbestehen rechtfertigen sollen. Das sollten wir nicht unwidersprochen lassen. Auf keinen Fall sollten wir die Gelegenheit auslassen, die Blamage der Geheimdienste und der Polizei zu einer Legimitationskrise des Staates zu machen.
Das ist umso nötiger, als dieser Staat bereits wieder zündelt…

Kontinuitäten II: Neues Zündeln…

Bereits kurz nach der Aufdeckung des NSU hetzte Innenminister Friedrich wieder gegen »Integrationsverweigerer«. Aktuell wird eine neue Hetze gegen »Armutszuwanderung« hochgezogen – und Antifas, die sich Faschoaufmärschen wirklich in den Weg stellen, werden kriminalisiert und teilweise hammerhart verknackt.

Die aktuelle Konstellation gegen Roma in NRW ist der Situation in Ostdeutschland Anfang der 90er verdammt ähnlich: »Minister Friedrich will gegen Armutszuwanderung vorgehen«, »Überfüllung«, »Müll«, »es stinkt«, »Polizei ist überfordert«. Innenminister Friedrich spricht von »Ansturm auf den deutschen Sozialstaat«, von »Sprengsatz« und »Flächenbrand«; ihm ist dabei völlig egal, ob die Zahlen stimmen! Die meisten Leute aus Rumänien und Bulgarien malochen hier, nur 11.606 (!) sind aktuell arbeitslos gemeldet. Aber am 1. Januar 2014 würde auch für Leute aus Bulgarien und Rumänien die volle Freizügigkeit in der EU gelten – und hier müssen abschreckende Tatsachen geschaffen werden. Und zwar wieder auf die deutsche Art! Der französische Staat hatte im Spätsommer 2012 Romalager brutalst räumen lassen – im Gegensatz dazu wird bei uns wieder über Bande gespielt: »überforderte Anwohner«, Pro-NRW und militante Nazis.

Literatur
Zeitungsartikel von Andreas Förster (FR und Freitag) Thomas Moser (Kontext Wochenzeitung), René Heilig (Neues Deutschland) und Claudia Wangerin (junge Welt); diverse Berichte aus den Untersuchungsausschüssen; empfehlenswert ist die Website von Hajo Funke: http://hajofunke.wordpress.com
Daniele Ganser: NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung. Zürich 2008; 24.99 Euro
»Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal«, VSA-Verlag 2012 224 Seiten Nur noch als eBook für 9,99 Euro erhältlich.
Ein wichtiges Buch, das den Kenntnisstand im Frühjahr 2012 zusammenfasst.
Ein Artikel von Bodo Ramelow »Staatsgeheimnisse um NSU« in: junge Welt vom 9. Januar 2013 stellt eine ganz gute Zusammenfassung des Wissenstands von Anfang Januar dar.

gekürzt aus wildcat 94 *www.wildcat-www.de*



Keine Moslembrüder, kein Militär - Die Revolution geht weiter

Ein anarchistisches Statement aus Kairo

Du bist also durcheinander? Vielleicht deshalb, weil die Komplexität jeder Gesellschaft, insbesondere an ihren Wendepunkten und im Prozess der Veränderung so konfus erscheint. Wie auch immer, lass uns Antworten auf einige Fragen und Vorhaltungen finden, die derzeit auftreten und uns eine andere Perspektive auf die gegenwärtige Situation einnehmen.

Erstens. War es eine Revolution oder nicht. Ja, es war und ist immer noch eine Revolution. Wenn du 30 Millionen hochmotivierte Menschen auf den Strassen siehst, kannst du nicht über die isolierten Entscheidungen der Machthabenden sprechen.

Tamaroud (Bewegung der Rebellion, die die Unterschriftenkampagne gegen Mursi getragen hat, Anm. d. Ü.) ist eine Grasswurzelbewegung, auch wenn sie reformistisch ist und auch wenn sie schnell die Unterstützung der wichtigsten Figuren der Opposition, die versuchen ihren Vorteil aus den Veränderungen herauszuschlagen , bekommen hat (dies ist offensichtlich und wir leben in der Realtät) und sie ohne diese Unterstützung nicht so erfogreich gewesen wäre.
Es war Tamaroud, die die Gesellschaft und die politischen Parteien dazu gezwungen hat, mehr und radikalere Initiativen gegen die Moslembrüder in Gang zu setzen.
Es war der Wille der Menschen, Mursi zu stürzen und zwar wegen seines Anteils an dem Unvermögen, irgendeine der Versprechungen der Revolution (hier wird die Revolte gegen Mubarak gemeint, alle ägyptischen Lager sprechen in diesem Zusammenhang von einer Revolution, Anm. d. Ü.) einzulösen.
Und auch wenn es jetzt zu einem Militärputsch gekomen ist, es war der Wille der Menschen, der das Militär dazu gezwungen hat, seine Position zu verändern und sich gegen Mursi zu stellen.



Zweitens. War es legal, Muris zu stürzen oder nicht? Was für eine Frage. Aus einer anarchistischen Perspektive ist diese Frage völlig irrelevant.
Unser Ziel ist eine direkte Demokratie, wir streben eine Freiheit der Menschen an, die es ihnen ermöglichst, sich von allen unterdrückenen Strukturen der Macht zu emanzipieren, die sie krank machen und kontrollieren.
Es geht nicht darum, gelegentlich die Freiheit der Wahl zu feiern, die uns von den Eliten gewährt wird und ihnen dafür zu gestatten, weiterhin ungestört ihren Geschäften nachzugehen.

Nochmals, es waren 30 Millionen Menschen auf den Strassen und diese Menschen haben das Recht, Alles und Jedes jederzeit verändern zu können, sie müssen nicht vier Jahre warten, bis ihnen wieder das Recht der Freiheit der Wahl eingeräumt wird.

Drittens. Verschörungtheorien. Das ist einfach nur öde. Es wiederholt die immer gleichen öden Geschichten von Menschen, die nach den selbigen suchen, um alles nur als Resultat geheimer Manipulationen zu begründen.
Die Machthabenden werden immer nach Strategien suchen, um Einfluss auf die Geschehnissse ausüben zu können und um Kontrolle über diese zu erlangen, um ihre Interessen zu schützen.

Die Araber waren nicht nur mit den Jahren des europäischen Kolonialismus und des US Imperialismus konfrontiert, sondern sie waren auch immer mit lokalen Konflikten konfrontiert, wenn Machthaber nach Jahrzehnten gestürzt wurden und neue Akteure nach Macht und Kontrolle über die Menschen strebten.
Eine Realität ist die Macht des US Imperialismus in der Region, ebenso wie die Tatsache, dass niemand an die Macht kommen kann, ohne einen „Pakt mit dem Teufel“ (USA) einzugehen und diese auch immer versuchen, den grössten Profit aus der Entwicklung zu schlagen.
Aber uns macht diese westlich-zentrierte und auch rassistische Sichtweise krank, dass die Araber nicht die Herren ihres Schicksal sein können, ohne dass die USA die Bedingungen der Geschehnisse diktieren können.
Die simple Form der Verschwörungtheorie birgt in sich die Idee, das die Menschen nicht über ihr Leben selbst entscheiden können, sondern Marionetten sind, die von Halbgöttern dazu gebracht werden, ein semivirtuelles Spiel zu spielen. Sie hält nur Defätismus bereit auf die Frage, ob es möglich ist, die Welt zu verändern. Also bleibe lieber Zuhause. Wenn du raus gehst, nutzt dies nur den USA.

Viertens. War es ein Militärputsch? Erneut, diese Frage ist absolut irelevant, natürlich hat das Militär die Macht übernommen (und natürlich hat es diese Macht in der Vergangenheit niemals ganz abgegeben).



Selbstverständlich sind wir gegen das Militär, aber wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Machtübernahme durch das Militär von den Menschen jubelnd begrüsst wurde und dies aus einer Vielzahl von Gründen.
Als die Menschen am 30. Juni auf die Strassen gegangen sind, bereit, diese nicht eher zu verlassen, bis Mursi gestürzt ist, waren sei darauf eingestellt, das viel Blut fliessen würde, sie wussten um das Risko eines Bürgerkrieges, sie wussten um die Gefahr der massiven Konfrontation mit den Milizen der Islamisten. Deshalb gab es eine allgemeine Erleichterung, als die Armee die Szenerie betrat. Wir könnten die Menschen dafür anklagen, aber wenn du ein Szenario vorziehst, bei dem die Menschen selbst den Präsidentenpalast stürmen, gehe selbst dorthin und sterbe.
Und auch wenn die Menschen gegen Mursi vereint waren, bedeutet dies nicht, das es unter ihnen wirkliche Einheit gibt, das es keine Fraktionierungen gibt, kein Streit über die Ziele, es nicht sogar unter ihnen sonst teilweise offene Feindschaft gibt.
Die Aufgabe, Mursi zu stürzen, an die Armee abzutreten, bewahrte die Bewegung auch davor, sich über unterschiedliche Ziele und unterschiedliche Interessen zu zerstreiten, bevor das Ziel, die Moslembrüder zu stürzen, realisiert worden war.
Und schliesslich, wie in allen anderen Ländern, will die Mehrheit der Gesellschaft keine wirklichen umfassenden Veränderungen, sondern Reformen und wird jede Chance ergreifen, die es ihr ermöglicht, sich von den Bürden der Politik wieder zu verabschieden und in ihr privates Leben zurückzukehren.
Für die Revolutionäre gilt: Sie können nicht gleichzeitig gegen die Islamisten und die Armee kämpfen.
Das wäre Selbstmord.
Um sich mit den Islamisten konfrontieren zu können, mussten sie gegenüber der Armee Neutralität bewahren.
Die Armee jetzt zum Ziel zu machen, würde es dieser gestatten, ihre Allianz mit den Islamisten aufrechtzuerhalten und die Bewegung würde zusammenbrechen.
Die Konfrontation mit der Armee muss als eine weiteres Stadium der Entwicklung gesehen werden.
Jetzt kämpfen die Leute gegen die Islamisten, bald schon wird es Zeit für das Militär.
Die Revolution geht weiter.

Fünftens. War die Tamaroud Bewegung revolutionär? Selbstverständlich nicht.
Dies war von Anfang an offensichtlich. Ihre Ziele waren klar benannt: Neuwahlen und eine neue Verfassung.
Und auch wenn man ihre Erfolge dabei, die Menschen mobilisieren zu können, anerkennen muss, ging es niemals um mehr als um klassische Demokratie.
Wie schon gesagt, die meisten Leute wollen nur Reformen und genau wegen des nicht-radikalen wurde Tamaroud von so breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt.
Und genau deshalb wurde sie auch von den wichtigsten Oppositionsparteien unterstützt, die die Möglichkeit sahen, ihre Parlamentssitze schneller zu bekommen, als es auf jedem anderem Weg möglich gewesen wäre.
Auch ihre Unterstützung für die Armee war keine Überraschung. Letztendlich wollen alle Parteien ihre Macht erweitern und um dies zu erreichen, brauchen sie ihren Unterdrückungsapparat und einen Deal mit dem Militär.
So wie es für die Moslembrüder notwendig war, den politischen Islam für Ägypten und möglicherweise für die gesamte Region zu diskreditieren, um an die Macht zu kommen, so ist es jetzt notwendig, dass die Menschen begreifen, dass weder die Oppositionsparteien, noch die Kontrolle der Armee ihr Leben positiv verändern wird.
Hoffentlich kommen nun die Menschen an den Punkt zu erkennen, dass ihnen keine Form von repräsentativer Demokratie Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit bringen wird.

Sechstens. Fuck the SCAF!
Wir werden niemals vergeben. Wir werden niemals vergessen.
Aktuell herrscht wieder das Militär. Die Herrschaft des Militärs war nie wirklich beendet, sie wurde nur mit den Moslembrüdern geteilt. Das Militär beherrscht wieder die Strasse und präsentiert seine exekutive Macht, die sie in den Schaufenstern im



Namen des Volkes ausstellt.
Wir erinnern uns sehr wohl an den Missbrauch des Einsatzes der Armee gegen alle, die ihre Unzufriedenheit oder einfach nur sich selber in den Strassen zeigten.
Wir erinnern uns an die Schlachten in der Mohammed Mahmoud Strasse, die Verteidigung der „Jungfrauentests“ (General Sissi, Verteidigungsminister und Führer des Putsches gegen Mursi, hatte die sexuellen Übergriffe gegen festgenommende Demonstrantinnen durch Armeeangehörige öffentlich verteidigt, Anm. d. Ü.), an die Brutalität gegen die „Frau in Blau“ (Bei einer der Erstürmungen des Tahrir Platzes hatten Soldaten eine blau gekleidete Frau massiv misshandelt, die Bilder waren weltweit versendet worden, Anm. d. Ü.) und an die Zeit der Militärgerichte.
Wir haben nicht vergessen, dass ironischerweise genau auf den Tag vor zwei Jahren Millionen von Ägyptern im ganzen Land auf die Strasse gegangen sind, um die Revolution zu verteidigen und um das Militär aufzufordern, die Macht wieder abzugeben.
Wir haben die harte Unterdrückung der Moslembrüder durch die Armee nicht bejubelt. Die Angriffe, die die Armee heute gegen die Islamisten (Das Massaker an Dutzenden von Islamisten vor der Kaserne, in der Mursi vermutet wird, ist gemeint, Anm. d. Ü.) durchführt, können sich morgen gegen alle richten, die morgen dem Regime im Weg stehen.
Alle, die sich selber Antiautoritäre nenen, müssen Stellung beziehen gegen staatliche Brutalität, wann immer und gegen wen immer sie auch angewenndet wird.

Es ist nicht zutreffend, dass die Unterstützer der Moslembrüder friedfertige Demonstranten sind, viele sind mit Waffen auf die Strassen gegangen und haben die Menschen angegriffen. Aber es ist auch nicht zutreffend, dass alle Unterstützer der Moslembrüder verrückte Schweine sind, die Kinder von den Dächern werfen (In Alexandria hatten Islamisten zwei Jungs, die völlig unbewaffnet waren, vom Aufbau eines Daches aus 10 Meter in die Tiefe gestossen, dies war gefilmt und verbreitet worden, Anm.d. Ü.).
Auch Frauen und Kinder sind auf den Pro - Mursi Demos, weil sie sich entrechtet fühlen, da ihre Stimme, die sie für Mursi abgegeben haben, nun entwertet wird.
Am Abend dieses Tages wird (oder wird nicht) der politische Islam als politische Macht besiegt sein, aber die Realität ist, dass er nach wie vor viele Unterstützer hat und wir Wege finden müssen, um einen blutigen Bürgerkrieg zu vermeiden. In einer langfristigen Perspektive kann das, was die Islamisten heute erleben, morgen für sie arbeiten und sie bedingungslos zu unterdrücken, kann dazu führen, dass sie sich als Opfer fühlen und Märtyrer produzieren und das Ganze kann viel extremer als heute zur Explosion führen.

Die Armee ist die mächtigste Insitution im Land und es ist sehr schwierig, sie zu überwinden.
Jetzt ist nicht die Zeit dafür, aber ohne die Militärjunta zu überwinden und ohne all ihre Strukturen zu zerschlagen, wird es kein Ende des unterdrückerischen Charakter des Staates geben, weder nach Innen, noch nach Aussen.
Das letzte Kooperationsabkommen zwischen der äygptischen Armee und Israel, sowie die Zerstörung der Tunnel in den Gaza Streifen im Sinai hat gezeigt, das es keine Veränderung in der ägyptischen Politik im Nahen Osten gibt.
Die neue Macht in Ägypten ist sowohl gegen Palästinenser vorgegangen, die ins Land gekommen sind, als auch gegen syrischen Flüchtlinge, die verzweifelt Zuflucht suchen.
Wir können nicht von Freiheit und Gerechtigkeit reden, solange Ägypten seine beschämende Unterstützung an der Unterdrückung der Palästinenser aufrecht erhält.
Die Revolution ist noch nicht beendet. Es macht auch keinen Sinn, sie für tot zu erkären, oder von der zweiten oder dritten Revolution zu reden.
Dies alles ist Teil der selben Revolution, mit all ihren Abschnitten, Wendepunkten und ihrer Komplexität.
Nur an den ersten Tagen einer Revolution sind alle vereint wie in einer glücklichen Familie. Danach treten alle Unterschiede an die Oberfläche.

In Ägypten leben 80 Millionen Menschen und es gibt viele politische, religiöse und ideologische Unterschiede.
Selbst im revolutionären Lager gibt es viele Widersprüche, Verflechtungen und sich überschneidende Ziele und Ideen.

Es gibt keine Pralinenschachtel- Revolution.

Der Kampf ist ein langer, komplizierter und brutaler Prozess. Am besten setzen wir unsere Energie dabei nicht ein, indem wir die rivalisierenden Machtkämpfe und die intellektuellen Reflexionen darüber analysieren, sondern indem wir die antiautoritären Tendenzen im Prozess unterstützen, in der Hoffnung, das diese wachsen und stärker werden.
Ja, die Revolution macht konfus. Aber das ist normal. Um eine eindeutige Vorstellung zu haben, musst du hundert Jahre warten, um diese dann in den Schulbüchern lesen zu können.

Tahrir International Collective Network, 10.07.2013

tahriricn.wordpress.com

Übersetzung recherche-gruppe aufstand



Warum die ägyptische Revolution noch lange nicht tot ist

Die Revolution lebt. Auch wenn wir vor der ernsten Bedrohung ihrer Vereinnahmung stehen, die allgemeine Tendenz ist eindeutig aus den Institutionen heraus und auf die Straßen zu gehen.
Ist die ägyptische Revolution tot? Die kurze Antwort heißt „Nein". Eine längere Antwort folgt. Was in Ägypten zwischen dem 30. Juni und 3. Juli 2013geschah, war kein Putsch gegen die gewählte Regierung. Es war ein weiterer Versuch der Generäle, die ägyptische Revolution vom 25. Januar zu vereinnahmen/beeinflussen. Die Komplexität der Situation und ihre global und ideologisch aufgeladene Natur machen es schwer, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen. Hier ist meine Sicht der Dinge, warum die Revolution noch lange nicht vorbei ist.

Im Zeitraum von wenigen Tagen wandelte sich Mohamed Morsi von einem Machthaber, der Gesetze durchsetzte und die Opposition überging um Macht zu monopolisieren, zu einem ohne jedwede Macht. Dies geschah weil die Menschen auf die Straßen gegangen sind. Zu sagen, die Muslimbrüder hätten im letzten Jahr Fehler gemacht ist eine Untertreibung. Sie haben nicht nur das Regime von Hosni Mubarak reproduziert, welches wir von der Macht verdrängten; sie haben die Sache sogar noch weiter getrieben. Sie erlaubten der Polizei die fortgesetzte Anwendung von Gewalt gegen Bürger_innen und Revolutionär_innen, uns wegzusperren, uns zu verstümmeln, uns zu foltern und uns zu töten.

Als Antwort auf die Proteste gegen die Monopolisierung der Macht durch die Bruderschaft, schlugen sowohl ihre Mitglieder, als auch die Sicherheitskräfte, welche ihnen unterstanden, mit unglaublicher Brutalität zurück. Gleichzeitig gab es keinerlei Bestrafung von Polizist_innen oder den Mitgliedern der Armee. Der Staatsanwalt der Bruderschaft weigerte sich, die Fälle gegen Polizist_innen, die getötet haben oder sich während der Revolution mitschuldig an Ermordungen von Protestierenden gemacht haben, wieder zu eröffnen, obwohl es so im Namen der Revolution versprochen wurde. Die Polizeigewalt hat unter der Herrschaft der Bruderschaft zu keinem Zeitpunkt nachgelassen. Stattdessen konnte die Polizei ungestraft damit fortfahren, Chaos in einer Gesellschaft zu verursachen, die sich noch in einem revolutionären Moment befand.

An der wirtschaftlichen Front, gewann die Bruderschaft während der Ära von Mubarak an Beliebtheit, weil sie arme Wohngegenden mit kostenloser Bildung und Lebensmitteln versorgte. Diese Aktivitäten halfen ihnen ihre Wählerschaft, in einer Ära der steigenden Preise und sinkender Möglichkeiten für angemessene Lebensstandards, zu verfestigen.

Nun, einmal an der Macht, haben sich ihre Verpflichtungen zur Wohltätigkeit nicht auf politische Maßnahmen übertragen, welche den Armen auf Dauer nützen würden. Stattdessen hat die Bruderschaft die Neo-Liberalisierung der Mubarak Ära vertieft. Um die Bedingungen der endlosen Verhandlungen der Internationalen Währungsfonds (IMF) zu erfüllen, haben sie bereits begonnen Fördergelder von grundlegenden Gütern, wie Brennmaterial, zurückzuziehen. Auch haben sie eine Steuererhöhung für grundlegende Güter angekündigt, welche sie dann aufgrund von dem Widerstand auf der Straße zurück nahmen.

Während ihrer Machtperiode, nahm die Bruderschaft unzählige Kredite auf. Sie haben dies in Abwesenheit eines Parlaments getan. Sie haben dies ohne Bekanntmachung der Bedingungen getan, welche die Ägypter_innen für die kommenden Jahre erfüllen werden müssen. Eine der Bedingungen, eines bevorstehenden IMF Kredites, war eine Abwertung des ägyptischen Pfund. Dies rief einen unerträglichen Anstieg der Preise für Nahrungsmittel in Ägypten hervor, da viele bereits in Fremdwährung erworben und importiert werden. Die Regierung der Bruderschaft behielt auch den Widerstand der Mubarak Ära gegen unabhängige gewerkschaftliche Organisationen von Arbeiter_innen bei, indem sie erlaubten, dass Gewerkschaftsmitglieder ohne Konsequenzen gefeuert werden können. Sie haben nicht versucht Vermögens- und Kapitalströme offen zulegen und wieder gut zu machen, was von Mubarak und seinen Kumpanen gestohlen wurde. Stattdessen haben sie begonnen sich mit Mitgliedern des früheren Regimes zu versöhnen, unter der Begründung, dass die ägyptische Wirtschaft angekurbelt werden müsse.

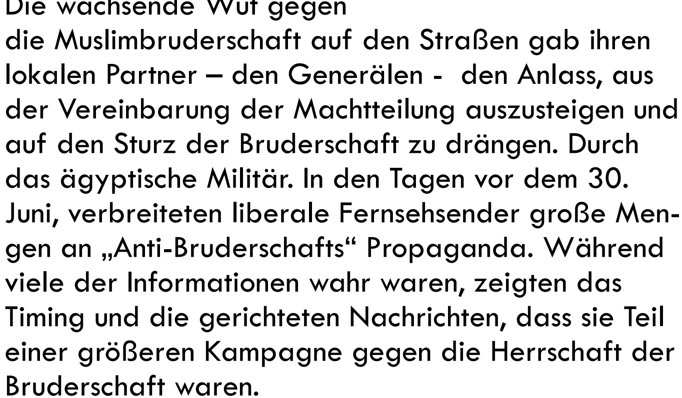
Die Hauptforderung der Revolution war „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit". An der gerichtlichen Strafe, Polizeigewalt und finanzieller Umverteilung, ist die Muslimbruderschaft nicht nur gescheitert. Sie haben Ägypten an den Rande des Abgrunds getrieben, in Verhältnisse, die noch schlimmer waren, als die unter Mubaraks Herrschaft. Und all dies haben sie mit einer vollkommenen Arroganz getan, welche die komplette politische Landschaft von Bewegungen bis zu den Parteien gegen sie aufgebracht hat.

Diese Realität hat die Menschen zurück auf die Straßen gebracht.

Diese Realität bringt die Sache, die Demokratie genannt wird, in Misskredit.

Die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen haben keine Priorität in politischen Entscheidungsprozessen, da das autoritäre Regime der Bruderschaft von ihren

westlichen Handelspartnern, die ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen im Sinn hatten, abhängig war. Das bedeutet, dass diejenigen, die in Ägypten durch Wahlen an die Macht kommen, zunächst einmal die Zustimmung von lokalen Eliten, wie den Generälen des Militär und ihren ausländischen Befürwortern, erhalten müssen. Außerdem erlaubte nur der gefälschte Wahlprozess ihre Machtergreifung. So einfach ist das. In Ägypten hatten wir nie faire Wahlen und wir werden sie auch niemals haben, solange diese Machtkonstellation bestehen bleibt. Die neo-koloniale Realität macht die bloße Idee der Demokratie überflüssig.



Die Menschen sind auf die Straßen gegangen, um ihre Ablehnung gegen all das auszudrücken. Aber es gibt eine schmutzigere Seite dieser Massenmobilisierung. Die wachsende Wut gegen die Muslimbruderschaft auf den Straßen gab ihren lokalen Partner – den Generälen - den Anlass, aus der Vereinbarung der Machtteilung auszusteigen und auf den Sturz der Bruderschaft zu drängen. Durch das ägyptische Militär. In den Tagen vor dem 30. Juni, verbreiteten liberale Fernsehsender große Mengen an „Anti-Bruderschafts" Propaganda. Während viele der Informationen wahr waren, zeigten das Timing und die gerichteten Nachrichten, dass sie Teil einer größeren Kampagne gegen die Herrschaft der Bruderschaft waren.

Begleitet wurde dies durch Treibstoffmangel, der durch die geheime Polizei und das Militär herbeigeführt wurde. [Das ägyptische Militär betreibt Tankstellen uvm.. Anm. AB] Dadurch haben sie der Tamarod Kampagne Zustimmung ermöglicht, welche diese sonst nicht gehabt hätte. Die gleichen staatlichen Kräfte intervenieren immer, wenn die Macht des Staates in Gefahr ist. Aber Tamarod wurde gefördert nicht gestoppt. Vor dem 30. Juni überzeugte die Leitung der Tamerod die Protestierenden, mit einem Statement dazu, ihre Rebellion gegen ein Ziel zu vereinigen: die Muslimbruderschaft. Alle anderen Kämpfe sollten auf eine spätere Phase verschoben werden. Die Logik „meines Feinde´s Feinde sind meine Freunde" bedeutete, dass das Militär und – noch alarmierender – die Polizei, trotz ihrer Rolle in der Unterdrückung der Revolution, in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit als absolute Helden dieses revolutionären Momentes gefeiert wurden.

An diesem Punkt müssen wir die Rolle des Militärs genauer betrachten.

Die Armee, die nun heldenhaft durch die Straße zieht, ist von den selben Generälen beherrscht, welche die Anordnung gegeben haben, dass unsere Proteste beim Marsch zum Maspero Gebäude zerschmettert werden sollen. Es sind dieselben Generäle, die die Morde an 72 Fußballfans geduldet haben, weil sie an der Revolution beteiligt waren. Es sind dieselben Generäle, die militärische Verhandlungen gegen mehr als 12.000 Ägypter_innen ausgeführt haben, um ihnen wieder Angst beizubringen. Es sind dieselben Generäle, die einen großen Teil unserer Wirtschaft, für ihre eigenen Interessen, an sich reißen. Es sind dieselben Generäle, die die Angriffe auf unsere Proteste befohlen haben, die Mina Danial, Emad Effat, Alaa Abd el Hady und hunderte andere getötete haben, während zehntausende verletzt, gefoltert und eingesperrt wurden. Es sind dieselben Generäle, die das Sektierertum anspornten und Jungfräulichkeitstest durchführten, um die Gesellschaft zu spalten und jede Form von öffentlichem Protest zu unterdrücken. [Verhaftete Frauen wurden auf „Jungfräulichkeit getestet". Diese sexualisierte Erniedrigung sollte Frauen von der Teilnahme an der Revolution abhalten. Al Sisi, der aktuelle Oberbefehlshaber, rechtfertigte dieses Vorgehen im Staatsfernsehen. Anm. AB]

In dieser polarisierenden Atmosphäre haben die Ägypter_innen die Vergangenheit zu schnell vergessen. Wir leiden unter kollektivem Gedächtnisschwund, um unsere Ängste zu unterdrücken und stecken unser Vertrauen in eine Fata Morgana, die Veränderungen verspricht. Die Rede von Demokratie und die Illusion von einem besseren, freieren, reicheren Leben sind die Illusionen, die viele Ägypter_innen verlocken, blindes Vertrauen in diejenigen zu setzten, die behaupten, sie würden dies zu Stande bringen.

Lasst uns auf die Rolle der Generäle in den Schlüsselmomenten der Revolution des 25. Januar blicken.

28. Januar 2011: Obgleich die Proteste geplant waren, hat der Tag der Wut am Freitag dem 28. Januar alle überrascht. Doch schnell nutzt die neo-koloniale Konstellation von Militärgenerälen und ihrer internationalen Unterstützer_innen, die Mubaraks lebenslange Partner_innen gewesen sind, es geschickt aus. Sie haben Mubarak zwei Wochen später, mit der Begründung die Forderungen der Revolution zu erfüllen, die Macht genommen. Die Mehrheit der ägyptischen Menschen feierte sie als Helden. Sie sahen die Ära von Mubarak lieber als Fehler, der von einem Mann ausgingen, als der eines Systems, das er symbolisiert.

Es folgte eine Phase der direkten Herrschaft. Dann übergab die Militärregierung einen Großteil der Macht an eine „zivile" und „demokratisch-gewählte" Regierung, nachdem diese die Bedingung der geteilten Souveränität akzeptierte. Sie zogen sich selbst von aller direkten Verantwortung für jedwede Form des Versagens der Regierung zurück, während sie ihr Stück von politischen und wirtschaftlichen Kuchen

behalten haben. Ihr enormes wirtschaftliches Imperium konnte nun nicht mehr bedroht werden.

3. Juli 2013: Das Militär wiederholt eine Taktik, ähnlich derer, die es nach dem Sturz von Mubarak angewandt hat. Dieses Mal waren sie aber besser vorbereitet. Sie verkündeten den Willen des Volkes durchzusetzen. Sie ernteten alle Lorbeeren für die glorreiche 30. Juni Revolution. Dies waren Schritte um den Zorn der Revolution einzuschränken: der wirkliche Putsch ist nicht das Absetzen von Morsi oder anderen gewählten Offiziellen – es ist ein Versuch die revolutionäre Massenmobilisierung zu besiegen. Unsere Revolution brachte Morsi zu Fall, aber der Putsch der Armee will die Anerkennung für seinen Sturz und saugt dabei die Energie der Menschen auf, die es möglich gemacht haben.



Diesmal war es anders. Dieses Mal sahen die Generäle das Schiff sinken und verließen es. Die Regierung der Bruderschaft ist nicht nur gescheitert, sie hat auch angefangen zu glauben, sie könnte dem Ministerium für Inneres und sogar militärischen Rängen ihre Autorität aufzwingen. Diese Schritte bedrohten das Stück vom Kuchen der Macht, welches die Generäle hatten. Am 3. Juli befreiten die Führer des Militärs sich erfolgreich aus der Partnerschaft, die schief gegangen war, während sie unvergleichbares Lob von großen Teilen der Bevölkerung empfingen.

Für ihre internationalen Unterstützer_innen war das Spiel nicht ganz so einfach. Die erste Welt Nationen, vor allem die Amerikaner_innen, die sich selbst als Verfechter_innen der rechtmäßigen Demokratie verstehen, haben ihr Äußerstes getan, um die Legitimation der Macht der Muslimbruderschaft zu unterstützen. Was auf dem Spiel steht ist, was sie für einen zeitlosen Diskurs erachten: Demokratie. Dieser Diskurs ermöglicht die Rolle dieser Nationen in einer globalen Vorherrschaft, durch die sie entweder verurteilen, unterdrücken oder die Führer von Dritte Welt Ländern unterstützen können. Demokratie ist der goldene Schlüssel, um den globalen Richter zwischen gut und böse zu spielen.

Lasst uns einen Schritt zurück gehen.

Es gibt keine Demokratie in einem neo-kolonialen Kontext. So ist es auch in Ägypten. Darüber hinaus fällt die Logik eines Putsches gegen die Regierung komplett zusammen, wenn es die Möglichkeit einer demokratischen Ordnung gar nicht gibt. Die Macht, von Millionen von Ägypter_innen am 30. Juni auf die Straßen getragen, zerschmetterte die Illusion der Notwendigkeit von gewählter Repräsentation und hat das Potential die neo-koloniale Realität bloßzulegen.

Die Angst ist, dass die Truppen ihre Vorherrschaft über unsere Gesellschaft aufrecht erhalten und alle möglichen Mittel nutzen werden, um weiterhin die Verwirklichung unserer Revolution zu verhindern. Das schließt ein schmutziges Spiel ein, welches die kürzlichen Ereignisse ausnutzt. Durch gezielte, vertiefende Spaltung innerhalb der ägyptischen Gesellschaft soll ihre Herrschaft unvermeidbar werden, gewalttätiger und dabei für die Mehrheit der Bevölkerung weniger verantwortlich. Seit dem 30. Juni, hat dies einen nicht enden wollenden Strom des Blutvergießens zwischen den Unterstützer_innen der Bruderschaft und Zivilist_innen bedeutet, die entweder gegen sie protestiert haben oder vom Kreuzfeuer oder innerhalb sektiererischer Kämpfe erwischt wurden. Wir sind in einer Situation gefangen, in der die Bevölkerung als Geisel gehalten wird und ihr Tod von fast allen politischen Eliten, die um die Macht wetteifern, angeheizt und kapitalisiert wird: die Generäle des Militärs, die Bruderschaft und die Liberalen.

Heute sind wir noch immer in der Mitte der 25. Januar Revolution. Wir stehen einer ernsthaften Bedrohung der Vereinnahmung gegenüber, aber bis jetzt liegt die Macht noch bei den Menschen. Um weiter Kämpfen zu können müssen wir uns sowohl an die Vergangenheit erinnern, als auch unsere derzeitige Situation im Licht der globalen Machtkonstellation sehen.

Wir sind nicht allein.

Trotz des unterschiedlichen Kontext: In Brasilien, der Türkei und in Chile, sowie in Griechenland, Spanien, Portugal und den Vereinten Nationen, gehen Menschen auf die Straßen, um sich der Herrschaft von lokalen und globalen Eliten in den Weg zu stellen, ihrer Logik der Langlebigkeit ihrer Macht und der Vermehrung des Reichtums nur für wenige. Sieht man all diese revolutionären Momente innerhalb eines Rahmens, das bedeutet mit oder ohne Demokratie, mit oder ohne Wahlen, die allgemeine Tendenz bewegt sich auf die Straßen und raus aus den Institutionen und Regierungsbüros. Wie Max Weber schrieb, ist Repräsentation eine „Struktur der Beherrschung“ und demnach bleiben wir bei der revolutionären Parole: „das Volk will den Sturz des Systems.“

Wir sind an einem globalen Wendepunkt angelangt.

Wir müssen weiterkämpfen.

Philip Rizk auf www.jadaliyya.com, 17.07.2013

Übersetzung AB

Freiwillig in den Kreis, auf den Platz treten (Kairo)...

Wir befanden uns am Rande des Tahrir Platzes, als die Armee am Mittwoch den 3. Juli ihre Ansage bekanntgab. Der Platz brach in Jubel aus. Ein Mitglied unseres Teams warf einen Blick auf sein Smartphne. Er schrie über den Lärm der Trommeln und der quiekenden Vuvuzelas hinweg: „Morsi ist weg! Sie haben den obersten Verfassungsrichter statt seiner eingesetzt und die Wahlen verschoben."

Wir beobachteten die Feierlichkeiten. Ich sah die bekannten Leute um mich herum an, mit einigen hatte ich – wie nenne ich es, den Tahrir Platz von einst? - geteilt. Auch die anschließenden zweieinhalb Jahre der Wut, der Euphorie, der Erschöpfung, des Triumphs, der Mutlosigkeit. Ihre Gesichter waren so ausdruckslos wie meines. Die einzige Emotion, die ich in mir finden konnte war Angst – nicht vor der politischen Zukunft, die ich, meinem Gefühl nach, in keiner Weise mehr einschätzen konnte und in die ich mein Vertrauen verloren hatte – sondern vor dem nächsten Moment: Wie würden wir es schaffen zurück auf den Platz zu kommen?

Nach zehn Minuten konnten wir es nicht mehr hinauszögern. Wir mussten die Interventions-Teams, die über den Platz verteilt positioniert waren mit Essen versorgen und die Feierlichkeiten würden im laufe der Nacht nur noch überfüllter und fieberhafter werden. Unser Team formierte sich in einer Reihe und tauchte in das Gedränge ein, während wir uns gut an einander fest hielten um uns gegenseitig vor jeglichen Übergriffen durch Hände zu schützen. Ich versuchte dabei zu sein – wenn nicht um die Feierlichkeiten zu genießen, dann wenigstens um sie wahrzunehmen – doch mein einziger Gedanke war diese wogende See zu durchkreuzen. In einem fernen Teil meines Verstandes dachte ich über meine Angst nach: Ist sie nur eine Ahnung oder ein wahrhaftes Verständnis in meinem Körper? Wenn ich nicht genau wüsste was ich da tue, wäre es mir dann möglich die Heiterkeit zu spüren, mich in der Menge zu verlieren, so wie ich es zuvor getan hatte?



Wir erreichten das erste Interventions-Team und ich plumpste in ihre Mitte – eine Insel der Sicherheit in mitten des Platzes. Dies war nicht irgendeine professionelle Spezialeinheit in imposanter Uniform. Es war eine Gruppe junger Frauen, Frauen, die weiße T-Shirts trugen, mit roten Aufdrucken: „Anti sexuelle Belästigung" und auf dem Rücken: „Ein Platz, sicher für alle".

Es war mein erster Tag an dem ich ehrenamtlich bei „Operation Anti-Sexual Harassment/Assault" (OpAntiSH) (dt.: Einsatz gegen sexuelle Belästigung/Übergriffe) mitarbeitete.Bei allem was ich in letzter Zeit über den Tahrir Platz gehört hatte, war es der letzte Ort an dem ich sein wollte. Und dennoch – Ich hatte nicht länger das Gefühl, dass ich einen Platz in den Demonstrationen hatte, die durch die ganze Stadt zogen; Ich konnte nicht zu Hause bleiben; und ich konnte mich nicht abwenden von der einen Sache, die so klar von Bedeutung war, die so sehr Sinn machte.

Ich zitterte an dem Nachmittag als ich am Nil aus dem Taxi stieg und alleine zu unserem Treffpunkt hinter dem Platz ging. Als wir uns in einem Kreis zur Einsatzbesprechung versammelten, war ein Teil von mir von den rot lackierten Nägeln des Mädchens neben mir irritiert, von den lächelnden Gesichtern einiger Leute, während auf meinem offensichtlich Tragik zu lesen sein musste – eine Art Anfängernaivität. Ich hatte noch keine Zeit gehabt mich zu ordnen, mich zu normalisieren.

Wir teilten uns in gemischte Teams von zehn Personen auf. Unsere Aufgabe war es allen zu erzählen was passiert war und den Leuten zu sagen was zu tun sei falls sie etwas sahen. Wir bewegten uns schnell über

den Platz wobei wir darauf achteten eng zusammen zu bleiben – sich zu verteilen könnte gefährlich werden.

Aber als wir auf den Tahrir Platz traten realisierte ich schnell, dass der Platz mehr oder weniger immer noch der selbe war. Nicht vor Ort zu sein, nur die Nachrichten zu hören – vor allem in diesen panischen Tagen – lässt einen missverstehen, lässt einen die Luftblase vergessen. Der Platz war immer noch der Platz: Überfüllt von den verschiedensten Menschen, herumstehenden Männern, vielen Frauen, Familien, Kindern; manche liefen mit selbst gemalten Schildern herum, einige waren dicht zusammengedrängt ins Gespräch vertieft, oder saßen einfach nur still da, als ob sie auf etwas warteten. Es was Revolution-wie-gewohnt, normal, wie wir es kannten.

Doch in mitten dieses vertrauten, harmlosen Tahrir Platzes wurden seit dem 30. Juni dieses Jahres 89 Fälle von sexuellen Übergriffen durch Gruppen gemeldet. Innerhalb von nur drei Tagen des Massenprotests wurden 89 Mädchen und Frauen – junge Mädchen, ältere Frauen, eine schwangere Frau, Mütter, die ihre Kinder auf dem Arm trugen – von Mobs von fünfzig oder hundert Männern umringt, die sich in sie krallten, ihre Kleidung herunter rissen, Finger in sie hinein steckten. In einigen Fällen wurden Frauen mit Stangen oder Metallketten geschlagen oder mit scharfen Gegenständen und Messern malträtiert.

Mehrere Stunden lang wanden wir uns durch die klebrige Hitze der Masse, verteilten Flyer und kleine Papierschnippsel mit Notfallnummern. Wir baten alle – vor allem Frauen und Mädchen, die bei der Erwähnung des Wortes „Belästigung" mit düsterer Erfahrenheit nickten – die Nummer sogleich in ihren Handys zu speichern. Ein Mann mit matten Augen erzählte mir, in wenigen Worten, von den Dingen, die er am 30. Juni gesehen hatte. Viele Leuten dankten uns. Einige junge Männer wollten uns in unserer Arbeit unterstützen. Ein paar andere fragten mit verwegenem Grinsen, ob dies die Nummer sei, die sie anrufen sollten, wenn sie jemanden belästigen wollten. Und manche Männer – vor allem ältere Männer – waren felsenfest davon überzeugt, dass nichts der gleichen hier passieren würde. „Al Tahrir zayy al full!" sagten sie, den Tahrir Platz mit einer kleinen, weißen, zarten Jasminblüte vergleichend, eine Redewendung, die Reinheit und Unschuld ausdrückt.



Wir beendeten unsere Runde um neun Uhr abends und blieben noch um Essen an die Interventions-Teams zu verteilen, die noch auf dem Platz verteilt stationiert waren und noch eine lange Schicht bis drei Uhr morgens vor sich hatten. In dieser Nacht, im Delirium der Feierlichkeiten anlässlich Morsis Abgang, wurden acht weitere Fälle von sexuell übergriffigen Mobs gemeldet, davon zwei Vergewaltigungen.



Nach fünf Krisennächten auf dem Platz ebbten die Proteste ab und die Freiwilligen von OpAntiSH hatten ein paar Tage Zeit sich zu erholen. Es wurde ein Treffen einberufen um zu reflektieren, zu diskutieren, Taktiken zu entwickeln und Erlebtes zu teilen – um gemeinsam zu verarbeiten was geschehen war.

Die Atmosphäre war offen aber respektvoll, vorsichtig, doch vertraut, in einigen Momenten gereizt aber auch wieder leicht und locker. Und, trotz Momenten der Heftigkeit und trotz Blicken, die mit unaussprechlichen Dingen geladen waren, war es unglaublich heiter – wie bei einer großen Familienzusammenkunft, einer Familie bei der alle sich ihre Leben anvertrauen.

Ein Außenstehender wäre in Bedrängnis geraten, hätte er erraten sollen, dass diese Gruppe junger Frauen und Männer sich praktisch über Nacht gebildet hatte. Komplizierte Einsätze – Notfallnummern und Aufklärungsarbeit; gefährliche Rettungsaktionen; Traumabetreuung, Krankenhäuser, Rechtsberatung und Nachsorge. Alles von einem zentralen Kontrollraum aus koordiniert – als Antwort auf ein entsetzliches soziales Phänomen. Dass diese Gruppe sich entschlossen hatte, diesem Wahnsinn mit ihrer eigenen Art des Wahnsinns zu begegnen: In Ermangelung irgendeines Umgangs seitens des Staates oder der Polizei mit diesem Problem, eine abtrünnige Rettungseinheit aufzubauen und zwar eine außerordentlich effektive. Dass die Mehrheit dieser kunterbunten Truppe, ganz normaler junger Leute – einschließlich, das muss gesagt werden, Mädels deren Statur so zierlich war wie meine – Fußsoldaten waren, im Einsatz in diesen gefährlichen, möglicherweise lebensbedrohlichen Rettungsaktionen. Nacht für Nacht hatten sie taktische Manöver entwickelt und verfeinert in einen rasenden (und manchmal bewaffneten) Mob einzudringen und eine Frau aus seiner Umklammerung zu befreien.

Einige der beteiligten jungen Frauen waren selbst überlebende solcher Mob-Attacken. Auf den Treffen sprachen sie über das Risi-

ko während einer Intervention selbst in den Malstrom gerissen zu werden. Auch beschrieben sie, wie die Dinge, denen sie in solchen Momenten ausgesetzt waren nicht den Übergriffen glichen, welche sie früher erfahren hatten, sondern eher Kriegswunden, gegen die sie immun waren.

Viele junge Männer erzählten, dass sie anfangs gegen die Idee waren Frauen mit in den Interventions-Teams zu haben, weil sie dachten, dies würde nur eine weitere Belastung bedeuten. Rührend erzählten sie wie die Dinge, die sie von ihren Genossinen im Einsatz, in den kritischsten Momenten, sahen, sie bewogen hatten ihre eigenen Urteile zu überdenken und ihr Konzept von Kraft und körperlicher Stärke zu transformieren.

Ich bewunderte diese Gruppe, wie sie über das Essen witzelten, wie sie im vorübergehen Alpträume erwähnten; Ich hatte nicht gesehen und konnte nicht ergründen welch Last sie trugen. Ich konnte unmöglich verstehen wie es sich anfühlte dort zu sein, obwohl der Gedanke mich verfolgt: Dein pochendes Herz in die Hand zu nehmen und freiwillig in den Kreis der Hölle zu treten – in diese stürmische, luftlose Masse aus Schweiß und Körpern und Blut, Gemetzel und erstickten Schreien zu treten. Deinen eigenen Körper da rein zu bringen, dein eigenes Fleisch und Blut, mit dem Risiko begrapscht, geschlagen, erstochen zu werden, oder schlimmeres. Deine eigenen Sinne da rein zu bringen, dein Herz, deinen Geist – zu fühlen und zu bezeugen, unauslöschlich, wie Mädchen und Frauen belästigt und vergewaltigt werden auf entsetzlichste Art und Weise. Was macht es mit dir für den Rest deines Lebens in diese Dunkelheit geschleudert zu werden?

Und dann immer noch in der Lage zu sein zu lachen, aufzustehen, jeden Tag, zu glauben...

Ich weiß immer noch nicht, während ich das hier schreibe, wovon die Geschichte dieser Leute handelt. Ist es eine Geschichte von Selbstorganisation und Einfallsreichtum in der ägyptischen Revolution? Ist es eine Geschichte von „Heldentum“ - allein das Konzept lässt mich erschaudern – oder, viel einfacher, von trotziger Menschlichkeit? Ist es eine Geschichte von einer alternativen Form des Widerstandes, die umso mehr an Bedeutung und Zugkraft gewann, als der politische Prozess und Protest düsterer denn je wurde. Oder ist es ein Tropfen im Ozean einer komplexen und aufgewühlten Gesellschaft?

Eine Freundin sagte einmal zu mir: „In Kairo zu leben ist wie in eine manisch-depressive Person verliebt zu sein.“ Die letzten zweieinhalb Jahre haben diese Extreme noch verstärkt. Die Gesetzlosigkeit des Aufstands hat es uns erlaubt solch kühne, kreative, kollektive Prozesse in uns in Gang zu setzen, die wir nicht erwartet hätten. Sie hat auch einige düstere, hässliche und faulige Dinge ans Tageslicht befördert. Es ist als ob die Revolution gemacht war um uns unsere Werte vor Auge zu führen, mit unseren Geschichten und Bildern von uns selbst zusammen zu prallen und uns mit ihnen auseinander zu setzten. Sie fährt fort uns bis auf unsere Grundfesten auseinander zu nehmen, uns zu entblößen, das schlimmste und das beste aus uns raus zu holen – um uns dann auf dieses zersplitterte Bild blicken zu lassen, wie in einen zerbrochenen Spiegel und zu versuchen das alles zu verstehen.

Wiam El-Tamimi auf www.jadaliyya.com, 30. Juli 2013

Übersetzung AB



Genozid und Inszenierung

Ein paar Worte über die in Rio de Janeiro gemachten Erfahrungen aus einer anarchistischen Perspektive

Dieser Text von 2011 ist aus einer gemeinsamen Reflexion zwischen Individuen hervorgegangen, die um das besetzte Haus Flor do Asfalto (Asphaltblume) aktiv waren. Der Squat, der mittlerweile geräumt ist, war ein Symbol des Kampfes gegen die neueste Gentrifizierungsswelle[1] und die verstärkte Repression in Rio de Janeiro. Dieser Beitrag soll daran mitwirken - von einem anarchistischen Standpunkt aus - die Prozesse verständlich zu machen, nach denen Armut kriminalisiert wird und wonach der Staat Gewalt gegen die Widerstandsbewegungen ausruft, die sich gegen derartige Projekte auflehnen.

Eine der zentralen Motivationen dieser Initiative war, mehr Elemente zu den in Rio de Janeiro und anderen Städten andauernden Debatten hinzuzufügen. Dadurch sollen Menschen, die nicht die Möglichkeit haben, diese sehr spezielle Situation zu erleben, auch über die hier vor sich gehenden Ereignisse informiert werden können. Diese Initiative ging auch aus der Intention hervor, zum sozialen Krieg beizutragen, den wir als hierarchische Machtstrukturen verstehen, die sich über Jahrhunderte vervielfältigt und in verschiedenen Regionen zu verschiedenen Zeiten wiederholt haben.

Schließlich glauben wir, dass das, was hier erlebt wird, ein fortgeschrittenes Stadium der aktuellen Symptome dessen sein könnte, was in Großstädten ganz allgemein vor sich geht, zumindest bezüglich dessen, was die vom brasilianischen Staat kontrollierten Gebiete angeht.

Rio de Janeiro

die zukünftige Gastgeberin der (Fußball)-Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016, ist eine symbolische Metropole, welche um ein paradiesisches und bewundernswertes Ökosystem erbaut worden ist.[2] Jede seiner Nachbarschaften und Straßen enthält die Widersprüche des Königreichs des Handels: auf die verschiedenen Teile der Stadt verteilt finden sich schreiende Armut, tiefgreifender Verfall, verwaltungstechnische Vernachlässigung in ihrem rohsten Zustand, während in anderen Regionen hygienischer Luxus zur Schaffung einer simulierten und oberflächlichen Kulisse von Konsum und angenehmem Leben führt, welche fortwährend intensiv von Kameras und Polizei überwacht wird. Dieses Land voller unterschiedlicher Geschichten, die „die Geschichte Brasiliens“ ausmachen, ist die Bühne, auf der sich gewisse stadttypische Extremismen entfalten, die nur an diesem Ort ausgelebt werden können, zumindest in dem tatsächlich stattfindenden Ausmaß.



Dem Human Development Index (HDI) zufolge (ein internationales Vergleichsmaß für die Klassifizierung der ökonomische „Entwicklung“ eines Gebiets) gibt es in der Stadt Rio de Janeiro ein Nebeneinander bestimmter HDIs – einige der reichsten Nachbarschaften der Welt, welche denen einiger Teile Europas entsprechen, während eine Vielzahl von favelas [brasilianische Armenviertel, Anm. der Übersetzer_innen] einen HDI haben, der dem einiger der ärmsten Länder des afrikanischen Kontinents entspricht. Dies liegt in dem Fakt begründet, dass es immer eine Stadt war, in der extremer Wohlstand und extreme Armut koexistierten, denn Rio de Janeiro war einer der Haupthäfen für Menschen, die aus Afrika entführt und als Sklaven verkauft wurden. Trotzdem war Rio 12 Jahre lang die Hauptstadt des portugiesischen

1 Gentrifizierung: Urbane Intervention, die durch die gewaltsame Wiederbesetzung von Stadtgebieten auf einem ‚Stadtveredelungsplänen‘ beruht, und die Ärmsten verdrängt, damit die wohlhabendere Mittelklasse dorthin ziehen kann. Ein anderer Begriff, der oft im Portugiesischen genutzt wird - besonders von Widerstandsbewegungen mit Bezug auf solche Operationen -ist ‚Hygienisierung‘, der für die Reinigung/Säuberung steht und den Klassenaspekt der sozialen ‚Säuberungsaktionen‘ in diesen Maßnahmen zu Tage bringt. Diese Richtlinien der Stadtplanung werden von verschiedenen anderen sozialen Maßnahmen begleitet, die ihre Effektivität versichern und sich oft in einen erklärten Krieg gegen die armen Menschen, die zuvor diese Gebiete bewohnt hatten, ausdrücken. Einige Stadtplaner_innen haben die uneindeutigen und gefährlichen Begriff ‚Regeneration‘ genutzt, der - abgesehen von seiner klassischen Konnotation - in einigen Städten einen nachweislich rassistischen Charakter annimmt. Gentrifizierungsprogramme sind dieselben wie das, was die Regierung des Landes und ihre privaten Eigentümer ‚Revitalisierung‘ nennen und innerhalb Rio de Janeiros am meisten mit dem vernichtenden Prozess der ‚Schockordnung‘ identifiziert werden.

2 Das Ökosystem, in dem die Stadt Rio de Janeiro gelegen ist, gehört zum Mata Atlântica (Atlantischer Regenwald), der früher der zweitgrößten Tropenwald Südamerikas war, sich über den ganzen Küstenstreifen Brasiliens zog und bis nach Argentinien und Paraguay reichte. Heute bestehen nur noch 10% von ihm. Er bleibt jedoch eines der vielfältigsten Ökosysteme auf diesem Planeten.

Imperiums und nach der Unabhängigkeit die Hauptstadt Brasiliens bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Wenn die Unterschiede zuvor die Paläste der Adligen und die ‚Schwarzen'viertel umgaben, so können sie heute zwischen den überschwänglich wohlhabenden Nachbarschaften und den zahlreichen favelas gefunden werden.

Die [sogenannte] ‚Rassen'problematik ist seit jeher mit der Geschichte Rio de Janeiros verbunden. Wenn heute eine Politik der Barbarei diese Stadt belagert, hängt das sicherlich mit dem Sklavenregime zusammen, dessen direkter Nachkomme sie ist. Dieser Fakt war ausschlaggebend bei der Schaffung einer autonomen politischen Kraft und der wahrhaftigen Verfassung des brasilianischen Staates. Mit der Ankunft der portugiesischen Königsfamilie 1808 wurde die Polizei von Rio gegründet, um eine neue öffentliche Ordnung zu erbauen. Ihr Ziel war es, sich einer unterjochten Bevölkerung in den Straßen gegenüberzustellen, ‚schwarze' und arme Menschen sowohl in der Öffentlichkeit körperlich zu bestrafen als auch mit physischer Eliminierung zu terrorisieren, während gleichzeitig der Widerstand bekämpft wurde, der auf verschiedene Weisen auftrat.

Von den rebellischen Streichen und konsequenten Strukturen der quilombo - Gemeinschaften ‚schwarzer' Aktivist_innen [3] -bis hin zu Capoeira, einer in den Straßen entwickelten Kampftechnik und ein untrennbar mit den organisierten ‚schwarzen' Rebell_innen verbundenes Instrument, die sich ihrerseits in den organisierten Revolten jener Zeit engagierten. Die favela ist die Tochter und Nichte des Widerstands, Geburtsstätte dieser wundervollen afrostämmigen kulturellen Erscheinungen, welche eine Gemeinschaft geschaffen haben, die ihren Kampf nie von ihrem strahlenden Lachen getrennt hat.

Der Ursprung der favelas in Rio de Janeiro geht auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als mit dem Ende der Sklaverei ein Teil der Befreiten in die föderalistische Hauptstadt kamen und inoffiziell Gebiete besiedelt-en, die später als favelas bekannt wurden. Der erste so benannte Ort war Morro de Providência („Berg der Vorhersehung"), der sich neben dem Hafenbezirk im Zentrum Rios befindet und 1897 von „schwarzen" Soldaten der brasilianischen Armee besetzt wurde. Sie waren vom Krieg von Canudos zurückgekommen und hatten in Rio Halt gemacht, um ihren Lohn zu bekommen. Vorläufig ohne finanzielle Mittel zogen sie auf den Berg, um dort in vorübergehenden Baracken zu leben. Der Begriff favela kommt vom Canudos - Lager, das sich in Bahia befand und auf einem Hügel konstruiert worden war, auf dem viele Pflanzen einer Spezies wuchsen, die allgemein als Favela oder Faveleiro bekannt ist. Diese Pflanze war auf auf dem Morro de Providência gefunden worden, was dazu geführt hat, dass der Ort ursprünglich Morro da Favela („Favela Berg") genannt wurde. Mit der Zeit wurde der Begriff allmählich für Gebiete verwendet, die auf eine sozial schwächere Bevölkerung zugeschnitten waren. Die favelaist, von einer Stadtentwicklungsperspektive aus betrachtet, ein Nachfahre der Sklavenviertel (senzalas) und ist



damit einer der Hauptindikatoren für akute Segregation und Isolation des vom Regime als „menschlichem Abfall" deklarierten Teils der Bevölkerung; dieses Regime, welches Sklavenarbeit durch Lohnsklaverei ersetzt hat, als sich die Zeiten änderten und ein Bedürfnis nach verschiedenen Ausbeutungsformen aufkam.

Auf der anderen Seite ist die favela ein Ausdruck ‚schwarzen' kulturellen Widerstands, welcher neben der natürlichen Umgebung einer einmaligen Untergrundbewegung immer weiter kulturelle Erscheinungen entwickelt hat wie Samba, Capoeira und afrostämmige Glaubensrichtungen (wie Candomblé und Umbanda). Deswegen haben die Polizei und die modernen Sklavenhalter Rios lediglich die Peitsche durch das Gewehr ersetzt. Wenn die Entwertung von Leben zuvor vom Status der versklavten ‚Schwarzen' aus betrieben wurde, so spiegelt sie sich heute in der Figur der favela-Bewohner wieder.

3 Quilombos sind autonome Zonen, diein vielen Teilen des brasilianischen Territoriums vorherrschen. In ihnen leben Nachkommen jener Afrikaner_innen, die vor Jahrhunderten versklavt wurden. Sie wurden als Dörfer von ‚Schwarzen' gegründet, die geflohen sind oder rebellierten, und sie befinden sich normalerweise fern ab von Städten, aber auch in den urbanen Peripherien. Diese Umständen schafften eine Subsistenzwirtschaft, hielten aber einen dauerhaften Konflikt und Angriff des Sklavenregimes aufrecht. Die erste und ausdrucksstärkste war Palmars, die sich in Serra da Barriga in Alagoas befindet, und mehr als 100 Jahre zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert Bestand hatte. Viele von jenen, die immer noch existieren, haben ihre Legitimität über die Vererbung dieses Landes, das sich in Schriften ausdrückt, die sich auf Kämpfe dieser Menschen beziehen. Einige der jüngsten Re-Urbanisierungsversuche sind auf einer Erklärung der Unverträglichkeit dieser historisch bewiesenen Fakten gegründet und verraten buchstäblich die Quilombo-Communities, indem sie sie von ihren Ländereien werfen ohne diese Schriften und die Geschichte des Quilombo-Widerstandes zu betrachten.

Die gegenwärtige Realität

Was wir gerade erleben ist ein Bürgerkrieg, ein bewaffneter, urbaner Konflikt von in Lateinamerika bisher unbekannten Ausmaßes, der unter dem Deckmantel eines ‚Krieges gegen Drogenhandel' vertuscht wird. Die favelas sind seit jeher von Drogenhändlern oder lokalen Milizen[4] und neuerdings von der Polizei kontrolliert worden, wobei diese über ein umfangsreiches Waffenlager verfügt, um ihr Gebiet zu verteidigen. Täglich werden mehr Kugeln ausgeteilt als Reis oder Bohnen (brasilianische Grundnahrungsmittel).

Zweifelsohne dreht sich Rios Wirtschaft hauptsächlich um Tourismus, und natürlich gehört die Stadt weltweit zu den touristischen Hotspots. Die ‚herrliche Stadt' umfasst Wunder für all jene, die die wirtschaftlichen Möglichkeit haben, sie zu konsumieren und Immobilienspekulation und Verschönerungen nötig haben, um die Atmosphäre einer Stadt für diese Menschen angenehm zu machen. Diese Situation schafft eine dauerhafte und steigende Kriminalisierung der Armut, die an verschiedenen Fronten und in verschiedenen Sphären im aktuellen Kontext auftritt, verkleidet als Stadtreform und Steigerung der Lebensstandards der Bevölkerung. Aber im Endeffekt sind sie die Wege hin zu größenwahnsinnigen ökonomischen Projekten, die von einer Reihe von öffentlich-privaten Gesellschaften durchgeführt werden. Die soziale Realität von Rio de Janeiro entwickelte sich zu jeder Zeit deutlich entlang der Linien verschiedener staatlicher Verwaltungsstrategien, die irgendwo zwischen Diktatur und Demokratie gezogen wurden. Letztlich waren Folter, physische Beseitigung und Inhaftierung (die während der Militärdiktatur für die weite Teile der Mittelklasse allgemein sichtbar wurde) für ‚Schwarze', Arme und favela-Bewohner_innen immer Realität. In der Zeit einer so gefeierten Demokratie sind das Fakten, die mehr und mehr gegenwärtig werden. Von der neuen administrativen Politik des Staates(seit 2006 in den Händen von Sérgio Cabral Filho) und der Präfektur der Stadt (seit 2009 in den Händen von Eduardo Paes) wurden bestimmte Taktiken genutzt und es entstanden Initiativen in verschiedenen Formen:

1) Der Krieg gegen informelle Streetworker, die mit dieser Realität konfrontiert wurde und eine der vorhandenen zentralen Überlebensalternativen für jene, die ohne Geld leben, darstellte;
2) die Rückgewinnung von Kontrolle über Gebiete, die zuvor von illegalem Drogenhandel dominiert waren;
3) die städtischen Entwicklungsprogramme wie die Wiederbelebung in der Gegend um den Hafen;
4) die überwältigende Gegenwart von Drogen wie Crack -oder jüngst OXI -, die die Kontrolle der Bevölkerung verstärken.



Neben all diesen Elementen wird die gegenwärtige Vernichtung von Zivilist_innen durch die Hände der Polizei als Kollateralschaden in einem angeblichen Krieg gegen den Drogenhandel gerechtfertigt, in dem viele Male sogenannte Autos de Resistência (wenn die Polizei Ermordungen als die Schuld der Opfer ansieht)[5], getarnte standrechtliche Erschießungen, durchgeführt werden. Was in der Praxis existiert, ist ein leiser Genozid, der bei weitem nicht jene Gruppen trifft, auf die er es abgesehen hat - welche in diesem Fall die Drogenbosse sind -, sondern alle Schichten der Gesellschaft in eine Kriegszone zieht. Die Anzahl der Toten an den Händen der Polizeikräfte in Rio de Janeiro ist extrem hoch, wenn wir die jüngsten Jahre als Beispiel nehmen. 2008 gab es 611 Tote, 2009 waren es 495 und 2010 545 -Zahlen, die mehr oder weniger denen entsprechen, die durch die Regenfälle im Januar 2011 in Região Serrana (eine Gebirgsregion über der Stadt von Rio de Janeiro) umgekommen sind, was als ‚größte Naturkatastrophe' in die brasilianische Geschichte eingegangen ist.

Mit finsteren Liedern, die den Krieg als ein Teil ihres Trainings glorifizieren, besteht kein Zweifel, dass die BOPE (‚Spezialpolizei Operationsbataillon') es als ihre Mission ansieht, wenn sie Lieder singt wie: „Mann in Schwarz/ was ist deine Aufgabe? / Es ist in die favelas einzudringen / Körper auf dem Boden zu hinterlassen" oder sogar: „Ich werde eine favela infiltrieren / mit einer Waffe in meiner Hand / Ich werde den Feind bekämpfen / und Zerstörung provozieren." Die BOPE wurde entworfen und trainiert, um eine Kriegsmaschine zu sein und favela-Bewohner_innen zu vernichten. Der Fakt, dass sie einen Totenkopf als ihr Symbol haben, ist kein reiner Symbolismus. Eines der Pilotprojekte der gegenwärtigen Staatsregierung - Teil der Logik, die Stadt zu restrukturieren und zu verschönern - sind die michiavellistisch-benannten

4 Diese Milizionäre sind Gruppen von Paramilitärs, die von Polizeioffizieren, ehemaligen Cops, Feuerwehrfrauen/-männer und anderen gebildet wurden, welche die klandestine Kontrolle über verschiedene favelas an sich nahm.

5 Gerichtlich würden diese ‚Widerstandsakte' eine Rechtfertigung für eine gewalttätige Aktion durch die Polizei sein. Eine Exekution würde somit die Folge eines offensiven Widerstandes von Seiten ‚des Kriminellen' sein.

UPPs (‚Polizei Pazifizierungs- Einheiten').
Das sind Polizeieinheiten, die durch die permanente Invasion die Kontrolle über die Communities zurücknehmen, die zuvor unter der Kontrolle der Drogenbosse waren.

Ob zufällig oder nicht, all diese Communities sind favelasim Gebieten von hohem ökonomischen Interesse wie der südlichen Zone und den umgänglichen Gebieten der nördlichen Zone sowie andere Gebiete von touristischer/ökonomischer Bedeutung.[6] Die UPPs entstanden während des Höhepunktes eines Drogen'krieges', der einen Moment markierte, in dem der Staat schließlich eine effektivere und energischere Antwort auf den Drogenhandel gegeben hat. Die dauerhafte Präsenz der Polizei in der Community bedeutet, dass sie in totaler Straflosigkeit (ein Typ eines unklaren Ausnahmezustandes), ungeniert durch Verfassungslosigkeit, handeln kann und dauerhaft in Häuser eindringt und die Bewohner_innen terrorisiert. Die Ironie ist, dass in keiner Community, in der die UPP jüngst operierte, der Drogenhandel beendet wurde. Ganz im Gegenteil: Sie führten ihren Handel unvermindert fort.
Die einzige Änderung besteht darin, dass die Drogenhändler_innen weniger mit ihren Waffen angeben und ihr Schmiergeld an die Polizei gestiegen ist, damit ihr Geschäft weiter wie bisher läuft.

Die UPP ist tief verbunden mit den Prozessen der sozioökonomischen Säuberung der Nachbarschaften, die in jedem Teil von Rio de Janeiro ausgeführt werden. Sie handelt als Vorläuferin eines innovativen Gentrifizierungsprozesses in den favela-Gebieten. Als Teil ihrer Intervention wurden klandestine Strom- und Wasserverbindungen unterbrochen, die zu einem drastischen Anstieg der alltäglichen Kosten führte, der die ärmsten Menschen am meisten traf, und somit eine Art Prozess der zunehmenden Vertreibung verstärkte.

Im Süden werden die Baracken bereits verkauft oder zu unglaublich hohen Preisen vermietet und gleichzeitig begann jener grundlegende Sanierungsprozess, der zum ersten Mal eingeführt wurde. Aber für wen genau sind die ‚Verbesserungen' gedacht? Sie sind für luxuriöse Unterkünfte (bzw. andere Variationen von Privatgeschäften) und die neuen Besucher_innen des Gebiets bestimmt: Tourist_innen und Individuen aus dem Bürgertum.

Diese Operationen des massenhaften Gemetzels -organisiert vom Staat und seinen privaten Partnern -sind in ihrer Tragweite nur möglich durch den Einsatz vom linken Arm dieser Interventionen innerhalb der Communities: den NGOs. Als Teil eines Prozesses von Schadensbegrenzungen werden die Nicht-Regierungsinstitutionen in die Verantwortung genommen, um die favela zu infiltrieren in der Gestalt von sozialen Entwicklungsförderungsprojekten. Die Gegenwart dieser Organisationen in den Communities ist wiederum von Unklarheiten markiert. Während diese Institutionen eine sozio-kulturelle Entwicklung auf lokaler Ebene ‚bereitstellen', beruht ihre Einmischung von ihrem Beginn an auf ihrem plakativen Charakter; sie ermöglichen Profite durch Steuerbefreiungen und transnationale Investitionen, die sie oft zukunftsfähig machen, und verursachen zudem durch ihre Aktivitäten des Kartographierens (Mappings) und Registrierens von Bewohner_innen, dass sie die Rolle von Informant_innen in der Community einnehmen.

Es gibt ähnliche Fälle im Rahmen der jüngsten Sozialprogramme der föderalen Regierung im Umkreis von urbanen Gebieten, die als ‚Problembezirke' klassifiziert werden (diese werden von dem Pilotprogramm initiiert, das Fica Vivo (‚Staying Alive') genannt wird).
In diese allgemeine Szenerie der Vergeltung und der ausgesprochen militärischen Invasion, die nur allzu gut in das Choque de Ordem(‚Schock der Ordnung' oder ‚Ordnungsblitz') passt, wurde eine Initiative von Eduardo Paes Anfang 2009 gegründet - organisiert durch das Sekretariat der öffentlichen Sicherheit -, die verschiedene Gremien wie die Gemeindepolizei, die zivile und militärische Polizei, das Müllabfuhrunternehmen Comlurb und das Sekretariat für Wohnungsbau zusammenbringen wollte, um koordinierte Aktionen loszutreten, die die Absicht haben, ‚die Ordnung in dem Staat wiederzuerlangen'.
Die Operation konzentriert sich besonders auf die Bekämpfung von Staßenhändler_innen (camelôs), die gewaltsame Entfernung von Obdachlosen - ob Crackabhängige oder nicht - und die zahlreichen Räumungen von Häusern, die als illegal angesehen werden oder die keine korrekten Papiere vorweisen wie im Fall von Squats in der Stadt oder in den favelas oder Teile der favelas, die entfernt werden, die im Weg von diesen Reformen standen.

Das Porto Maravilha Projekt (‚Wunderbarer Hafen') Das zentrale Re-Urbanisierungsprojekt in Rio de Janeiro ist - ohne Zweifel - die Wiederbelebung des Hafenbezirks, der offizielle Porto Maravilha

6 Bestimmte Projekte entstanden, um Straßenbahnen in den Communities wie dem Alemão-Komplex (aber auch in anderen favelas) zu schaffen, damit Tourist_innen die Möglichkeit haben, einen Panoramablick über die Region zu genießen.

genannt wird und eine der großen öffentlich-privaten Initiativen Brasiliens darstellt, an der kommunale, staatliche und föderale Regierungen wie auch private Initiativen teilhaben. Die ganze Umgebung des Hafens wurde privatisiert und unter die administrative Verantwortung von drei privaten Firmen für die nächsten 15 Jahre gestellt. In den eigenen Worten eines Präfekten:

„Was ist der Traum eines jeden privaten Unternehmens? Große Profite zu verzeichnen, konstant über einen großen Zeitraum und ohne Risiko. Die Präfektur von Rio setzt diesen Traum in die Realität für drei von ihnen um: OAS, Odebrecht und Carioca Engenharia, die gemeinsam ein Konsortium formen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, den Marvelous Port zu betreiben. Die geniale privat-öffentliche Partnerschaft (PPP) kann anders gar nicht gesehen werden: Eine Weitergabe von öffentlichen Geldern an drei große Unternehmer ohne einen augenscheinlichen Ertrag für den Staat.“

Das Projekt umfasst ein Gebiet von 5 Mio. m² und hat seine Begrenzung in den Alleen Presidente Vargas, Rodrigues Alves, Rio Branco und Francisco Bicalho. Es überzieht vier Nachbarschaften: Centro, Santo Cristo, Saúde und Gamboa. Die Investitionen schließen die Schaffung und Etablierung von Museen, die Konstruktion von luxuriösen Anlegeplätzen für Kreuzfahrtschiffe, Mittelklassebehausungen und das größte Aquarium Lateinamerikas mit ein, die neben den neuen Geschäftsstellen von Banken - unter anderem die Zentralbank von Brasilien (Banco Central do Brasil) - entstehen sollen. Die erste Phase der Konstruktionsarbeiten begann 2009 und läuft weiterhin fort mit grundlegenden Schritten wie die Installation von neuen Wasser-/Abwassersystemen und der Re-Urbanisierung von Morro da Conceição, während die zweiten Phase 2011 mit einer Menge von anspruchsvolleren Vorstößen wie dem Abriss des Perimetral Viadukts, das sich über der Alves Allee befindet, initiiert wurde. Das Ziel ist, all diese Projekte bis 2015 zu beenden.



Im Hintergrund des besagten Projekts werden von einem Tag auf den nächsten eine Reihe von repressiven Unternehmungen und Verletzungen der Menschenwürde durchgeführt. Für viele Jahre war der Hafenbezirk einer der am meisten vernachlässigten und eine Grauzone Rio de Janeiros; Schauplatz seit fast vier Jahrhunderten von Geschichten des Blutvergießens und des politischen und kulturellen Widerstandes, oft eine Zuflucht oder Alternative für jene, die in dem Besetzen von verlassenen Häusern einen praktischen Weg fanden, sich ein Zuhause anzueignen. Unzählige urbane Squats wurden nun geräumt, gemeinsam mit Häusern in der Providência, um Platz zu schaffen für die Konstruktion einer Straßenbahn-Einheit seit April 2010, die die ‚Sicherheit‘ für die Fortführung solcher Projekte garantiert. Abgesehen davon haben mysteriöse Feuer besetzte Häuser getroffen, manchmal ganze Communities (wie jene von Rato Molhado (‚Nasse Ratte‘) im Norden) und Gelegenheitsgeschäfte (am 26. April 2010 -wohl eines der größtem von diesen Feuern, das den Straßenverkaufsbasar in Rios zentraler Bahnstation (Central do Brasil) verschlang). Es ist bemerkenswert, dass dieser berühmte Markt in der unmittelbaren Nähe von dem Hauptsitz der staatlichen Militär-Feuerwehr von Rio de Janeiro gelegen war und Hilfe trotzdem erst nach mehr als einer Stunde eintraf. Es ist kein magischer Zufall, dass die Präfektur bereits plante, diesen Ort ‚wiederzubeleben‘.

Faktisch ist dieses Projekt nicht mehr als ein Drehpunkt von Prozessen der Verschönerung, die in der ganzen Stadt stattfindet und sich in die Vorbereitungen für die bevorstehenden Großereignisse (die FIFA Weltmeisterschaft 2014 und die olympischen Spiele 2016) einreiht. Wie all die Säuberungsoperationen stellt sie eine Übernahme von Gebieten durch wohlhabendere Klassen dar, die zuvor von Schichten mit einem geringeren Einkommen bewohnt wurden.

Es ist nicht möglich, sicher zu wissen, welche Krankheitstypen als Erbe von solch grauenhaften und kurzsichtigen Unternehmungen hinterbleiben werden. Aber es ist in der Tat möglich, einige der Probleme, die auftreten könnten, vorauszusagen - Binsenweisheiten von der Mikro-Perspektive aus gesehen. Die beunruhigenden Fragen werden von den ‚vielversprechenden‘ Jahren unterdrückt, die von dem blinden Glauben in die Mega-Events von 2014 und 2016 träumen - verhüllt durch den Morast von Ignoranz, Angst und Tourismuszentriertheit.

Benommenheit wird gelindert durch den unsinnigen Fanatismus eines zunehmend öffentlichen Sportgeistes, gemeinsam mit einer Welle von kriegstreiberischem Marketing, das die offene Vernichtung als die Ordnung jener Tage ansieht, um die Ziele des Aktienmarkts zu befriedigen, die durch die zivilen

Konstruktionen und die Immobilienspekulation verkörpert werden. In einer nicht allzu fernen Zukunft -nachdem der betäubende Effekt der Spiele sich verflüchtigt hat - wird das, was vererbt wird, die Fragen sein, die bewusst schlecht gelöst wurden; Rückstände, die durch Fahrlässigkeit hinterlassen werden, welche nur ein erklärter sozialer Krieg dann erfüllen kann.
Bis dahin und bereits jetzt nehmen wir eine Position ein: Unsere Ablehnung ist unnachgiebig - die Zukunft ist bereits jetzt.

Der Flor do Asfalto Squat

„Unbedeutende wandern von einem Hafen zum nächsten. Vor einer schweren Maschinerie beobachten sie mit einer gewissen Abscheu die vielen Augen einer Zukunft, die für später bestimmt ist. Gerüchte des Kollaps', Tage des Krieges... Minuten der Leidenschaft gruben sich aus dem Untergrund, von den Inseln und Straßen. Es gibt eine Anlegestelle am Hafen, aber auch halluzinierte Häfen. / Im Chaos des Hafens weht eine Piratenfahne aus ausgewaschenen schwarzen Stoffen, agitiert von den gelegentlichen Winden und der der Geschwindigkeit der Maschinen... und es ist bekannt, dass dort die Abtrünnigen herumlaufen. Von Hafen zu Hafen ‚spucken sie Zigarettenrauch aus'
Es könnte mehr geschafft werden mit dem eigenen Schleim als mit irgendeiner zivilisierten Moral."
(Casa Alberta Kollektiv ...schwache Piraten sagen nichts...)

Ausgehend von einer Initiative verschiedenster Menschen aus dem libertären Milieu wurde der Flor do Asfalto in der Rodrigues Allee am 17. Oktober 2006 besetzt und hatte zum Ziel - neben dem Angebot kollektiven Wohnraums - einen kreativen politischen und gegenkulturellen Raum zu schaffen. Seitdem wurden verschiedenste Initiativen und Projekte an diesem Ort initiiert wie zum Beispiel die Organisation einer Bibliothek, Kunst- und Siebdruckworkshops oder ein Herbarium.

Im Rahmen verschiedener Aktivitäten, die darauf abzielten, einen nachhaltigen Lebensweg zu fördern und in größerer Harmonie mit der Erde zu leben, wurden Gemüsegärten und eine Baumschule angelegt. In den ca. fünf Jahren hat sich eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen im Flor entwickelt - von Workshops zu Diskussionen, Partys und Live-Auftritten.
Der Flor do Asfalto hat öffentlich eine konfliktive Position gegen die existierende Realität, die Machtverhältnisse und die unterdrückende Politik eingenommen, aus der mindestens zwei Perspektiven vorangebracht wurden: Die Notwendigkeit von Menschen, die innerhalb des Squats mobilisiert werden, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, und der Krieg, der in jedem Fall des Existierenden erfahren wurde.



Die unterschiedlichen Brüche und Alternativen zu einer solchen Welt wurden nicht nur als Alternativen in sich selbst aufgestellt, sondern als eine Konfrontation, eine Intervention in die Realität, eine radikale Positionierung im Auge eines Hurrikans. Seit Kurzem (früher September 2011) sind die Tage des Squats gezählt, weil er genau in der Zone gelegen ist, wo die nächste Phase der Arbeiten für das Porto Maravilha Projekt durchgeführt werden soll. Der Flor ist eines der nächsten Ziele dieses Angriffs, der den Bauarbeiten zuvorkommt. Um unsere Position der Ablehnung der Existenz des Staates und seines repressiven Apparates (am besten dargestellt durch die Polizei) aufrecht zu erhalten, erwägen wir nicht die Möglichkeit, einen Dialog oder ein Übereinkommen zu ersuchen. Obwohl wir zeitweise über diese Idee nachgedacht haben, behalten wir stets im Hinterkopf, dass dieses Spiel der Gesetze einer Schlüsselrolle des Spiels unseres Feindes darstellt, das wir nicht spielen wollen.



Sich selbst zu mobilisieren und nicht in Lethargie zu verfallen, war die Strategie, die angewandt wurde, um dem gegenwärtigen Augenblick entgegen zu handeln. Es ist in diesem Sinne, dass Kommuniqués aus dem Inneren dieses Squats entstanden, was die Position ihrer Besetzer_innen explizit macht, indem Verbindungen der Solidarität geschaffen werden, die jenseits der vorstellbaren Linien schreien und echoen, die die Stadt Rio de Janeiro begrenzen; zumal jene Verbindungen in solchen Momenten wie diesem unzweifelhaft das größte Arsenal sind, mit denen die unterdrückte Rebell_innen ankommen können.

Übersetzung contrainfo

Hungerstreik der Gefangenen in kalifornischen Knästen

Am 22. Juli 2013 ist Billy Michael Sell im Alter von 32 Jahren gestorben. Er war einer von 30.000 Gefangenen die sich seit dem 8. Juli in 37 staatlichen und allen privaten Knästen in Kalifornien im Hungerstreik befinden. Billys Mitgefangene berichten, das er vor seinem Tod wiederholt medizinische Hilfe beantragt hatte, aber keine erhielt.
Die kalifornische Gefängnisbehörde, das „California Department of Corrections“ (CDCR), untersucht derzeit den „Selbstmord“ von Billy. Dieser Schritt zeigt deutlich, dass das CDCR jede Verantwortung für Billys Tod weit von sich weißt. Seine Mitgefangenen zweifeln an der offiziellen Selbstmordversion. Sie beschrieben Billy als „starken und positiven“ Menschen und sagten ein Selbstmord sei „komplett gegen seine Art“.

Der Hungerstreik der Gefangenen richtet sich unter anderem gegen:
-die Isolationshaft in kalifornischen Knästen
-die Gruppenbestrafungen
-die Behördenwillkür
-das Scheissknastessen
-und den Verratszwang.

Darüberhinaus fordern sie die Einrichtung bzw. Erweiterung von sinnvollen Programmen und Rechten für Gefangene mit unbegrenzter Sicherungsverwahrung.
Der Hungerstreik wird seit dem ersten Tag von Menschen draußen begleitet. Sowohl von ihren Angehörigen als auch von anderen solidarischen Menschen erhalten die Hungerstreikenden Unterstützung. Quer über die ganzen USA verteilt, finden seit Beginn des Hungerstreiks täglich Kundgebungen statt, um die ihre Forderungen nach draußen zu tragen und Zeichen der Solidarität zu setzen. Auffällig an diesem Hungerstreik ist, dass die Gefangenen deutlich machen, dass sie sich nicht länger nach Hautfarben und (vermeintlichen oder tatsächlichen) Gangzugehörigkeiten spalten lassen.
In den kalifornischen Knästen sitzen knapp 12.000 Gefangene in permanenter Isohaft, die meisten von ihnen länger als 20 Jahre. Darüberhinaus wird die Isohaft regelmäßig bei vielen Anderen als Bestrafung für mehrere Tage oder Wochen angewendet. In den gesamten USA sitzen 80.000 Gefangene in Isohaft. Die UN Menschenrechtskommission definiert übrigens eine Isohaft von mehr als 15 Tagen als Folter.
In den USA ist in den letzten Jahrzehnten eine private Gefängnisindustrie entstanden die vom Bau neuer Knäste, über die Verwaltung der Knäste und Anstellung der Schliesser_innen, bishin zur Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen alle Aufgaben rund um den Knast übernommen hat. Diese Gefängnisindustrie hat in dem kalifornischen Gouverneur Edmund Brown einen engagierten Lobbyisten gefunden. Lobbyist_innen der Gefängnisindustrie bemühen sich seit Anfang der 80er Jahre ziemlich erfolgreich darum den Strafdiskurs anzuheizen um einen ständigen Zustrom und einen längeren Aufenthalt der Gefangenen in ihren, in die Knäste integrierten, Sweatshops zu garantieren. Ein Teil der Hungerstreikenden verweigert auch die Zwangsarbeit in den Knästen.
Vor zwei Jahren hat selbst der Oberste Gerichtshof der USA Gouverneur Brown aufgefordert „grausame und ungewöhnliche Strafen“ wie die Isolationshaft gemäß dem 8. Verfassungszusatz abzuschaffen und mehrere 10.000 Langzeitgefangene freizulassen.
Die CDCR hat eine Woche nach Beginn des Hungerstreiks gegen alle kämpfenden Gefangenen strenge Restriktionen verhängt. Sie hat 16 Gefangene als vermeintliche „Anstifter“ bestimmt und in spezielle Betonlöcher gesteckt, die bis auf eine Matratze ohne Bettzeug komplett leer sind. Diese Kerker lässt sie mit Hilfe der Klimaanlage runterkühlen und verweigert den dort Eingesperrten jede medizinische Versorgung, die über regelmäßige Lebendkontrolle durch Schliesser_innen hinaus geht. Sowohl ihren Anwält_innen als auch ihren Angehörigen wird der Zugang zu diesen 16 Menschen verweigert. Bis jetzt weigert sich die CDCR mit den Deligierten der Gefangenen zu verhandeln und zeigt offiziell auch kein Interesse den Hungerstreik friedlich zu beenden oder auf die Forderungen einzugehen.
Am 5. August 2013 wurden sieben Aktivist_innen festgenommen, die sich als Zeichen der Solidarität an den Haupteingang des Elihu M. Harris Building im Zentrum Oaklands ketteten. Einer von ihnen sagte: der Hungerstreik befindet sich nun in der 5. Woche. Viele Gefangene sind bereits in einer lebensgefährlichen Situation. Die Behörden richten sich anscheinend auf viele Tote ein. [...] Die Gefängnisindustrie und ihre Lobbyisten wollen nicht vor dem selbstorganisierten Kampf derjenigen einlenken, die sie zuvor gewinnbringend versklavt haben.“

Als diese kurze Notiz entsteht dauert der Hungerstreik weiter an. Wir wünschen den kämpfenden Gefangenen und ihren Unterstützer_innen viel Kraft und Durchhaltevermögen. Für ein menschenwürdiges Leben – Drinne und Draußen.

AB



Berufungsprozess zur Castorblockade in Caen im November 2010

Zunächst möchten wir darauf hinweisen, dass dieser Text von Menschen verfasst wurde, die der französischen Sprache nur beschränkt mächtig sind und wir daher die eine oder andere Sachlage im Prozess nur beschränkt wiedergeben können und sich eventuell ein oder zwei nicht schwerwiegende Fehler haben einschleichen können.

/*Wie war das nochmal ? Die Blockade */

05. November 2010 in Caen (Frankreich, Normandie) – Eine Blockade gegen den Castortransport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague ins Zwischenlager Gorleben. Fünf Leute haben sich an die Schienen gekettet und den Zug zum Stoppen gebracht.Diese Fünf und zwei Unterstützer_innen werden festgenommen und später angeklagt. Zwei von ihnen werden beim „Befreien" schwere Verbrennungen an den Händen zugefügt, eine erleidet auch Schnittverletzungen, wobei eine Sehne durchtrennt wird. Bei beiden Aktivist_innen sind in der Folge
Hauttransplantationen von den Oberschenkeln nötig.Auch bei einer weiteren Person werden Sehnen durchtrennt, eine hat später ein schweres Trauma, bei einer Person bleiben Teile der rechten Hand etwa ein halbes Jahr taub.

Sechs der Aktivist_innen werden direkt für 24 Stunden in Gewahrsam genommen, auch diejenigen mit den Verbrennungen, danach werden alle auf eine Kaution von insgesamt 16.500 Euro freigelassen- diese wurde und wird nicht zurückgezahlt. Die Person mit den Schnittverletzungen kam erst ins Krankenhaus und wurde operiert, einige Tage später kam auch sie für 24 Stunden in Gewahrsam.

/*Der erste Prozess*/

Im Dezember 2010 wurde den Sieben der Prozess gemacht. Sechs der Aktivist_innen wurden auf einen Monat auf Bewährung verurteilt, die siebte Person auf zwei Monate, da sie bei der Ingewahrsamnahme verweigert hatte Fingerabdrücke abzugeben und Fotos von sich machen zu lassen. Die SNCF (französische Bahn) forderte ca. 40.000 Euro Schadensersatz, 20.000 wurden ihnen vom Gericht zugesprochen. Areva (frz. Weltmarktführer in Sachen Atomtechnologie und zuständig für den Transport der Castoren von La Hague nach Gorleben) hat einen symbolischen Euro als Wiedergutmachung ihres Imageschadens gefordert- und diesen auch zugestanden bekommen. Dazu kamen Gerichtskosten von etwa 1500 Euro pro Angeklagte_n, so dass am Ende eine Gesamtsumme von ca. 30.500 Euro Strafe zusammen kam.

Gegen dieses Urteil haben alle Sieben Berufung eingelegt, ebenso die SNCF als
Nebenklägerin. Areva als zweite Nebenklägerin und die Staatsanwaltschaft als Hauptklägerin haben auf eine Berufung verzichtet.

/*04.März 2013, ein zweiter Anlauf*/

Das Berufungsverfahren fand über 2 Jahre später am 4. März 2013 wieder in Caen statt.Vor dem neuen, schwarzen, fast fensterlosen, an ein Raumschiff erinnerndem Gerichtsgebäude fand eine Kundgebung mit Vokü, Orchester, Infoständen und etwa 100 Unterstützer_innen statt. Mit dabei viele Bullen, Absperrgitter und Einlasskontrollen. In den Verhandlungsraum konnten dann nur insgesamt 25 Leute, darunter die Angeklagten, Vertreter_innen von Areva, Dolmetscher_innen und Beteiligte von anderen Verfahren, die am Anfang durchgeführt wurden. Erst nach zwei Stunden fing dann das Ganva-Verfahren an (groupe d'actions non-violantes antinucléaires/ Gewaltfreie Anti-Atom-Aktionsgruppe).

Die sechs anwesenden Angeklagten wurden stehend nach Personalien, beruflicher und familiärer Situation befragt. Auch zu dem Grund ihrer Berufung und ihrem Gewaltverständnis waren sie bereit Aussagen zu machen. Dabei ging es dem Richter um die Frage, ob die Angeklagten bei ihrer erklärtermaßen gewaltfreien Aktion in letzter Konsequenz ausschließen könnten, dass ihr Handeln auf andere Personen gewalttätige Auswirkungen hatte, so z.B. auf Reisende, die einen wichtigen Termin nicht wahrnehmen konnten, welches schwerwiegende Auswirkungen auf ihr weiteres Leben haben könnte. Im gesamten Prozess wurde erstaunlich wenig mit Paragraphen um sich gehauen, statt dessen war er geprägt von philosophischen Fragen- Fragen der Moral, Fragen eines Demokratieverständnisses, Fragen der Verantwortlichkeiten.

/*Was ist eigentlich Demokratie und wer verhält sich hier verantwortungslos?*/

Im Verlauf des Prozesses kam die Frage von Seiten der Kläger und des Gerichts, wie auch von Seiten der Verteidigung auf, inwiefern eine solche Blockade innerhalb einer „Demokratie" legitim ist.Wurden alle „legalen", „demokratischen" Mittel im vorn hinein ausgeschöpft? Zählt diese Aktion als ziviler Ungehorsam und damit als legitimer (wenn auch nicht legaler) Protest? (Was ist eigentlich ziviler Ungehorsam?) Kann den Angeklagten Selbstjustiz vorgeworfen werden oder handelte es sich um ein notwendiges Eingreifen?

Die Vorwürfe wurden hin und her geworfen.
Die Verteidigung sprach von Verantwortungslosigkeit

der eingesetzten Beamt_innen (vor allem in Bezug auf die den Angeklagten zugefügten Verletzungen) sowie von Areva und der SNCF bezüglich ihrer Rolle im Atommüllgeschäft. Eben diese Verantwortungslosigkeit wollten Richter und Staatsanwalt jedoch bei den Angeklagten sehen. Eine Verantwortungslosigkeit gegenüber der Bevölkerung und an ihren Verletzungen seien die Aktivist_innen „selbst schuld"- der von der Verteidigung genannte Begriff der Folter blieb nach einer kurzen Empörung unbeachtet.

Auch der Vorwurf, „die Bevölkerung als Geisel" zu nehmen tauchte immer wieder auf, von allen Seiten und gegen alle Seiten.

Abgesehen von diesen philosophischen Überlegungen brachte die Verteidigung einige weitere Überlegungen ein. Zunächst sprach sie von einer fehlenden Unterschrift im Zuge der Genehmigung des Castortransportes 2010- und somit von einer Illegalität des Transports. Auf Grund dieser entstehe die Frage,ob die zivilrechtlichen Forderungen von SNCF und Areva überhaupt möglich seien. Auch gebe es keine Belege für tatsächliche Ausgaben oder Schädigungen der SNCF, es sei also völlig unklar,wie die geforderte Summe des Schadensersatzes zustande kam. Auch wurde von der SNCF zu keiner Zeit klargestellt, über welche Versicherungen sie verfügte, also ob sie entstandene Kosten nicht auf anderem Wege längst erstatten bekam.

Die Rolle Arevas in dem Prozess beschränkte sich auf ein Rumheulen wegen schlechter Presse und Rufschädigung auf Grund der Aktion, der Atommüll sei in den Transportern perfekt gesichert- „wenn nicht noch besser".Auch wenn diese „Sicherung" von Seiten der Staatsanwaltschaft sicher nicht in Frage gestellt wurde, wollte diese nicht unbedacht lassen, ob es nicht besser sei, den Zug möglichst schnell durchfahren zu lassen- wenn er denn eventuell gefährlich sein könnte...

Einer der Angeklagten brachte die Situation ganz abgesehen von vielen dieser Überlegungen auf den Punkt: Eigentlich müsse die Atomindustrie an der Stelle der Angeklagten stehen.

/*Aussagen - warum eigentlich?*/

Schon während der Ingewahrsamnahme kam es von einigen der Beschuldigten zu einem „Schuldeingeständnis" und zu Aussagen zum Verlauf der Aktion. Während der Prozesse waren alle Angeklagten bereit, Aussagen zu machen.

Von uns als Beobachter_innen, mit dem Hintergrund der Erfahrung deutscher politischer Prozesse und dem Selbstverständnis, in keiner Form mit Polizei und Justiz zusammen zu arbeiten, gab es darüber starke Verwunderung. Die Frage „warum aussagen?" stellte sich im Nachhinein auch einem Teil der Angeklagten und französischer Prozessbeobachter_innen. In der Diskussion danach wurde klar, dass die Bereitschaft auszusagen in frz. politischen Prozessen „normal" ist und die Praxis der Aussageverweigerung nicht genutzt wird. Zumindest stellte sich dies in unseren Gesprächen so dar.
Mit der Erfahrung, dass sowohl Staatsanwält_innen als auch Richter_innen Aussagen verdrehen,es Einer_Einem als Angeklagte_n unheimlich schwer fällt souverän taktisch kluge und trotzdem sich selbst nicht verleugnende Formulierungen zu finden, kamen einige der Angeklagten zu dem Schluss, dass sie bei einem nächsten Prozess keine Aussagen mehr machen würden. Bleibt die Frage, warum es bisher anders gehandhabt wird und welche Konsequenzen eine Aussageverweigerung (in Frankreich) haben könnte.

Bereits verwundert über die Aussagebereitschaft der Angeklagten und die vielen philosophischen Fragen, waren es doch die abschließenden Worte des Verteidigers, die wir in einem Gericht am wendigsten erwarten hätten...

/„Regiert sein, das heißt unter polizeilicher Überwachung stehen, inspiziert, spioniert, dirigiert, mit Gesetzen überschüttet, reglementiert, eingepfercht, belehrt, bepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert, kommandiert zu werden durch Leute, die weder das Recht, noch das Wissen, noch die Kraft dazu haben...

Regiert sein heißt, bei jeder Handlung, bei jedem Geschäft, bei jeder Bewegung versteuert, patentiert, notiert, registriert, erfasst, taxiert, gestempelt, vermessen, bewertet, lizenziert, autorisiert, befürwortet, ermahnt, behindert, reformiert, ausgerichtet, bestraft zu werden.

Es heißt, unter dem Vorwand der Öffentlichen Nützlichkeit und im Namen des Allgemeininteresses ausgenutzt, verwaltet, geprellt, ausgebeutet, monopolisiert, hintergangen, ausgepresst, getäuscht, bestohlen zu werden; schließlich bei dem geringsten Widerstand, beim ersten Wort der Klage unterdrückt, bestraft, heruntergemacht, beleidigt, verfolgt, misshandelt, zu Boden geschlagen, entwaffnet, geknebelt, eingesperrt, füsiliert, beschossen, verurteilt, verdammt, deportiert, geopfert, verkauft, verraten und obendrein verhöhnt, gehänselt, beschimpft und entehrt zu werden.

Das ist die Regierung, das ist ihre Gerechtigkeit, das ist ihre Moral."/

/-Pierre -Joseph Proudhon/

Das Gericht erhöhte die Strafen in seinem Urteil am 5. Juni 2013:

- 3 Monate Gefängnis auf Bewährung mit Eintrag im Führungszeugnis für 5 von den 7 Angeklagten.
- 29 000 Euro Schadenersatz an die SNCF (die 13 000 Euro Kaution, werden dafür angerechnet)
- Freispruch bezüglich des Vorwurfs der Weigerung sich ED-behandeln zu lassen. In Frankreich darf die Polizei einen Beschuldigten nicht mit Gewalt dazu zwingen, seine Fingerabrücke oder auch seine DNA abzugeben. Die Weigerung diese abzugeben ist aber eine Straftat.
- AREVA hat verloren, die Angeklagten wurden
- entgegen des erstinstanzliches Urteils - nicht wegen „Imageschaden „ zum Nachteil des Unternehmens verurteilt.

Die Polizisten, die die AktivistInnen bei der Räumung schwer verletzten wurden nicht beheligt. Das gegen sie eingeleitete Strafverfahren wurde eingestellt.

Prozessbeobachter_innen

Was passiert in Russland?

Die soziale Lage der arbeitenden Leute und der Rentner ist ziemlich schwer. Die Löhne in Russland sind einige der niedrigsten in Europa. In Moskau sind sie noch höher als im Landesdurchschnitt. Laut den offiziellen Angaben beträgt der Durchschnittslohn in Moskau etwa 1000 Euro pro Monat, obwohl ich persönlich mehrere Leute kenne, die viel weniger verdienen. In der Provinz ist aber die Situation oft katastrophal. So bekommen z.B. die provinzialen Lehrer*innen nicht selten nur 250-300 Euro, die Ärzt*innen 300-350 Euro. Die Arbeiter*innen verdienen 300-500 Euro. Das reicht oft nicht für das Leben, da die Preise in Russland mit den westeuropäischen fast vergleichbar sind. Mehr noch, die heutige Regierung intensiviert die antisozialen Angriffe. In ihr sitzt das reaktionäre Sammelsurium aus den nationalistischen und ausländerfeindlichen Erzkonservativen (wie Vize-Ministerpräsident Rogosin oder Kulturminister Medinzew), den repressiven Technokraten und den bornierten Neoliberalen. Letztere (wie Finanzminister Siluanow, Bildungsminister Liwanow, Arbeits- und Sozialminister Topilin) bereiten jetzt neue Pläne der antisozialen Reformen, inklusive Sparpläne, Rentenreform und weitere Kommerzialisierung der Bildung und des Gesundheitswesens vor.



Klar, dass alle diese Probleme die große Mehrheit der Bevölkerung betreffen, das ist aber leider eher eine schweigende Mehrheit. Streiks finden relativ selten statt und die Straßenkundgebungen gegen den sozialen Abbau und die Zerstörung der öffentlichen Bildung und Medizin sammeln nur einige Hunderte, bestenfalls einige Tausende von Menschen. Nicht dass die Leute damit zufrieden wären - das nicht. Und in den persönlichen Gesprächen drücken sie die Unzufriedenheit ganz deutlich aus. Kämpfen wollen sie aber auch noch nicht. Hoffentlich NOCH nicht. Diese Situation spiegelt sich in den Meinungsumfragen wieder. Verschiedene Meinungsumfragen zeigen, dass ein Viertel bis zum einen Drittel der Befragten die Proteste gegen das Regime bejahen, aber nur etwa 7% bereit sind, daran teilzunehmen. Wenn die Aktionen illegal sind, dann zeigen prozentual nur die wenigsten ihre persönliche Bereitschaft zur Teilnahme. Als eine weitere Illustration der momentan vorherrschenden Passivität kann die Tatsache dienen, dass nur ganz wenige der sozialen Protestinitiativen wirklich „von unten“ entstehen, das heißt von den unmittelbar betroffenen Leuten selbst gegründet wurden, unabhängig von den politischen Parteien. Die Begründer*innen und Initiator*innen sind meist Leute, die schon politisch aktiv und / oder Parteimitglieder*innen sind. Und wenn das mal nicht der Fall ist, dann kommen oft die „Politiker“ und unterwerfen die wenigen unabhängigen Initiativen, indem sie ihnen Infrastruktur, juristische Hilfe oder Unterstützung der Parlamentarier anbieten.

Wie soll man dann vor diesem Hintergrund die letzten Proteste „für die freien Wahlen“ verstehen? Widersprechen sie denn nicht dem oben geschilderten Bild? Meiner Meinung nach nicht. Vor allem sei hier der Inhalt, die soziale und politische Zusammensetzung sowie die Ziele, dieser Proteste zu berücksichtigen. Es fällt auf, dass sie sich fast ausschließlich auf die Frage der Putin-Präsidentschaft konzentrieren. Das ganze Programm der Bewegung war bis vor kurzem „Russland ohne Putin“. Dabei ist es eigentlich überhaupt kein Programm. Zweifelsohne ist das Putin-Regime autoritär und reaktionär, seine Abdankung aber kann als solche keine der existierenden Probleme lösen. Denn es geht nicht um eine Persönlichkeit, sondern um eine Politik – vor allem, eine sozial-ökonomische Politik. Ohne eine radikale Politik-Änderung in dieser Frage werden auch ohne Putin die Oligarchie-Herrschaft, der massive neoliberale Sozialabbau, die Korruption, die konservativ-patriarchale und nationalistische Dominanz oder der Krieg im Nordkaukasus weitergehen. Und eine solche Änderung wollen die meisten Führer der Proteste eben nicht.

Um zu verstehen, warum es so und nicht anders ist, muss Mensch die moderne politische Opposition in Russland näher betrachten. Im russischen Parlament sitzen momentan drei Oppositionsparteien. Die größte ist die sogenannte „Kommunistische Partei“

KPRF. Trotz ihres Namens und ihrer intensiven sozialen Demagogie ist das keine linke oder kommunistische, sondern eine rechtskonservative Partei, die traditionalistische, klerikale und nationalistische Werte zum Teil auch Antisemitismus propagiert. Sie preist Stalin als den Imperiums-Begründer.

Die Partei „Gerechtes Russland" gibt sich für eine sozialistische bzw. sozialdemokratische aus und versucht, die Kontakte mit der Sozialistischen Internationale zu entwickeln. In Wirklichkeit wurde sie unter dem Beistand des Regimes durch eine Vereinigung verschiedener national-patriotischen Gruppierungen gegründet. Obwohl es dort einige linkere Alibi-Intellektuelle gibt, ändert es den Gesamtcharakter der Partei nicht. Ihre Vorgängerin, die sogenannte „Heimat"- Partei schlug ihrerseits vor, alle jüdischen Organisationen in Russland per Gesetz zu verbieten.

Die dritte parlamentarische Oppositionspartei ist die rechtsnationalistische Partei LDPR von Schirinowskij. Klar ist, dass diese politischen Kräfte keine reale Alternative zum Putin-Regime bilden.

Einige Vertreter oder Teile der KPRF und der Partei „Gerechtes Russland" nehmen an den neuen Anti-Putin-Protesten teil. Sie machen das aber eher auf eigene Kosten, z.B. kann man nicht sagen, dass sie ihre ganze Parteiinfrastruktur für die Protestzwecke mobilisieren. Alles in allem bleiben diese Parteien eher eine loyale Opposition und nehmen an den Koordinierungsgremien der Protestbewegungen nicht teil.

Anders ist es mit der radikaleren, außerparlamentarischen Opposition. Genau diese Kräfte stehen hinter der neueren Welle der politischen Proteste in Russland. Bei der Bildung der Koordinierungsgremien der Protestbewegung wurde erklärt, dass diese Opposition aus vier verschiedenen Teilen besteht. Die erste, dominierende Fraktion ist extrem-liberal. Das sind vor allem rechtsliberale Gruppen und Parteien, die aus den Teilen der jelzinschen Eliten der 90er Jahre entstanden und in der Putin-Zeit von den Konkurrenten verdrängt wurden: die PARNAS-Partei von Ex-Vize-Ministerpräsident Nemzow, die Partei „Solidarität" von Jaschin usw. Die größte liberale Partei „Jabloko" (Apfel) nahm früher an den Protesten teil, erklärte aber vor kurzem, dass sie nicht mehr mit den so genannten „Roten" und den Nationalisten zusammenarbeiten will. Diese Gruppe ist natürlich gegen jede wirkliche Änderung der neoliberalen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie ist nur gegen die Putin-Gruppe und will diese ersetzen, um selbst die Früchte des antisozialen Raubs zu ernten. Mehr noch, der Oligarch und Multimilliardär Prochorow, der während der Präsidentschaftswahlen die größte Unterstützung bei den Moskauer und Petersburger Protestlern fand und jetzt eine neue rechtsliberale Partei organisiert, schlägt eine Reform der Arbeitsgesetze vor. Die beispielsweise die Erleichterung der Kündigung der Arbeiter*innen, deren weitere Entrechtung sowie die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Bezahl-ung der Überstunden vorsieht.

Die zweite Fraktion bilden die so genannten „Linken", die sich in diesem Jahr in einem Aktionsbündnis „Linkes Forum" vereinigten. Das ist ein breites Spektrum ganz verschiedener kleiner Gruppen neostalinistischer, trotzkistischer sowie autonomer Richtung. Dessen Hauptkraft auf der Straße ist die „Linke Front" unter der Führung des Neo-Stalinisten Udalzow. Dieser Mann ist sehr aktiv und provoziert eine Radikalisierung der Proteste und Protestmethoden. Offiziell ist diese „linke" Fraktion der Protestbewegung gegen die neoliberale Politik. In der Praxis riskiert sie es selten, die sozialen Forderungen bei der Formulierung der Protestziele aufzuzwingen, weil sie Angst hat, die liberalen und nationalistischen Verbündeten abzuschrecken. Normalerweise sieht es so aus, dass diese „Linken" und einige der mit ihnen verbündeten Aktivist*innen der „alternativen" Gewerkschaften während der Protestmärsche verschiedene soziale Parolen und Forderungen verkünden, die jedoch nur wenig Anklang im gemeinsamen Programm der Protestbewegung finden.

Die dritte Protestfraktion bilden die russischen Nationalisten. Bei ihnen handelt es sich um mehr oder weniger getarnte Neofaschisten immigrantenfeindlicher und antisemitischer Prägung, einige von ihnen nahmen selbst an Angriffen auf Migrant*innen teil. Bis vor kurzem galt in der Gesellschaft jegliche Zusammenarbeit mit diesen Kräften und Gruppen, als etwas Unannehmbares und Unanständiges. Die Teilnahme an der neueren Protestbewegung gab ihnen aber die Möglichkeit, als ganz „normale" politische Tendenz akzeptiert zu werden. Einige zaghafte Versuche, die rechtsradikalen Gruppen aus dem Oppositionsbündnis zu entfernen scheiterten eindeutig an der dominierenden Meinung der Liberalen und der Neo-Stalinist*innen, die ihre Kritiker beschuldigten, sie wollten die Einheit der Anti-Putin-Bewegung unterminieren.

Die vierte Fraktion in der Oppositionsbewegung bildet die so genannte „Öffentlichkeit". Das sind vor allem Prominente aus der Medien-Welt, Journalist*innen, Schriftsteller*innen, einige Menschenrechtsschützer*innen usw. Normalerweise sind sie politisch wenig organisiert, seit Anfang dieses Jahres gibt es jedoch Versuche, irgendwelche Organisation-en oder „Wählerliga" zu gründen. Die Mehrheit dieser Leute sind bornierte Neoliberale, die sich selbst als eine Elite der erfolgreichen „Gewinner" positionieren und die einfachen Leute als „dumme Putin-Anhänger" verachten. Einige, wie z.B. einer der Führer der Proteste Nawalny, sind durch ihre engen Beziehungen und Sympathien zu den rechtsradikalen Nationalisten bekannt.

Eine solche Zusammensetzung der jetzigen politischen Proteste macht diese nicht viel fortschrittlicher als das

Putin-Regime. Es ist in dieser Situation logisch, dass diese Bewegung vornehmlich eine politische und nicht soziale ist. Es geht vor allem um den Machtkampf, nicht um eine Änderung der Politik. Das erklärt auch die Tatsache, dass diese Proteste fast ausschließlich Moskau und Petersburg erfassten, das heißt, die Städte, wo die aufwärts strebende Mittelklasse tatsächlich existiert. Diese Menschen meinen nun, das Putin-Regime lässt sie nicht zur politischen Macht nicht, belästigt sie mit seiner Korruption und Steuern usw. Ein Teil der einfachen Leute in den Hauptstädten folgt ihnen. Aber für die meisten der Einwohnerinnen dort und auch für die überwältige Mehrheit der Menschen in der Provinz, mit ihren ganz realen sozialen Problemen, sind diese politisch motivierten Proteste einfach uninteressant.



Es lohnt sich, ein Paar Wörter über die Methoden der Protestierenden zu sagen. Übrigens fürchtet die Mehrheit der Protestierenden jeglichen Radikalismus, sogar das Wort „Revolution" empfindet man oft als eine reine Provokation. Die meisten Organisatoren begnügen sich mit streng legalen Märschen und Kundgebungen, was die Regierung eigentlich nicht sehr stark beeindruckt. Einige Führer wie Nawalny und Udalzow riefen zu einer gewissen Radikalisierung bis hin zum zivilen Ungehorsam, illegalen Demonstrationen und Bildung von Protestcamps auf. Das rief einige Male die Konfrontationen mit der Polizei hervor, wie es z.B. im Mai passierte. Dann folgten die Versuche, Protestcamps in verschiedenen Teilen Moskaus zu organisieren. Die Polizei räumte diese mehrmals, und die Protestierenden fanden einen neuen Platz. Das dauerte einige Monate. Interessanterweise nannte sich diese Bewegung „Occupy", in klarer Analogie zur „Occupy Wall Street". Die Ähnlichkeiten waren aber nur ganz oberflächlich. Das war keine antikapitalistische oder anti-neoliberale Aktion mit der Kritik an Konzernen, Banken usw. Obwohl die Mehrheit der Paar Hunderte ständiger Teilnehmer*innen des Camps Leute aus dem „linken", autonomen oder jugendlich-subkulturellen Spektrum waren, hatte dieses Camp einen liberalen „Kommandanten" (Jaschin aus der „Solidarität"-Partei) und eine eigene Wache bestehend aus Neostalinist*innen und Neofaschist*innen. Alle Vorschläge, die Nationalisten im Camp nicht zu tolerieren, wurden mehrheitlich von den Teilnehmer*innen selbst abgelehnt!

Obwohl die Opposition selbst offensichtlich größtenteils nicht zu einer entscheidenden und kraftvollen Konfrontation bereit ist, ist das Regime gegenüber den politischen Protesten ganz kompromisslos. Mehr noch, es benutzt diese als Vorwand, immer mehr repressivere Gesetze und Beschlüsse durchzudrücken. Unter diesen neuen Gesetzen gibt es z.B. solche, die die Regeln der Durchführung der Massenaktionen strenger machen und die Strafen für nicht sanktionierte öffentliche Maßnahmen erhöhen. Anders als in den meisten europäischen Ländern braucht man in Russland eine Erlaubnis, um sogar die kleinste Kundgebung zu organisieren. Es war noch in den 90er Jahren so, heute muss man mit drakonischen Strafen bei der Verletzung rechnen. Das im Juni verabschiedete Gesetz lautet, dass für die Verletzung der Durchführungsregeln die Organisator*innen der Aktionen mit einer Geldstrafe von bis zu 10 Tausend Dollar individuell und bis zu 20 Tausend Dollar für eine Organisation belegt werden. Klar ist, dass solche Strafmaßnahmen nicht nur gegen die jetzigen politische Protestierenden gerichtet sind, sondern vor allem potentiell gegen mögliche Streiks und sozialen Proteste. Umso schlimmer, dass die Normen und Regeln der Durchführung so formuliert sind, dass sie eine breite Möglichkeit für eine Willkür seitens der Behörden oder der Polizei öffnen. Die Polizei benimmt sich öfters sehr gewalttätig und provoziert nicht selten die Protestierenden. So war es teilweise auch während der letzten Proteste in diesem Jahr. Das Regime zeigt offen, dass es zur Gewaltanwendung völlig bereit ist und keine Schwäche zeigen wird. Als eine andere Strafmaßnahme kann man ein anderes Gesetz betrachten. Es lautet, dass jede russische None-Profit-Organisation, die irgendwelche Hilfe aus dem Ausland bekommt, sich als ein „ausländischer Agent" registrieren muss. Einige Menschenrechtsschutzorganisationen wie „Memorial" erklärten schon, sie würden diesen Beschluss nicht akzeptieren. Neue Strafgesetze verschlechtern das politische und gesellschaftliche Klima in Russland immer mehr. Und dies vor dem bereits erwähnten Hintergrund der nationalistischen, traditionalistischen und konservativ-patriarchalen Tendenzen. In einigen Regionen gibt es schon Gesetze gegen die so genannte „Propaganda der Homosexualität", vor kurzem lehnte das Oberste Gericht alle Proteste dagegen ab.

Eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen die antisozialen Angriffe der Macht könnte eine breite Streikbewegung spielen, diese fehlt aber. Weder die offiziellen Gewerkschaften, die auf die problemlose Zusammenarbeit mit dem Regime setzen und die Putin-Kandidatur in den Präsidentschaftswahlen unterstützten, noch die so genannten „alternativen" Gewerkschaften, die ihre Treue gegenüber der „sozialen Partnerschaft" erklären, sind tatsächlich willens und fähig eine solche Bewegung zu organisieren. Trotzdem, ohne einen Propheten zu spielen, möchte ich zum Schluss sagen, dass die sozialen Probleme in der russischen Gesellschaft sich tendenziell nicht auflösen, sondern mehr wachsen. Und das wird doch einen Ausbruch haben. Früher oder später. Auch wenn niemand heute sagen kann, wann und wie das passieren wird.

Vadim Damier (KRAS.-IAA) in Gai Dào N°31 Juli 2013

Aufrechte Litauer_innen gegen den verrotteten Westen

Über die Baltic Pride 2013 in Vilnius

In diesem Artikel soll Homophobie im Baltikum anhand der Baltic Pride 2013 in Vilnius thematisiert werden.

Nun ist Homophobie – wie wir alle wissen – ein globales Problem (schließlich ist die Heteronormativität ein globales Problem) und lässt sich keineswegs auf einzelne Regionen der Welt beschränken. Doch aufgrund der komplexen historischen Zusammenhänge, die hier nur holzschnitzartig und verkürzt dargestellt werden können, hat sich im Baltikum eine Form der Homophobie gebildet, die als recht typisch für viele post-sowjetische Staaten bezeichnet werden kann. Litauen, der südlichste der drei baltischen Staaten, ist seit seiner Unabhängigkeitserklärung 1990 einen Weg gegangen, den viele post-sowjetische Staaten ebenfalls beschritten: Ein unheilvolles Amalgam aus Nationalismus und einer rigiden Religiosität formte sich. Keine guten Voraussetzungen für die LGBT-Community, da hilft es auch nichts, dass bereits 1993 Homosexualität offiziell legalisiert wurde.

Homosexuelle Propaganda

In der litauischen Verfassung ist die Familie als bestehend aus Vater, Mutter und Kind definiert. Im Jahr 2010 wurde zudem ein Gesetz verabschiedet, welches die „Förderung von Homosexualität“ bei Kindern verhindern und mit einer hohen Geldstrafe belegen sollte. Das „Propagieren einer nicht-traditionellen sexuellen Orientierung“ und die „Konfrontation mit einem positiven Bild homosexueller Beziehungen“ würde sich negativ auf die „körperliche, geistige und moralische Entwicklung Minderjähriger“ auswirken, hieß es in der Begründung. Zu diesem Zweck seien alle öffentlichen Informationen, die zu homosexuellen Beziehungen „anregen“ würden und sich gegen die „Werte der Familie“ richten, zu verbieten.



Wie auch in Russland wurde dieses Gesetz bewusst sehr vage formuliert, damit es breit interpretiert und angewendet werden konnte. Nirgends wurde erläutert, was etwa unter einer „traditionellen sexuellen Orientierung“, oder unter den „Werten der Familie“ zu verstehen sei. Zum Glück wurde dieses Gesetz aufgrund des Druckes aus der EU wieder gestrichen. Hätte es Bestand gehabt, hätten sämtliche Beratungs- und Lobbyorganisationen, Aids-Hilfen, Coming-Out-Jugendgruppen, etc. verboten werden können. An öffentliche Veranstaltungen um die Sichtbarkeit von LGBT zu erhöhen, wäre nicht mehr zu denken gewesen.

Innerhalb der LGBT-Community genießt die EU daher großen Rückhalt; zu groß war die Angst, dass mit diesem verhängnisvollen Gesetz die Jagd auf LGBT eröffnet wäre (wie derzeit in Russland) und jegliche Unterstützungsstrukturen zusammenbrechen würden. Die Angst vor einem grausamen Versteckspiel wie innerhalb der Sowjetunion, dass besonders die Jüngeren aus der Community nur noch vom Hören-Sagen kennen, war den Aktivist_innen anzumerken.

Rechte Parteien und Homo-Gegner_innen schlugen jedoch zusätzliches Kapital aus der Streichung des Gesetzes: Besonders eine Partei mit dem viel sagenden Namen „Ordnung und Gerechtigkeit“ betont gerne, dass die EU nur eine Neuauflage der Sowjetunion sei. Wer sonst könne souveräne Staaten dazu zwingen, Gesetze, welche von deren Parlamenten verabschiedet wurden, zurückzunehmen? So sei Litauen nun okkupiert vom verrotteten Westen und mit ihm komme die Homosexualität, die es vor dem EU-Beitritt in Litauen nicht gegeben habe. Wie die homosexuelle Propaganda der EU aussieht, beschreiben viele kreative Gerüchte: Da ist von verruchten Parties die Rede auf denen junge, unschuldige Menschen verführt würden, damit sie den Pfad der Tugenden verließen. Schließlich sei das homosexuelle Leben ein dekadentes, westliches, und damit für junge, unentwickelte Gemüter sehr verlockend. So absurd bis aberwitzig diese Gerüchte auch klingen, sie sind sehr wirkmächtig und haben bittere Konsequenzen: Homo- und Transsexualität wird – auch in den Medien – meist als exotische Andersartigkeit, als schrille Abweichung von der Norm, und LGBT damit als verführte Freaks dargestellt, die einem westlichen Ideal hinterherliefen. LGBT werden als unlitauisch, als außerhalb der Nation, bzw. gar als Feind_innen derselben konstruiert, was sie noch mehr zur Zielscheibe rechter Angriffe macht.

„Feinde Litauens“

Diese Angriffe sind bisher selten körperlich, was wohl auch daran liegt, dass kaum jemand öffentlich geoutet ist. Die Vorsitzenden der Lithuanaian

Gay League (LGL) waren die ersten, die sich 1993 öffentlich mit der Eröffnung dieser NGO geoutet hatten. Seitdem erlebten sie mehrfach Gewalt auf der Straße und führen ein Leben, das sich zwischen Wohnung, Büro (ein Stock unter der Wohnung) und Taxi abspielt. Ihnen wird vorgeworfen, die Homosexualität nach Litauen gebracht zu haben, was sie zu besonderen Zielobjekten der litauischen Rechten macht. Im Gegensatz dazu outen sich aber auch immer mehr Menschen. Besonders in jungen, akademischen Kreisen gehen viele sehr selbstbewusst mit ihrer Homosexualität um. Doch nach wie vor berichten viele Menschen von Diskriminierungen. Mehreren wurde unverblümt der Job gekündigt, weil sie auf der Baltic Pride gesehen wurden, oder sie sonst wie verdächtigt wurden, LGBT zu sein. Zudem kursieren Listen im Internet, auf denen Menschen, die sich outen als „Feinde Litauens" markiert werden. Selbst Menschen im Vorstand der LGL kämpfen für ihr Recht ungeoutet zu bleiben und in Verbindung mit der LGL nur mit einem anderen Namen genannt zu werden.

Hate Speech ist an der Tagesordnung. Egal ob in den Medien oder in der Politik, LGBT sind oft betroffen von massiven Beleidigungen. Oft werden sie als „Perverse" und „Sodomiten" bezeichnet. Auch Vergleiche mit Pädophilie und Nekrophilie sind üblich und darüber hinaus durchaus nützlich: Viele Politiker_innen nutzen diese Sprache, da sie wissen, dass sie dafür nicht nur nicht belangt werden, sondern darüber hinaus ihre Umfragewerte steigen. Kommentare und Leser_innenbriefe in den Zeitungen zeugen davon, dass mit Homophobie ein wichtiger Nerv getroffen wird.

„Changing Faces"

In den letzten Jahren allerdings wurden die unterstützenden Stimmen zahlreicher und die Sprache gemäßigter. Auch die wenigen, aber in der Öffentlichkeit breit diskutierten Outings von Politiker_innen und anderen Prominenten, sowie die Diskussionen rund um die Baltic Pride haben dazu wohl einen entscheidenden Beitrag geleistet.
Am 27.8. fand die zweite Baltic Pride in Vilnius statt. LGBT-Organisationen aus allen drei baltischen Staaten hatten sich zusammengeschlossen, so dass der Veranstaltungsort der Pride jährlich im Turnus zwischen Vilnius, Riga und Tallinn wechselt. Als 2010 die erste Baltic Pride in Vilnius ausgerichtet wurde, waren die öffentlichen Diskussionen im Vorfeld in den Medien allgegenwärtig und zudem massiv diskriminierend: Von einer Parade der Perversen und Pädophilen war die Rede, von homosexueller Propaganda mit viel Nacktheit und öffentlichem Sex. Rechte und konservative Parteien forderten Eltern auf, ihre Kinder rechtzeitig aus der Stadt zu schaffen. Positive Stimmen gab es kaum, stattdessen gab es viele absurde Ängste. Zum einen wurden diese Ängste bewusst geschürt, zum anderen waren sie für viele sehr real, schlicht weil sie den gängigen Klischees über LGBT in Litauen entsprachen. Die LGL musste sich durch verschiedene Gerichtsverfahren kämpfen, denn immer wieder fand die Stadtverwaltung Tricks um die Pride zu verbieten. Die anfänglich geplante Route sollte am zentralen Platz vor der Kathedrale starten. Dieser gehört allerdings der katholischen Kirche, die den Platz für die Versammlung aus moralischen Gründen nicht freigab. Das sich zum Nationalfeiertag dort jedes Jahr ein gruseliges Ensemble aus Konservativen, Nazis und Christen versammelt, scheint hingegen keine moralischen Bedenken bei der Kirche auszulösen. Anschließend sollte die Baltic Pride über den Gedemino Prospektas laufen, die zentrale Einkaufsstraße und somit Symbol für das moderne, kapitalistische Vilnius. Doch auch das wurde verboten, der Bürgermeister und die Stadtverwaltung stemmten sich mit allerlei juristischen Tricks dagegen und die Polizei gab an, dort nicht für die Sicherheit der Teilnehmenden sorgen zu können. So wurde die Baltic Pride an die abgelegene Upes Gatve verlegt, der Wunsch einer breiten Öffentlichkeit sichtbar zu sein, war dahin. Doch das mediale Echo war trotzdem enorm und der Erfolg der Baltic Pride nach Ansicht vieler Aktivist_innen riesig. Die LGBT-Community ist zwar immer noch vielen Angriffen ausgesetzt, doch in den Medien und in der Politik wurde die Sprache deutlich entschärft. Auch in der breiten Bevölkerung hat sich die Stimmung geändert und viele Ängste wurden abgebaut. Zudem wurde die Vielfältigkeit der LGBT-Community endlich wahr- und ernst genommen. Das Buch „Changing Faces", herausgegeben von der LGL, dokumentiert eindrucksvoll diese Veränderungen in der öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung von LGBT und damit auch den Effekt, den eine solche Pride auf eine Gesellschaft haben kann.

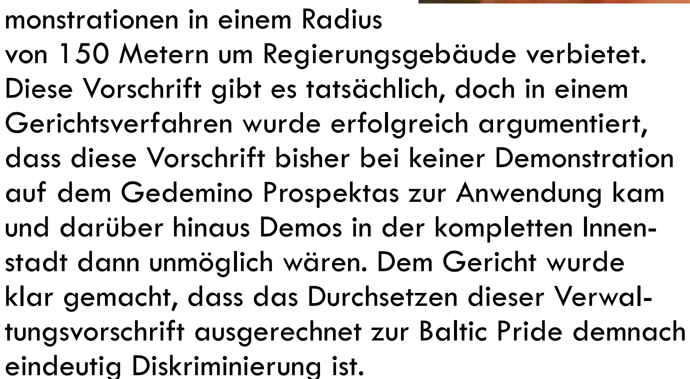
Auch auf die LGBT-Community hatte das natürlich positive Effekte: Da der enorme Druck von außen nachließ, konnte ein dringend notwendiger selbstreflexiver Prozess in Gang gesetzt werden: Gemäß der patriarchalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung standen stets schwule Männer im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung, LBT waren kaum sichtbar. Dies steht im krassen Gegensatz zur Tatsache, dass ein Großteil des politischen Engagements von Frauen getragen wird - so besteht etwa der Vorstand der LGL fast ausschließlich aus Frauen. Die beiden Vorsitzenden – und damit auch die öffentlich sichtbarsten Aktivisten der Szene – sind jedoch Männer. Eine Diskussion darum beginnt langsam und immerhin gibt es nun ein Empowerment-Projekt bei der LGL, welches sich speziell an lesbische und bisexuelle Frauen richtet.

Doch Trans* ist nach wie vor ein Thema, dass kaum diskutiert wird. Selbst die LGL, die sich als LGBT-Organisation versteht, blendet das Thema bisher komplett aus.

Baltic Pride in Vilnius, die Zweite

Auch 2013 fand die Baltic Pride in Vilnius statt: Der Bürgermeister, der die Hauptstadt in großen Imagekampagnen stets als weltoffene, europäische Stadt präsentiert, sagte der Zeitung Respublikas: „Wenn heute die Schwulen auf der schönsten Straße des Landes laufen, sind es schon morgen die Pädophilen die dort für ihre vermeintlichen Rechte kämpfen werden". Entsprechend wurden von der Stadtverwaltung mal wieder viele Gerichtsverfahren mit viel Raffinesse angestoßen. Der letzte Versuch der Stadtverwaltung die Pride auf dem Gedemino Prospektas doch noch zu verhindern, war eine Verwaltungsvorschrift, die Demonstrationen in einem Radius von 150 Metern um Regierungsgebäude verbietet. Diese Vorschrift gibt es tatsächlich, doch in einem Gerichtsverfahren wurde erfolgreich argumentiert, dass diese Vorschrift bisher bei keiner Demonstration auf dem Gedemino Prospektas zur Anwendung kam und darüber hinaus Demos in der kompletten Innenstadt dann unmöglich wären. Dem Gericht wurde klar gemacht, dass das Durchsetzen dieser Verwaltungsvorschrift ausgerechnet zur Baltic Pride demnach eindeutig Diskriminierung ist.





Doch trotzdem war in diesem Jahr auch vieles anders, was wohl unter anderem daran liegt, dass Litauen die EU-Ratspräsidentschaft inne hat und die Behörden daher um positive PR bemüht waren. Die Pride konnte auf der Gedemino stattfinden und die Bullen hatten im Vorgespräch zwar homophobe Klischees bedient (auf die Ankündigung der LGL, sie würden die Pride diesmal gern offener gestalten, kamen erschrockene Rückfragen, ob diesmal Leute nackt demonstrieren werden), doch sagten trotzdem von Anfang an volle Unterstützung zu und hielten sich auch daran. Zäune gab es nicht und die Bullen hielten Gegendemonstrant_innen weitestgehend von der Pride fern. Selbst die Busse, die als Lautis angemietet wurden, fuhren diesmal tatsächlich und sind nicht unter fadenscheinigen Begründungen („Die sind gestern kaputt gegangen!") von der Busgesellschaft zurückgehalten worden. Die Ombudsfrau für Menschenrechte hatte nach mehreren solcher Vorfälle im letzten Jahr die entsprechende Busgesellschaft erfolgreich verklagt. Von der Straße kam während der Pride diesmal vergleichsweise viel Unterstützung. Doch natürlich waren auch die Gegendemonstrant_innen gut organisiert. Auf dem Platz vor der Kathedrale trafen sie sich: Vertreter_innen der Kirche, Konservative und Nazis mit Hakenkreuz-Symbolik und Militäruniformen, die ein illustres Bild mit viel Oldschool-Homophobie abgaben: Plakate die glückliche „normale" Familien zeigten, Anti-Anal-Sex-Symbolik, Plakate für die es keine Übersetzung braucht (etwa „Päderastas" oder „Defectas"), selbst eine Ziege wurde mitgebracht. Insgesamt wurden 28 Gegendemonstrant_innen festgenommen, die meisten weil sie Eier auf Teilnehmer_innen der Pride warfen. Petras Grazulis, ein homophober Politiker und Mitglied der zuvor bereits erwähnten Partei „Ordnung und Gerechtigkeit" war natürlich auch dabei. Bereits bei der letzten Pride in Vilnius sprang er über Absperrgitter und griff einen Teilnehmer der Pride an. Ungestört konnte er durch die Polizeikette laufen, ohne dass er aufgehalten wurde. Anschließend sollte seine Immunität vor Gericht aufgehoben werden, um eine strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen. Doch das Verfahren scheiterte und seine Bekanntheit und Beliebtheit stiegen beträchtlich. Für viele gilt er als Retter der litauischen Nation. Dieses Jahr hingegen, hatte er nur kurz Zeit für Fototermine mit seinen Anhänger_innen, denn noch vor dem Start der Pride wurde er von der Polizei wegen aggressiver homophober Sprüche festgenommen.

Ansonsten verlief die Pride insgesamt friedlich und auch das vielfältige Begleitprogramm wurde nicht gestört. Es nahmen etwa 600 Menschen teil, was ein großer Erfolg ist, auch wenn viele der Teilnehmenden von internationalen LGBT-Organisationen und Amnesty International waren und aus allen Teilen der EU anreisten. Nächstes Jahr wären die estnischen LGBT-Organisationen EGN (Eesti Gei Noored) und SEKY (Sexual Minorities Protection Union) an der Reihe die Baltic Pride in Tallinn zu veranstalten. Vor zwei Jahren haben sie sich noch gegen eine Pride entschieden und stattdessen nur einige Workshops und Film-Screenings veranstaltet. Die Zeit in Estland sei noch nicht reif für eine Pride, war die offizielle Begründung. Von anderen Organisationen wurde das scharf kritisiert und es wird gehofft, dass es nach dieser friedlichen und sehr erfolgreichen Baltic Pride in Vilnius auch endlich eine Pride in Estland gibt.

Derweil geht es in Litauen weiter: Einige Politiker_innen brachten den Vorschlag ein, über die Frage ob „homosexuelle Propaganda" in den Medien erst nach 22 Uhr ausgestrahlt werden dürfe, ein Referendum abzuhalten. Die Begründung ist der gleiche Erfolgsgarant wie immer: Der Schutz von Kindern.

Thesen zu Homosexualität und Homophobie

1. Homo-, Bi- und Heterosexualität sind nicht biologisch bestimmt. Alle Forschungsversuche, die einen Beweis für eine biologische Ursache von Homosexualität liefern wollten, haben sich bemüht, statistische Zusammenhänge zwischen sexueller Neigung und Körpermerkmalen zu finden. Vergrößerte Ohrläppchen, Hodenbeschaffenheit, Gehirnbesonderheiten, DNS-Sequenzen etc. müssten jedoch, selbst wenn innerhalb der untersuchten Gruppe eine Überschneidung bestünde, nicht unbedingt deren Ursache sein – schließlich ist das vermehrte Auftreten von Männern mit weißen Bärten und roten Mänteln rund um den 24.12. auch kein Beweis dafür, dass der Weihnachtsmann die Geschenke bringt. Ein Beweis müsste den inhaltlichen Zusammenhang aufzeigen, welcher als statistische Korrelation unmöglich zu erbringen ist. Die Wissenschaft ist bis heute unfähig geblieben, auch nur erste Anhaltspunkte zu liefern, dass sich das sexuelle Begehren aus der Biologie ergibt.[1] Menschliche Sexualität ist eine spezifisch gesellschaftliche Angelegenheit, daher ist es schlichtweg falsch, nach rein biologischen Determinanten oder Erklärungen zu suchen.

2. Die Natur liefert die materiellen Voraussetzungen von menschlicher Sexualität (Körper mit Nerven, Gehirn, Flüssigkeiten usw.), die jeweilige Gesellschaft die Bedingungen, unter denen sie stattfindet (in Form der politischen Herrschaft mit ihren Gesetzen und Verordnungen, aber auch als durchgesetzte Vorstellungen, Erwartungen und Sehnsüchte im menschlichen Miteinander, ebenso in Form von Wissen über Sexualität und in den Spielzeugen, Hilfs- und Anregungsmitteln). Die Inhalte und Formen des Sexuellen aber entstehen aus dem Denken und Fühlen der Einzelnen, die diese Voraussetzungen und Bedingungen interpretieren.

3. Das "Natur"-Argument halten viele für so einleuchtend, weil ihnen ihr eigenes sexuelles Begehren als etwas erscheint, das nicht einfach durch Beschluss zu ändern ist. Falls sich ihre sexuelle Orientierung im Laufe ihres Lebens dann doch einmal verändert, meinen sie in der neuen Form zumeist ihre ureigenste, zuvor unterdrückte, wahre sexuelle Identität zu entdecken. Gerade weil der moderne Mensch in Liebe und Sexualität sein wahres Wesen ausdrücken will und seine Identität darin findet zu sein, wer er ist (und nicht bestimmt von Mutter, Vater, Staat und Kapital), soll seine Sexualität und sein Verlieben eben auch ganz seins sein. Den langen Weg, den jedes bürgerliche Subjekt von seiner Geburt bis zur Entwicklung explizit sexueller Phantasien und Praktiken zurücklegt; die Fülle von Erfahrungen und Entscheidungen; all die sinnigen und unsinnigen Gedanken und Gefühle des Menschen zu ihrem Verlangen, den Objekten ihres Verlangens und deren Verhalten – all das erscheint so dem Menschen wie ein langer Weg zu sich selbst und ist rückblickend sinnvoll in die eigene Geschichte eingeordnet. Der Prozess erlischt im Resultat.

4. Politischen Anklang bei der Schwulenbewegung hat die sexuelle Vererbungslehre dadurch gefunden, dass sich damit gegen Therapie- und Bestrafungskonzepte kämpfen ließ – und alle fundamentalistischen Christenmenschen sich dann die Frage gefallen lassen müssen, warum der Herrgott die Schwulen und Lesben so geschaffen hat, wenn er sie denn hasst. Die Vorstellung der Sünde setzt eben den freien Willen voraus, gegen Gottes Gebote verstoßen zu können. Wenn Homosexualität vererbt ist, dann kann sie keine Sünde sein. Das Argument ist aber defensiv, oft hilflos, immer dumm und gefährlich und hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen. Defensiv, weil die Homosexuellen als determinierte Tröpfe vorgestellt werden, die vielleicht ja anders wollen würden, wenn sie nur könnten – anstatt zu sagen, dass es Lust bereitet und auch keinen Schaden anrichtet.[2] Hilflos, weil längst Ideologien entwickelt wurden, um den Widerspruch zwischen göttlicher Schöpfung und angeblich natürlicher Homosexualität zu überbrücken („besondere Prüfung", „wir lieben Homosexuelle, aber hassen ihren sündigen Lebensstil" etc.). Ein rechter Moralist wird sich von „schwulen" Pinguinen nicht von seinem Hass auf Homos abbringen lassen. Dumm und gefährlich, weil es einem Biologismus das Wort redet, der alles von der Arbeitslosigkeit bis zum Zungenkuss aus der Abfolge von Aminosäuren erklärt, und damit von Menschen

1 Die häufig zu hörende Erweiterung, in Wirklichkeit Verwässerung, des Gen-Arguments, es sei wohl ein komplexes Zusammenspiel von Umwelt und Anlage am Werk, nämlich einer genetischen "Disposition", die dann auf soziale "Faktoren" treffe, hat natürlich den Vorteil, dass man hier gar nichts mehr beweisen muss und auch gar nicht kann. Denn wie sollte das wohl nachgewiesen werden? Umwelt und Anlage sind zu ihrer Begründung wechselseitig aufeinander verwiesen: Was sich nicht durch die Anlage erklären lässt, muss seine Ursache wohl in entsprechenden Umweltbedingungen haben und umgekehrt. Somit wird der freie Wille des Menschen als Ursache gar nicht erst in Betracht gezogen.

2 Es soll hier nicht gesagt sein, dass Sex nur okay ist, wenn dabei niemand verletzt wird. Jedoch sind wir der Auffassung, dass Sex nur dann okay ist, wenn niemand unwillentlich verletzt wird.

gemachte Verhältnisse zu unveränderlicher Natur (v)erklärt. Es hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen, weil wenn Homosexualität als Übel betrachtet wird, das durch die Natur hervorgerufen wird, dies auch zur Konsequenz haben kann, alle Homosexuellen und sonstigen „Abweichler" zu vernichten.[3]

5. Die Menschen machen ihre Sexualität selbst – aber sie machen sie nicht aus freien Stücken: Sie können nicht einfach durch Beschluss auslöschen, was ihnen mit und ohne ihren Beschluss widerfahren ist und was sie aus ihren Erlebnissen gemacht haben. Weil die Psychoanalyse einmal versprochen hatte, genau solche Mechanismen aufzuzeigen und handhabbar zu machen, suchten viele Homosexuelle in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren „Heilung" bei ihrem Therapeuten. Die Psychoanalyse hatte sich bezüglich der Homosexualität für Jahrzehnte zu einer reinen Hetero-Norm-Durchsetzungstherapie entwickelt. Dabei wurden die albernsten, widersprüchlichen psychologischen Theorien über familiäre Bedingtheit von Homosexualität hervorgebracht (mal waren die Mütter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend – mal waren die Väter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend). Heute ist die vorherrschende Meinung in der Psychologie, Homosexualität sei „multifaktoriell" und sie gibt damit wenigstens zu Protokoll, dass sie auch keine Ahnung hat, woher die Homos denn nun kommen.

6. Was nicht weiter schlimm ist – die Frage nach dem Ursprung von Homosexualität ist nämlich meist blöd. Sie ist fast immer Auftakt zur Pathologisierung oder Verfolgung und macht letztlich Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender zur erklärenswerten Anomalie – anstatt zu fragen, woher denn das Konzept kommt, ausgerechnet an primären und sekundären Geschlechtsmerkmalen eines Menschen festzumachen, ob er oder sie als Sexual- und Liebespartner_in in Betracht kommt. Denn auch wenn die Beschaffenheit des Körperbaus, die Körperbehaarung und das Vorhandensein eines Penis oder einer Vagina[4] sexuell mehr oder weniger reizvoll sein können: a) Gibt das biologische Geschlecht zu sehr vielen dieser Fragen gerade mal eine Wahrscheinlichkeit an und ist b) die sexuelle Besetzung von körperlichen Attributen nicht unabhängig von den Gedanken und Vorstellungen, die man sich darüber macht. Im Übrigen gehen die gängigen Konzepte immer wieder davon aus, dass Liebe und sexuelle Anziehung eigentlich zusammenfallen sollen und müssen. Das ist aber gar nicht so.

NO HETERO

3 Die Nazis waren sich übrigens nicht sicher, ob Homosexualität nun erblich oder anerzogen ist und haben darum eine Vielzahl widerlicher „Experimente" gemacht.

4 Den meisten ist dabei sehr wichtig, dass diese „primären Geschlechtsmerkmale" seit Geburt an der jeweiligen Person vorhanden sind.

7. Homo- und Heterosexualität sind zwei einander entgegengesetzte Konsequenzen aus dem herrschenden Geschlechterverhältnis, nämlich nur eins der beiden anerkannten Geschlechter zu begehren. Daran ist nichts logisch, aber auch nichts weiter verwerflich. Zwar bedeutet es erstmal, die Hälfte der Weltbevölkerung von vornherein nicht sexuell und amourös interessant finden zu wollen. Wäre das die einzige Folge der ganzen sexuellen Identitätshuberei, so würde man ebenso wie bei Menschen, die keinen Spinat mögen, die Schultern zucken und sich maximal wundern, warum Geschmäcker so verschieden sein können. Aber die Verhältnisse sind nicht so: Sexuelle Identität ist keineswegs nur ein verfestigtes Geschmacksurteil.

8. Nach wie vor sind nämlich Homo- und Heterosexualität Sortierungen, aus denen eine Menge Leid und Gewalt folgen. Wenn diese Identitätshuberei die Massen ergreift, wird sie selbst eine materielle Gewalt – auch gegen die, die sie nicht teilen. Die heterosexuelle Voranname verunsichert auch heute noch Homosexuelle in modernen westlichen Gesellschaften und zwar nicht erst, wenn Schwule und Lesben zusammengeschlagen werden. Jeder dritte Selbstmord bei Teenagern soll etwas mit Homosexualität zu tun haben; die permanente, gar nicht immer bös gemeinte oder absichtliche Zurückweisung und Ausgrenzung „Anders"liebender und -vögelnder bringt eine Fülle von Macken und Merkwürdigkeiten hervor, die an Trostlosigkeit, Selbstzerstörung und Selbstgefährdung mit den düstersten Auswüchsen des heterosexuellen Geschlechts- und Liebeslebens locker mithalten können.

9. Dazu kommen noch der direkte und deutliche Hass und Ekel der nicht-homosexuellen Welt, die jenseits der Hochglanzbroschüren der Gleichstellungsbeauftragten immer noch weit verbreitet sind. Männer und Frauen müssen auch in westlichen Staaten häufig um ihre Gesundheit fürchten, wenn sie als „schwul" bzw. „lesbisch" bezeichnet werden. Ekel wird beiden entgegengebracht – im Umgang mit lesbischen Frauen kommt noch stärker eine Ignoranz etwa in Form der Einordnung als vorübergehende Phase hinzu.
„Schwul" ist bei Kindern und Jugendlichen erst einmal alles, was irgendwie doof ist und nicht funktioniert – und gilt als mit das Schlimmste, was einem Jungen überhaupt nachgesagt werden kann. Aber Schwul-Sein ist mehr als nur „doof": Das Schlimmste an der männlichen Homosexualität scheint immer noch zu sein, dass sich dort Männer ficken lassen[5] und Spaß dran haben. Und „gefickt zu werden", das ist eben das Aufgeben der Herrschaftsposition, das ist zum-

5 „Schwul ist nur, wer sich bückt, der andere ist einfach krass drauf" (Toilettenspruch).

Objekt-werden. Daran Spaß zu haben und nicht der coole, kontrollierte und kontrollierende Mann zu sein, das widerspricht dem saublöden Männlichkeitsideal nicht nur der meisten männlich sozialisierten Menschen. Diesem Ideal zu entsprechen erfordert einiges an Durchhaltevermögen und Opferbereitschaft – und diejenigen, die damit brechen, werden als Bedrohung empfunden – weshalb Schwule von der blöden Anmache bis zum Zusammengeschlagen werden einiges durchzumachen haben. Dieses Ideal ist weiterhin die traditionelle, aber nicht aus der Mode gekommene Fassung des erfolgreichen bürgerlichen Konkurrenzsubjekts,[6] das sich weder von Gefühlen noch von seiner Lust beherrschen lässt, verbunden mit der falschen Vorstellung, die richtige Haltung sei eine Erfolgsgarantie.

„Lesbisch" als Schimpfwort wird zwar nicht als Synonym für „scheiße" gebraucht, doch z.B. in der Schule als „Lesbe" verschrien zu sein, ist beleidigend gemeint und isoliert die Person in der Regel. Händchenhalten unter Mädchen wird zwar in westlichen Ländern anders betrachtet als unter Jungs. Aber werden aus „spielenden Mädchen" irgendwann „Lesben", trifft sie ebenfalls körperliche Gewalt und auf jeden Fall eine Menge Verachtung. Diese Ablehnung hängt – entsprechend des Geschlechterbilds – auch damit zusammen, dass einerseits sich in den Augen der Macker lesbische Frauen der männlichen Verfügungsgewalt als Sexualobjekte entziehen, andererseits damit, dass lesbische Frauen ihre Funktion und Rolle als Frau und Mutter ganz prinzipiell nicht erfüllen, die in den Augen eines Großteils der Gesellschaft ihre eigentliche Aufgabe wäre.



10. Unbestritten ist das Leben von Schwulen und Lesben in westlichen Staaten heute sehr viel einfacher als noch vor ein paar Jahren. Nachdem dort Ende der 1960er Jahre die Regulierung der Sexualität ihrer Bürger nicht aufgegeben, aber nach neuen Prinzipien gestaltet haben, hat die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der – männlichen – Homosexualität stark abgenommen bzw. aufgehört[7]. Dadurch wurde erst eine schwule Subkultur ermöglicht, die noch ganz davon lebte, ein Gegenentwurf zu den sexualmoralischen Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, welcher ein Maß an Befreiung ermöglichte, von dem Veteranen noch heute sehnsuchtsvoll berichten. Sie war aber zugleich eine Illustration der Tatsache, wie sehr auch die Aufstände und Übertretungen noch den Konventionen gehorchen, gegen die sie sich subjektiv richten: Denn das in den 1970ern entworfene Modell des Homosexuellen nahm immer wieder Bezug auf die Klischees der bürgerlichen Gesellschaft[8]. Genau diese Subkulturen wurden in West- und Nordeuropa, Kanada, Australien, Neuseeland nach dem Auftauchen von AIDS ein wichtiger Juniorpartner des Staates beim Kampf um die Volksgesundheit und zugleich auch zum Transmissionsriemen bürgerlicher Normen in den Rest der schwulen Szene hinein. Heute sind die verbliebenen Schwulenorganisationen weit entfernt von jeglicher Kritik an der Gesellschaft, um deren vollständige Anerkennung ihrer Liebes- und Lebensweisen sie so hartnäckig kämpfen. Die lesbische Subkultur hat sich dagegen im Rahmen der feministischen Bewegung entwickelt und ist so angepasst und unangepasst wie diese. Da das Sexuelle in der lesbischen Bewegung nicht derartig im Vordergrund steht, ist sie weniger Adressat sexualpädagogischer Bemühungen des Staates und seines Gesundheitssystems.

11. Weltweit ist zum Optimismus in Sachen Emanzipation kaum Anlass vorhanden. In vielen, nicht nur islamischen Staaten wird homosexuelle Emanzipation als Zersetzung und Zerstörung der Nation gesehen – und entsprechend Homosexuelle als Gefahr behandelt, verfolgt und bestraft. Diese Regimes haben materiell ihren Bürgern nichts zu bieten, oft nicht mal die schäbige Möglichkeit, sich für fremden Reichtum den Buckel krummzuschuften. Entsprechend scharf sind diese Nationen auf den Idealismus ihrer Staatsbürger und bekämpfen den westlichen „Individualismus"; das heißt das freche Märchen, im Kapitalismus gehe es dauernd nur um das Streben nach individuellem Glück, wird als Bedrohung der Aufopferung für Staat und Glauben gegeißelt. Die Schwulen – weniger die Lesben[9] – werden heute als Repräsentanten dieses

6 Heutige Erfolgstipps, als Frau auch mal Stärke zu zeigen und als Mann auch Soft Skills zu entwickeln, sind keine Auflösung der klassischen Geschlechterbilder, sondern eine Anpassung, in der der Bezug auf die ursprüngliche Rollenverteilung weiter enthalten ist.

7 Im Regelfall – die uns bekannte Ausnahme war der austrofaschistische Staat, den wir für diese verfolgende Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen aber auch nicht loben wollen – interessierten sich die modernen Homosexuellenverfolger nur für Schwule. Ob das mit der generellen Geringschätzung weiblicher Sexualität oder mit den stärkeren Bedrohungsgefühlen in Sachen schwuler Sex wegen Penetration von und durch Männer zu erklären ist oder noch ganz anders, können wir hier nicht endgültig beantworten.

8 Z.T. war das neue selbstbewusste Posen als sexuell befreites, sich nicht an gültigen Codes bürgerlicher Männlichkeit haltendes Individuum eben nur die positive Umwertung alter Klischees von Schwulen als sexuell haltlos, effeminiert usw.. Das kommt sicherlich sympathischer rüber als die verklemmten autoritären Spießerfressen, ist aber da schlecht, wo eben ein neues Idealbild entwickelt wird, dem mensch zu genügen hat – wer zweimal mit dem/derselben pennt, gehört keineswegs schon zum „Establishment", und Promiskuität ist auch nur dann geil, wenn sie der betreffenden Person Spaß macht und nicht ein verzweifelter Selbstbestätigungstrip oder eine fiese Konkurrenz ist. Z.T. aber wurden und werden einfach nur die Geschlechterklischees innerhalb eines Geschlechts durchgespielt, mit durchaus bösartigen Ausgrenzungen von z.B. „Tunten".

9 Ob das damit zu tun hat, dass in den entsprechenden Ländern Frauen sowieso nicht als vollwertige Menschen gesehen werden und lesbische Sexualität deswegen nicht ernst genommen wird oder ob die Gewalt gegen lesbische Frauen im häuslichen Bereich bleibt und von Vater, Bruder, Ehemann usw. ausgeübt wird und nicht an die Öffentlichkeit gerät (um die Ehre der Familie nicht zu „beschmutzen" usw.), vermögen wir nicht zu sagen.

Modells verfolgt: Zerstörer der traditionellen Werte, Familien- , Ehe- und Nachwuchsverweigerer, Schwächer der männlichen Kampfkraft für Nation und/oder Umma[10].



12. In vielen Ex-Kolonien wird Homosexualität als Produkt des Kolonialismus dargestellt. Homosexuelles Verhalten lässt sich in diesen Gesellschaften aber fast immer auch schon vor der europäischen Kolonialisierung nachweisen[11], z.T. besungen und gepriesen, z.T. auch einfach als selbstverständliche Durchgangsphase vor allem männlicher Sexualität verschwiegen. Die (dortigen) Schwulen haben das Pech, als Symbol für koloniales Erbe, westliche Dekadenz und vor allem fehlende männliche Pflichterfüllung herhalten zu müssen[12]. Alle eklige Scheiße, die die europäischen Nationen bereits im 19. Jahrhundert an, mit, durch und gegen ihre(r) Bevölkerung durchgezogen haben, spielen die Verlierernationen der ganzen Welt jetzt noch einmal durch. Und im Gegensatz zur gelungenen Kapitalakkumulation, die sie nicht hinkriegen und in der Masse auch gar nicht hinkriegen können, brauchen sie bei der moralischen Volksertüchtigung nicht zu befürchten, in der Konkurrenz zu unterliegen – höchstens, dass die imperialistischen Länder hin und wieder ihren Unwillen über mangelnde Botmäßigkeit in Form von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen kleiden. Und dabei haben auch Länder, die vor 30 Jahren selber noch Schwule in den Knast gesteckt haben, die Homofrage als imperialistischen Einmischungstitel entdeckt.

13. Auch innenpolitisch werden Fragen der „Integration" von Migranten nun des Öfteren mit der Homofrage verbunden. Ein Rassist, der sonst nicht weniger interessiert sein könnte an Homophobie und hier und da auch mal selbst einen Spruch gegen Schwule macht, fühlt sich nun bemüßigt, Homophobie auf einmal an allen möglichen Ecken und Enden auszumachen – aber ausschließlich in der migrantischen Community. Das verweist auf das Problem jeglicher Identitätspolitik, die bloß fordert, die jeweilige Gruppe nicht mehr aus der Nation auszuklammern[13].

Gruppe „Kritik im Handgemenge" Bremen



10 Umma" bezeichnet die religiöse Gemeinschaft aller Muslime.

11 Als der marokkanische Gelehrte Muhammad al-Saffar in den 1840er Jahren Paris besuchte, stellte er verwundert fest: "Tändeleien, Romanzen und Umwerbungen finden bei ihnen [den Franzosen] nur mit Frauen statt, denn sie tendieren nicht zu Knaben oder jungen Männern. Vielmehr gilt ihnen das als extrem schändlich." (Georg Klauda: "Mit Islamophobie contra Homophobie?" in: Arranca! 37, http://arranca.org/ausgabe/37/mit-islamophobie-contra-homophobie; zitiert nach: Khaled El-Rouayheb, Before Homosexuality in the Arab-Islamic World, 1500-1800. Chicago, 2005. S.2)

12 Auch im Westen lässt sich beobachten, dass Homosexualität als Symbol für Egoismus und Verantwortungslosigkeit (unterlassene patriotische Pflicht der Nachwuchserzeugung) und Dekadenz steht. Herr Elsässer beipsielsweise schimpft gegen „postmoderne Warmduscher" und gab am 19.9.2006 in der Zeitung „junge Welt" folgendes zum Besten: "Mit Staatsknete wird Multikulti, Gendermainstreaming und die schwule Subkultur gefördert, während die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden und sich oft auch keine Kita, kein Schwimmbad und keine warme Wohnung mehr leisten können" („Der Osten wehrt sich"). Und das Bundesverfassungsgericht begründete sein Urteil zum Erhalt der durch die Nationalsozialisten verschärften Variante des §175 (Verbot von sexuellen Handlungen von Männern mit Männern) Ende der 50er Jahre ebenfalls mit fehlender vaterländischer Pflichterfüllung, daher konnten sich schwule Männer nicht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (im Grundgesetz §2) berufen. Inzwischen hat sich angesichts der permanenten Lobbyarbeit für die Schwulen- und Lesbenehe sowie dem Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare eine gewisse Verschiebung ergeben. Es ist eben schwierig, jemandem Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, wenn der/die dauernd darum kämpft, Verantwortung übernehmen zu dürfen. Jetzt geht das Ressentiment eher so: Homosexuellen seien zur Verantwortungsübernahme sittlich-moralisch per se nicht in der Lage, sondern benutzten Kinder nur zur Selbstverwirklichung.
Realsozialistische Standpunkte sahen teils ähnlich, teils anders aus: Die DDR hatte die Verschärfungen des §175 rückgängig gemacht. Nicht unerwähnt bleiben sollte der Paragraph §121 des sowjetischen Strafbuchs, welcher neue Maßstäbe für die – bis dahin recht liberale – Handhabung gesetzt hat. Während sich die Sowjetunion vorher rühmte, männliche Homosexualität zu entkriminalisieren, so wurde später mit Genugtuung festgestellt, dass der dekadente Westen seine „Perversen" zu lasch behandele. Allerdings waren die meisten Ostblockstaaten wesentlich weniger rigide als die UdSSR und der „freie Westen" in der Zeit vor den 1970er bis 1980er Jahren.

13 Zur Kritik von Identitätspolitik siehe unseren Text „Proud to be … so what?" auf http://www.junge-linke.org

